D 1600 E
Offenbach Nr. 260 Januar 1992
24. Jahrgang **W: DM 7,—/O: DM 4,—**

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Th. Gebauer / J. Hirsch
El Salvador: Tage des Umbruchs

Leopold Spira
Zerfall im Osten

Axel Honneth
Kritik an der Civil-Society

Christoph Görg
Nach dem Ende des Sozialismus

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

während EG-Europa ganz mit sich selbst beschäftigt ist und jetzt auch noch der Deutschen Fixstern, die D-Mark ,,hergegeben" wurde, laufen die letzten Vorbereitungen von ,,Feierlichkeiten" ganz anderer Art. Zum 500. Mal jährt sich im kommenden Oktober der Beginn der ,,Entdeckung Amerikas", was inzwischen nach Protesten unter dem Motto ,,Begegnung zweier Welten" firmiert. Daß es sich dabei offiziell nicht nur um ein historisches Datum handelt, sondern Kontinuitäten bis heute bestehen, zeigt nicht zuletzt die Diskussion um eine ,,neue Weltordnung".

In unserem Schwerpunkt werden einige Schlaglichter auf die Entwicklung in Lateinamerika und das Verhältnis zu Europa geworfen. J. Hirsch kommentiert den ,,Fünfhundertjahrrummel" und die Perspektiven des lateinamerikanischen Kontinent. Zusammen mit Th. Gebauer berichtet er über eine Reise nach El Salvador. D. Maffay schreibt in einem Rückblick über die ,,Selbsttäuschungen" der früheren Solidaritätsbewegung. H. Dieterich beschreibt die Perspektiven Lateinamerikas zwischen der Hoffnung auf Veränderung und der Ohnmachtsrolle, die die Tendenzen der neuen Weltordnung dem kolonialisierten Kontinent aufoktroieren. Daß aber nicht nur an den Händen der Kolonialherren Blut klebt, sondern auch die indianischen Feudalgesellschaften recht brutal waren, macht W. Rügemer in seinem Artikel ,,Über das Ende vom Mythos der indianischen Unschuld" deutlich.

Der Zerfallsprozeß im Osten, der auf dem Balkan bereits massiv seine Blutspuren hinterläßt, beschäftigt uns wohl noch über das Jahr '92 hinaus. Ob die Diskussionen um Anerkennung oder Nichtanerkennung der am jugoslawischen Bürgerkrieg Beteiligten etwas an den Grauen und der Sinnlosigkeit dieses Krieges ändern, darf bezweifelt werden. L. Spira betrachtet den dort wieder aufbrechenden mörderischen Nationalismus als Relikt des Zerfalls des Habsburger Reiches, hat aber auch die gegenwärtigen Interessen Deutschlands und Österreichs an der Jugoslawienkrise im Blick.

In der Sowjetunion verändert sich die Lage fast täglich. Trotzdem schreibt Sovjeticus gegen die sich jagenden Tagesereignisse an und wertet die Brester Vereinbarungen als einen erneuten Versuch, den gesellschaftlichen Transformationsprozeß im Osten nicht scheitern zu lassen.

Die christdemokratischen Sozialausschüsse (CDA) bringen es öffentlichkeitswirksam auf den Punkt: Die Deutschen werden immer weniger und älter, deshalb sind ausländische Arbeitnehmer für die Deutsche Wirtschaft unerläßlich. Trotzdem schulden wir ihnen noch immer die rechtliche Gleichbehandlung bei der politischen Mitbestimmung. Ob da die Wahl von Ausländerbeiräten ein erster Schritt ist, hier Abhilfe zu schaffen? Kontroverse Meinungen hierzu werden in den Beiträgen von F. Schneider und dem Gewerkschafter D. Goulianas geäußert.

Die im Oktoberheft eröffnete Debatte um das Ende des Leninismus setzen wir auch in dieser Ausgabe mit einem Beitrag von Ch. Görg fort. Mit den kritischen Themen A. Honneths zum ,,civil-society-Modell" beenden wir schließlich die Dokumentation unserer Arbeitsgruppentagung vom Juni 1991.

Last not least meldet sich die Redaktion noch ,,in eigener Sache" zu Wort. Wir hoffen über die darin aufgezeigten Perspektiven mit unseren Leserinnen und Lesern dabei ins Gespräch zu kommen.

Die Redaktion

Man könnte es auch als eine **Reminiszens an die 68er Bewegung** verstehen, liebe Leserinnen und Leser, leider aber ist unsere **Abo-Preiserhöhung** für das Jahr 1992 eine unumgängliche Notwendigkeit. Wir werden das links-Abo von 64 DM auf künftig 68 DM erhöhen. Der Einzelheftpreis wird entsprechend von 6 DM auf 7 DM steigen. Wir muten Ihnen diese Preiserhöhung zu, weil wir bemüht sind, auch weiterhin gute AutorInnen für die **links** zu gewinnen — vor allem aus den osteuropäischen Ländern. Bis jetzt konnten wir freien AutorInnen, die nun ja nicht umsonst schreiben, keine Honorare zahlen. Das soll und muß sich ändern, wenn wir mit solchen Autoren weiter zusammenarbeiten wollen. Aus diesem Grunde bitten wir um Ihr Verständnis, und um Ihre Unterstützung, damit die **links** auch 1992 künftig eine gute, ja eine noch bessere Qualität bieten kann. Die Preiserhöhung gilt selbstverständlich nicht für StudentInnen, Arbeitslose und AbonnentInnen aus der Ex-DDR.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Petra Bonavita-Lindloff, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Gerhard Krum, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Rüdiger Pusch, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, ,,Sovieticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: José Mercader aus: J. Mercader, ,,Columbus und die Folgen", Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger GmbH, Bonn 1991

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel, Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Februar-Ausgabe 1992 ist der 23.1.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Leopold Spira
Der Zerfall im Osten **5**

AKTUELL

Sovieticus
Der schleichende Tod
Der Zerfallsprozeß der SU
ist vollkommen **6**

Frank Eckardt
Ist alles Gold, was glänzt
Die Flüchtlingspolitik der
Niederlande **8**

Demetrius Goulianas
Ausländerbeiräte belassen die
Arbeiter im Abseits **10**

Felix Schneider
Was knurrt denn da? **11**

AKTUELLE DEBATTE

Christoph Görg
In der Trümmerlandschaft:
Nach dem Ende des Sozialismus **12**

THEMA: 500 Conquista

Joachim Hirsch
Amerika entdecken
Die Conquista —
ein Anlaß zur Erinnerung **15**

Thomas Gebauer / Joachim Hirsch
El Salvador: Tage des Umbruchs
Ein politischer Reisebericht **16**

Thomas Gebauer / Joachim Hirsch
Friedensverhandlungen **20**

Karin van Bracht / Matthias Proske
Die Kaffeekampagne in
El Salvador **21**

Ursula Grünewald
Guatemala im sechsten Jahr
der ,,Demokratie"
Eine Einschätzung der Regierung
Serrano **22**

Dieter Maffay
Welche Solidarität? **24**

Heinz Dieterich
Lateinamerikas
,,zweite Emanzipation"
Tendenzen der
Neuen Weltordnung **25**

Werner Rügemer
Das Ende vom Mythos der
indianischen Unschuld
500 Jahre
,,Entdeckung Amerikas" **27**

INTERNATIONAL

Jean-Marie Chauvier
Die chauvinistische Versuchung
Die Ukraine — welcher Staat? **31**

Peter-Erwin Jansen
Wieviel Zeit — Tawarisch?
Impressionen von einer Reise in die
ehemalige Sowjetunion **34**

Ludi Lodovico
Demokratie mit ,,Volk"
verhindern **37**

DOKUMENTATION

Axel Honneth
Für die Demokratisierung im Westen
unbrauchbar
Thesen zur Verwendung des
Civil-Society-Modells **38**

RUBRIKEN

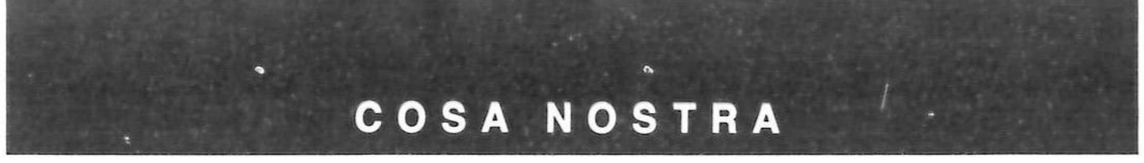
Editorial **2**

Cosa nostra:
Die Redaktion:
In eigener Sache **4**

Rückblick
Detlev Claussen:
Zum 30. Todestag Frantz Fanons **40**

Szenarium
Ulrich Brandt:
Machtkampf der Machtlosen **41**

Termine **42**



In eigener Sache

In der Redaktion wurde im vergangenen Jahr viel über die Zukunft der Links diskutiert, aber bislang wenig über diese Diskussionen publiziert. Sicherlich wäre es umgekehrt schlechter. Trotzdem gehen wir davon aus, daß unsere Leserinnen und Leser ein gesteigertes Interesse daran haben, unsere Einschätzung der Situation und unsere Reaktionen darauf kennenzulernen, obwohl uns eine solche Einschätzung einige Schwierigkeiten macht. Und wenigstens was diese Schwierigkeiten angeht, steht die *links* wohl keineswegs alleine da. Folgende Punkte waren für unsere Diskussionen wichtig:

● Das Ende der *Neuen Linken* wurde schon 1985 anläßlich der Ereignisse in Bitburg diagnostiziert. Aber in seiner ganzen Tragweite ist dieses Ende erst seit den Diskussionen um den Golfkrieg überschaubar: Die Tradition der »Neuen Linken« bietet, positiv wie negativ, keine tragfähige Grundlage mehr für die Orientierung des politischen Selbstverständnisses.

● Auch die Sozialismusdiskussion hat schon vor dem Herbst '89 angefangen. Sie hat aber durch den Zusammenbruch des „real-existierenden Sozialismus" dramatische Ausmaße angenommen: Heute geht es nicht mehr um die Art (demokratisch oder nicht) und Weise (Revolution oder Reform), sondern um das *Ob* überhaupt — ob die Vorstellung einer gesellschaftlichen Veränderung zu einer qualitativ anderen Gesellschaft noch politisch das Handeln motivieren kann.

● Worum handelt es sich beim 'Neuen Deutschland'? Geht es um die *Neukonstitution Deutschlands* oder „bloß" um das Ende der DDR? Leben wir heute im Vierten Reich, wie einige selbstsicher behaupten? Oder in einer normalen westlichen Demokratie, wie andere dem entgegenhalten? Die Diskussionen um den Golfkrieg legten die tiefen Irritationen offen, die von den moralischen und psychische Konnotationen dieser Frage ausgehen. Und außerdem verweisen diese und andere Diskussionen auf eine Heterogenisierung gesellschaftlicher Erfahrungen — nicht nur zwischen West *und* Ost, sondern auch jeweils in Ost und West —, die gemeinsame politische Posititionsbestimmungen zunehmend unmöglich macht.

● Nicht zuletzt: die „Neue Weltordnung". Was kommt nach dem Ost-West-Konflikt? Die Verschiebung der Achse um 90 Grad? Aber inwieweit trifft die Terminologie vom Nord-Süd-Konflikt noch zu? Als gesichert kann im Moment nur eins gelten: das „Ende der Geschichte" ist noch nicht angebrochen. Der Sache näher kommt man wohl mit der These, daß der Kapitalismus entgültig das ist, als was er theoretisch schon länger beschrieben wurde — ein alles einschließendes Weltsystem, gegenüber dem es kein *draußen* mehr gibt, sondern nur noch peripherisierte Räume (und die nicht nur im *Süden*). Damit muß er aber auch die volle Verantwortung selbst übernehmen und kann nicht mehr die Zwänge der Systemkonkurrenz vorschieben. Und diese Verantwortung wollen wir ihm auch in Zukunft peinlich genau vorhalten.

▶ Was heißt das alles für die *links* ◀

Auf der Seite der *links* treten diese „Wandlungen des Weltgeistes" zunächst in einer veränderten Redaktion in Erscheinung! Einige langjährige Mitglieder sind — z.T. nach heftigen Konflikten — aus der Redaktion ausgeschieden. Das bedeutet politisch gesehen zunächst den Wegfall der persönlichen Repräsentation bestimmter Strömungen, die bislang mit der *links* identifiziert wurden. Dieser Punkt hat aber vielleicht auch eine positive Seite. Nicht in dem Sinne, daß diese Positionen in Zukunft nicht mehr im Blatt vorkommen sollen. Aber viele alte Konfliktlinien, die eine andere Reaktion auf die neue Situation bislang verstellt haben, fallen zunächst einmal weg. Gleichzeitig gibt es auch das Umfeld der Neuen Linken nicht mehr. Die *links* wird also auf jeden Fall anders werden, fragt sich nur: *Wie?*

Was wir als wichtig erachten, läßt sich an zwei Punkten, an redaktionell-organisatorischen und an inhaltlich-thematischen Fragen, erläutern. Redaktionell müssen Diskussionen vordringlich wieder neu organisiert werden — ohne Abgrenzungsängste, ohne Fixierung auf Traditionen, die zerstört sind, aber auch ohne in Beliebigkeit zu verfallen. Notwendig ist aber auf jeden Fall eine Öffnung zu anderen Diskussionszusammenhängen, um eine breitere Auseinandersetzung zu ermöglichen und um einen neuen Lernprozess in Gang setzen zu können. Dazu ist es zuallererst notwendig, gesellschaftliche Erfahrungen wieder vermitteln zu können, ohne gleich die nächste Schublade zu öffnen.

Es soll der Versuch gemacht werden, bislang isoliert voneinander existierende Diskussionsstränge der Kritik an dieser Gesellschaft aufeinander zu beziehen und miteinander zu konfrontieren. Einen ersten Schritt in diese Richtung haben wir unternommen. Wir werden in Zukunft eine verstärkte Zusammenarbeit mit Autorinnen aus der Frauenbewegung suchen, die darauf abzielt, einerseits die Auseinandersetzung über diese Umbruchssituation gemeinsam zu führen und andererseits einer feministischen Kritik an dieser Gesellschaft in der *links* ein stärkeres Gewicht zu geben.

Diese Intention verbindet sich mit einer anderen, die eher ein Moment von Kontinuität darstellt. In Zukunft werden wir uns verstärkt um eine theoretisch angeleitete Kritik dieser Gesellschaft bemühen. Dazu brauchen wir aber vermehrt Kompetenzen von außerhalb der Redaktion. Gerade Auseinandersetzungen um theoretische Entwürfe und deren Stärken, aber auch ihre *blinde Flecken*, sind in einer Zeit weitgehender Umbrüche notwendiger denn je. Wir werden uns darum bemühen, wie schon bei einigen Themen in diesem Jahr (Diskussion um *civil society*, Fremdenfeindlichkeit-Rassismus) mittelfristig angelegte Schwerpunktthemen aus verschiedenen Richtungen kontrovers zu dokumentieren und zu diskutieren.

Thematisch sind dabei einerseits die selbstkritische Aufarbeitung linker Theorietraditionen wichtig, wie wir sie u.a. in der Diskussion um das *Ende des Leninismus* anzustoßen versuchen. Ohne diese Selbstkritik, die einschließt, daß nicht jede Kritik am real-existierenden Sozialismus so neu ist, wie manchmal der Anschein geweckt wird, die allerdings auch die Defizite klar beim Namen nennen muß, wird eine Neuorientierung auf jeden Fall scheitern. Hierein gehört dann auch die Diskussion um den Untertitel dieser Zeitschrift, den wir zum Gegenstand einer offenen Diskussion machen wollen. Daneben ist es andererseits auch notwendig, sich *neuen* Themen zu öffen, auch wenn das „Neue" oft mehr auf die bisherige Blindheit hindeutet. Zu nennen wäre hier neben dem Geschlechter- auch das Naturverhältniss und der vergessene Kontinent Afrika.

Entscheidend ist letztlich ein drittes, nämlich beides — Aufarbeitung und Öffnung zu neuen Themen — zusammenzubringen. Welche blinde Flecken waren für das Scheitern der praktischen und theoretischen Bemühungen um eine andere Gesellschaft entscheidend — und inwiefern treten uns heute diese Themen auch in Gestalt neuer Konflikte und neuer Problemlagen entgegen? Notwendig ist die Neuorientierung eines linken Politikbegriffs, der in der Lage ist, die Erfahrungen dieses Jahrhunderts aufzunehmen und die Kritik an dieser Gesellschaft neu zu formulieren. Damit ist allerdings auch ein Moment der Kontinuität in der *links* verbunden: Der Anspruch auf eine radikale Kritik an dieser Gesellschaft, die ihr tatsächlich an die Wurzeln, an die Ursachen von Herrschaft und Unterdrückung geht. Und die gleichzeitig versucht, eine Perspektive auf die Veränderung dieser Verhältnisse zu entwerfen.

DIE REDAKTION

KOMMENTAR

LEOPOLD SPIRA

Der Zerfall im Osten

Am Ende des Ersten Weltkriegs zerfiel die Habsburger Monarchie, die Jahrhunderte überdauert hatte, aber nicht imstande war, die nationalen Probleme des Vielvölkerstaates zu lösen. An dieser Aufgabe scheiterte auch die Sozialdemokratie, die sich zu Beginn dieses Jahrhunderts in ihre nationalen Bestandteile auflöste. Im Jahr 1912 kam Josef Stalin nach Wien und sammelte Material für das Buch ,,Marxismus und nationale Frage", in dem er sich mit den austromarxistischen Ansichten auseinandersetzte. Die Antwort war Anerkennung der nationalen Rechte aber Beibehaltung des Zentralismus in Partei und Staat. Zum Unterschied des Habsburgerreiches blieb das Zaristische Imperium im großen und ganzen erhalten — die Autorität im Kreml war nicht mehr der Zar sondern Lenin und die Kommunistische Partei. Die Nationalitätenpolitik, das heißt ihre Zielsetzung, faßte Lenin zusammen: ,,Das Ziel des Sozialismus ist nicht nur die Aufhebung der Kleinstaaterei und jeder Absonderung von Nationen, sondern auch ihre Verschmelzung. Die unvermeidliche Verschmelzung der Nationen kann nur durch die Übergangsperiode der völligen Befreiung, das heißt der Abtrennungsfreiheit aller unterdrückten Nationen kommen."

Mehr als sieben Jahrzehnte später zerfällt die Sowjetunion in ihre nationalen Bestandteile, fast eine halbes Jahrhundert nach Etablierung der ,,Volksdemokratie", der Herrschaft durch die Kommunistische Partei, wird einer der ,,Nachfolgestaaten" der Habsburger-Monarchie, Jugoslawien, von blutigen nationalen Auseinandersetzungen zerrissen, ein anderer ,,Nachfolgestaat", die Tschecheslowakei, ist vom Zerfall bedroht. Der sozialistische Ansatz, der zum Stalinismus degenerierte und dann zum ,,realen Sozialismus" verkümmerte, konnte die nationalen Probleme nicht lösen, da er die ökonomischen, sozialen und demokratiepolitischen Probleme nicht lösen konnte. Und die Perestroika stellte zwar die hergebrachten Verhältnisse an den Pranger, hatte aber nicht die Kraft, tragfähige neue Verhältnisse zu schaffen. Und da der horror vacui nicht nur in der Physik, sondern auch im ideologischen Leben gilt, besetzten nationale und national-religiöse Ideologien jenes Feld, auf dem bis vor kurzem der staatlich dekretierte Marxismus-Leninismus eine Monopolstellung hatte.

Die von Kommunisten geführten jugoslawischen Partisanen konnten sich gegen die faschistischen Besatzungstruppen und gegen die einheimischen Ustascha und Tschetniks vor allem deswegen durchsetzen, weil sie streng darauf achteten, jede nationale Diskriminierung zu vermeiden. Der Schweizer Arzt Paul Parin, der im Krieg als Arzt bei den jugoslawischen Partisanen arbeitete, schilderte eine charakteristische Episode *(Paul Parin: Es ist Krieg und wir gehen hin, 1991):* Mitten in der Nacht mußte eine serbische Operationsschwester aus ihrem Erschöpfungsschlaf geweckt werden, weil verwundete Albaner eingeliefert wurden. Im Halbschlaf schimpfte sie, nationalistische Ausfälle nicht vermeidend, auf jene, die ihre Nachtruhe gestört hatten. Nur mit Mühe konnte Parin verhindern, daß die Frau vor ein Kriegsgericht gestellt wurde, das wahrscheinlich ein Todesurteil gefällt hätte.

Vier Jahrzehnte später hob die kommunistische Regierung in Belgrad die Autonomie des überwiegend von Albanern bewohnten Kosovo auf und errichtete ein drückendes Repressionsregime. Das war der erste deutliche Schritt zu blutigen Katastrophe, deren Ende noch nicht abzusehen ist.

Von Österreich aus gesehen, dem Relikt des Zerfalls der k.u.k.-Monarchie, wirkt dieser zweite Zerfallsprozeß, der an die Grenzen des Landes unmittelbar heranreicht, schon deswegen so widersinnig, weil der Kleinstaat gerade dabei ist, sich in die EG zu integrieren. Die Situation wird durch die Vergrößerung Deutschlands nach dem Osten hin weiter kompliziert; das Gewicht Deutschlands und, im geringeren Maße natürlich, auch Österreichs in diesem Raum wird schon deswegen größer, weil der Zerfallsprozeß, der blutige Formen angenommen hat oder noch weiter annehmen kann, das Gewicht der betroffenen Länder drastisch verkleinert. Wie werden Deutschland, Österreich, aber auch Italien mit diesen neuen Verhältnissen umgehen? Diese Frage wird heute in ganz Europa gestellt, und sie kann nicht unbefangen beantwortet werden, da sie historisch schwer belastet ist.

Deutschland, Österreich und auch Italien dräng(t)en am stärksten zur Anerkennung Kroatiens und Sloweniens als unabhängige Staaten. In Belgrad wehrt man sich mit der Anschuldigung, daß Österreich und Deutschland schon immer Feinde Serbiens waren und der Vatikan die kroatischen Katholiken gegen die orthodoxen Serben unterstützt.

In ganz Europa tauchen Emotionen und Argumente auf, die bis in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückreichen. Nun wird Deutschland heute nicht den Intentionen von Kaiser Wilhelm II. folgen, der mit dem Bau der Bagdadbahn die Hegemonie auf dem Balkan anstrebte, noch wird Österreich, so wie 1878, Bosnien-Herzegowina annektieren. Aber auch der in Wien erscheinende, der konservativ-katholischen ÖVP nahestehende ,,Kurier" sah sich genötigt, daran zu erinnern, daß ,,die kroatischen Faschisten und die Deutsche Wehrmacht — mit Österreichern in deutscher Uniform — tatsächlich im Zweiten Weltkrieg am Balkan übel gehaust haben. Aber die serbisch-kommunistischen Verbrechen können sich damit durchaus messen...Im Zweiten Weltkrieg waren es genau jene ‚Achsenmächte', die einen eigenen (faschistischen) Staat Kroatien schufen. Und ganz ohne Polemik, nur um die ungünstige Optik zu illustrieren, muß daran erinnert werden, daß es jener Staat Kroatien war, von dem der Oberleutnant Kurt Waldheim einst den ‚König-Zwonimir-Orden' erhielt."

Es geht nicht so sehr um die ,,ungünstige Optik" (die allerdings in der Politik auch von Bedeutung ist) als vielmehr um die ungünstigen Begleiterscheinungen der Initiativen, die Deutschland, Österreich (vor allem die ÖVP) und auch Italien in der Jugoslawienfrage ergriffen haben. Im Westen fürchtet man eine weitere Zunahme des Einflusses des größer gewordenen Deutschland, wobei jedes ungeschickte Agieren Österreichs den Eindruck verstärkt, die beiden Länder würden koordiniert vorgehen. Und der Pendelschlag im Osten, der von einer Form der autoritären Herrschaft nicht unbedingt und überall zur Demokratie schwingt, sondern zu anderen autoritären Formen, hat spürbare Auswirkungen auf das politische Klima in ganz Europa. Es sind neue innen- wie außenpolitische, ideologische und auch militärische Probleme aufgetaucht (Österreich trifft zum Beispiel militärische Vorbereitungen für einen Krisenfall in der Slowakei und bereitet eine militärische Kooperation mit Budapest und Prag vor), die zwar in eine ganze Reihe von Krisenherden geteilt sind, aber, wie schon angedeutet, einen gesamteuropäischen Charakter haben. Der Zusammenbruch des ,,realen Sozialismus" war nicht das ,,Ende der Geschichte", sondern ist der Beginn eines großflächigen historischen Umformungsprozesses, der zunächst gelegentlich im Gewand oder der Uniform einer längst überwunden geglaubten Vergangenheit erscheint. Deutschland und auch Österreich haben da nicht wenig gutzumachen. ■

SOVIETICUS

Der schleichende Tod

Der Zerfallsprozeß der SU ist vollkommen

Die Erklärungen der Präsidenten Rußlands und der Ukraine sowie des Parlamentspräsidenten von Belarus' vom 8. Dezember waren zunächst nicht mehr als ein weiterer Versuch, die zerfallende Sowjetunion durch etwas anderes, Neues aufzufangen.

Zuvor hatte es im Dezember 1990 bereits eine Initiative Rußlands, der Ukraine, Weißrußlands und Kasachstans gegeben, an der Moskauer Zentrale vorbei neue Strukturen zu schaffen; danach 1991 im April die Erklärung von neun Republiken und des Unions-Präsidenten über die Grundlagen einer neuen Union („Neun-plus-eins"-Prozeß, benannt nach der Datscha in Novo-Ogarevo); mindestens sechs Entwürfe eines neuen Unionsvertrags, dessen letzter am 20. August unterzeichnet werden sollte. Nach dem Putschversuch Anfang September eine Initiative von zehn Republikführern zu Übergangsorganen und einer neuen Union, die der Kongreß der Volksdeputierten billigte; danach mindestens drei weitere Entwürfe eines neuen Unionsvertrags; ferner das Abkommen über eine Wirtschaftsgemeinschaft von zuletzt zehn ehemaligen Unionsrepubliken vom Oktober, eine Initiative der fünf mittelasiatischen Staaten zu engerer Zusammenarbeit vom selben Monat usw...

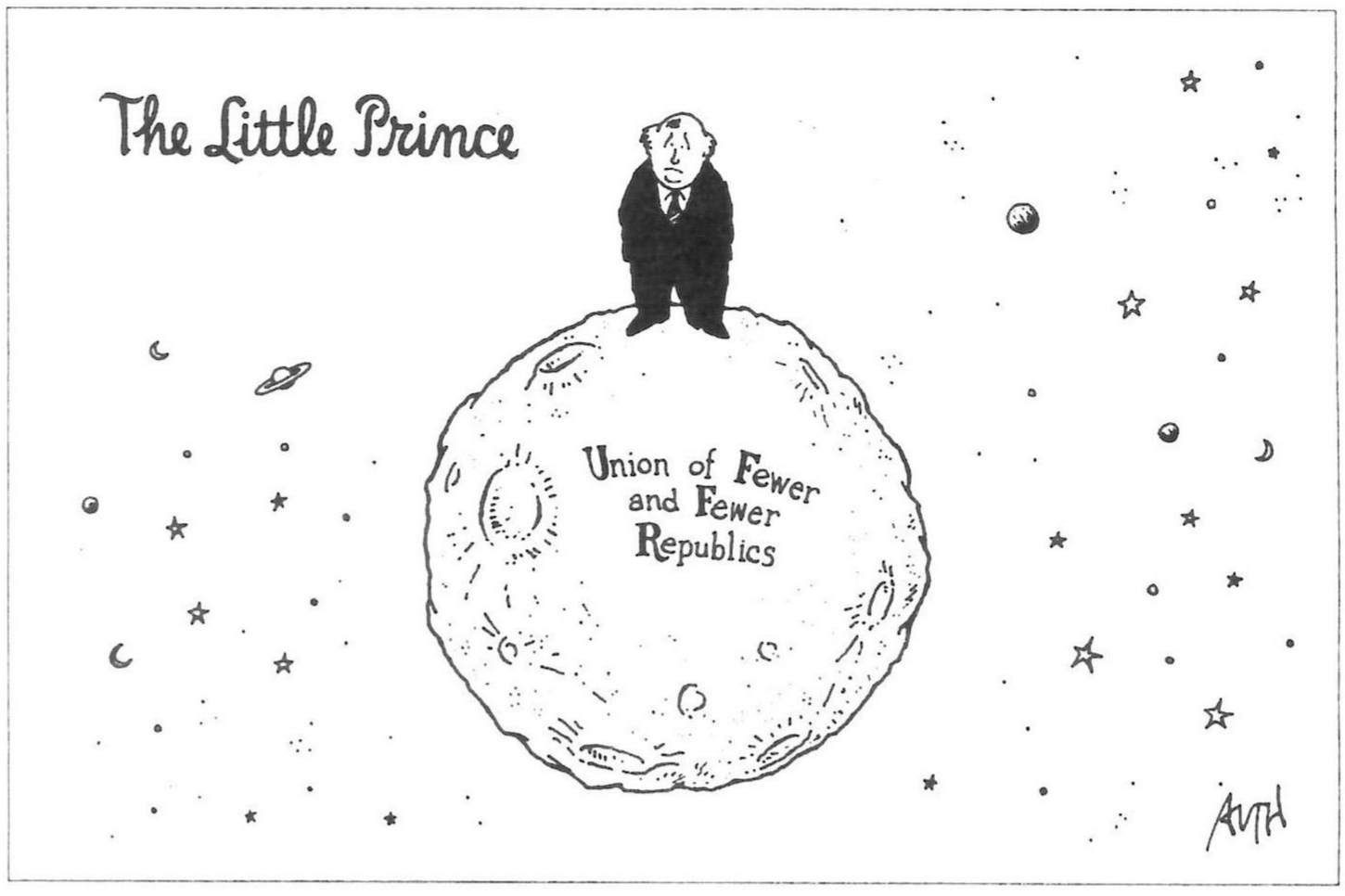
Ob die neue Initiative nun erfolgreicher sein wird als die vorausgegangene, bleibt abzuwarten — sicher ist es keineswegs. Es ist durchaus möglich, daß sich die unorganisierten Zerfallsprozesse in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen fortsetzen. In einem solchen Fall ist es zu befürchten, daß unsere Phantasie kaum ausreicht, sich die möglichen Folgen eines solchen Zusammenbruchs vorzustellen. Ein ökonomischer Kollaps ist derzeit ohnehin wahrscheinlich und liegt in Teilbereichen der Ökonomie schon vor. Die gesellschaftliche Dekomposition scheint unaufhaltsam voranzuschreiten. Eine Zuspitzung der interethnischen und zwischenregionalen Konflikte scheint damit zwangsläufig. Die politischen Steuerungsverluste können bisher nicht aufgehalten werden — schon gar nicht im Maßstab der früheren Union, aber auch nicht in Rußland und in den anderen stolzen Neustaaten. Die öffentlichen Beschwichtigungen über die Kontrolle der Militärpotentiale müssen mit Mißtrauen betrachtet werden. Unorganisierte Grenzveränderungen sind eher wahrscheinlich.

Vor diesem Hintergrund muß beinahe jede Anstrengung begrüßt werden, Stabilität in diesen postsowjetischen Raum einzusetzen, sofern zugleich Mindeststandards an Minderheitenschutz garantiert werden. Damit würde den konstruktiven und fähigen sozialen und politischen Kräften Gestaltungsmöglichkeiten gegeben, die durchaus vorhanden sind. Es ist ja keineswegs so, daß die gesamte bisherige Union, durch siebzig Jahre Realsozialismus eingeschläfert und erschüttert und durch sieben Jahre experimenteller, aber wirksamer Transformation erst ermutigt, dann enttäuscht und entgrenzt, in Hoffnungs- und Perspektivlosigkeit versinken muß. Selbst nach einem freien Fall und einem bösen Aufprall wird und muß es weitergehen, irgendwie.

Stabilisierung nach Brest

Aber die Frage ist eben doch, wann und wie. Noch einmal können also die Vereinbarungen und ihre Entscheidungen von Brest stabilisieren? Drei Fragen sind dabei von Bedeutung:

Erstens: Spätestens im November hatte die russische Führung beschlossen, die Union aufzugeben und ihre eigenen Interessen künftig zum Maßstab der russischen Politik nach innen und außen zu machen. Das Paket von Wirtschaftsreformdekreten vom 15. November, die Aussetzung der Regionalwahlen bis Ende 1992 in Verbindung mit neuen administrativen Kompetenzen des russischen Präsidenten, eine entschiedenere Politik gegenüber den Separierungsbestrebungen einiger der früheren russischen Autonomien (Tatarstan, Tschetscheno-Inguschetien) und eine Belebung der eigenen Außenbeziehungen zeigten an, daß entsprechende Strategiebeschlüsse auf der Ebene der Zuarbeiter des Präsidenten ausgeführt wurden. Dabei wurde ausdrücklich auch die Frage der Grenzen zu anderen ehemaligen Unionsrepubliken (vor allem zur Ukraine) als *nicht endgültig* geklärt bezeichnet. Zudem wurden die russischen Interessen so definiert, daß Rußland sicherheitspolitischer Nachfolger der Union werden und im wesentlichen allein die Sicherung der Nuklearwaffen garantieren sollte. Wirtschaftspoitisch sollte die Subventionierung der ärmeren Nachbarn, vor allem in Mittelasien eingestellt werden. Vor diesem Hintergrund sollte ein verpflichtendes, detailliertes Wirtschaftsabkommen mit den anderen Republiken ohne ein politisches, russische Dominanz akzeptierendes Rahmenabkommen vermieden werden. Das Interesse der meisten und vor allem der südlichen ehemaligen



Unionsrepubliken dagegen war ein entgegengesetztes: sie wollten sich politisch nicht an ein befürchtetes neues russisches Zentrum binden, aber die ökonomischen Vorteile der gewachsenen Kooperation durchaus weiter nutzen. Wie ist also die Grundsatzentscheidung Rußlands vom November mit den Brester Vereinbarungen und dem Beitritt Mittelasiens zu vermitteln?

Zweitens: Die Vereinbarungen selbst sind in drei Schlüsselfragen vage. Nach einer Beschreibung des beklagenswerten Zustandes im nachsowjetischen Raum, die übrigens an ähnliche Passagen aus den ersten Erklärungen der gescheiterten ,,Gekatschepisten" vom August erinnert, folgen allgemeine Hinweise auf die Notwendigkeit ,,einer praktischen Verwirklichung politischer und wirtschaftlicher Reformen". Wie sich solche Reformen zu den November-Erlassen der russischen Regierung verhalten sollen, bleibt ungewiß. Ob der Rubel wirklich als Leitwährung akzeptiert wird, ob eine ,,abgestimmte Politik zur Liberalisierung der Preise" erreichbar ist, ob die ,,Schaffung" (wieso nicht: Erhaltung?) eines einheitlichen Wirtschaftsraumes politisch durchsetzbar ist — all das bleibt ungewiß.

Auch die Aussagen zur Verteidigungspolitik und zur Kontrolle der Streitkräfte sowie der Massenvernichtungswaffen (,,geeintes Oberkommando über den gemeinsamen militärischen" und ,,gemeinsame Kontrolle der Atomwaffen") sind entweder nicht eindeutig, oder sie widersprechen bekannten früheren Erklärungen der Unterzeichnerstaaten. Das ukrainische Parlament hat den Text der Vereinbarungen bei der Ratifizierung bereits einseitig abgeändert. Welche Textfassung dann galt, war ungewiß. Weitere Veränderungen der Vereinbarungen sind absehbar, weil zusätzliche Staaten als ,,Gründungsmitglieder" beitreten bzw. zugelassen werden wollten.

Drittens bleibt zunächst unklar, wie die Rechtsnachfolge für die für obsolet erklärte UdSSR (auswärtig stationierte Truppen, UN-Sitz u.a.) im einzelnen geregelt und wie das Verhältnis zu den anderen früheren Unionsrepubliken geklärt werden kann. Auch wenn der Widerstand des alten Zentrums Mitte Dezember kollabierte, bleiben doch eine Reihe von faktischen Problemen, die besser geregelt wären.

Von einem rein legalistischen Standpunkt aus haben Jelzin, Krawtschuk und Schuschkjewitsch etwas ähnliches versucht wie die Staatsputschisten im August: Die Transformationsprozesse sollen stabilisiert und Restbestände der Union gesammelt werden. Zugleich ist richtig, daß die alte Verfassung und daß die alten Unionsorgane nur noch formell galten und kaum noch eine Entsprechung in der Realität des nachsowjetischen Raumes fanden.

Weder das alte Zentrum noch ausländische Einwirkung können die Neugründung dieser Gemeinschaft verhindern. Ob sie aber aus sich selbst heraus stark genug und solide gefügt ist, ist damit nicht beantwortet. Es ist möglich, daß sich auf diese Weise von unten her eine Art neuer freiwilliger Union aufbaut, die den wirtschafts- und sicherheitspolitischen sowie sozialen und juristischen Sachzwängen folgt, die bisher das verleidete Zentrum immer vergeblich gepredigt hatte.

Wie lange hält das Brester Abkommen

Wenn es aber nicht rasch gelingt, diese neue Gemeinschaft in wichtigen Fragen nun ohne Druck des alten Zentrums überzeugend zu einen, und wenn nicht eine merkliche Stabilisierung der Versorungslage sowie eine Aufhellung der perzipierten Perspektive für soziale Schlüsselgruppen erreicht werden, dann würde es einem Wunder nahekommen, wenn die Brester Vereinbarung älter wird als die vorausgegangenen Anläufe. Die russische Regierung unter dem Präsidenten Jelzin wird ihre ohnehin in fast jeder Hinsicht überragende Stellung vor allem im Interesse, und zwar im spürbaren Interesse der eigenen Bevölkerung nutzen müssen. Der neue ukrainische Präsident bleibt einer innenpolitischen Konstellation verhaftet, die jeden Anschein von Nachgeben oder von erneuter Souveränitätsübertragung verbietet. Der kasachische Präsident Nasarbajew muß einerseits auf die sehr heterogene nationale Zusammensetzung seiner Republik achten und kann sich keine fundamentalistische Rhetorik erlauben. Andererseits spielt er eine Schlüsselrolle im altsowjetischen Süden und wird sich engagieren müssen, um die Orientierung seiner Nachbarn mitzuprägen. Um deren Wohlwollen wetteifern bereits die Regierungen des Iran, Pakistans, der Türkei und, indirekt, Saudi-Arabiens.

So könnten die Brester Vereinbarungen vielleicht die Funktion haben, einen Großteil der früheren Unionsrepubliken zusammenzuzwängen, um Alleingänge einzelner zunächst zu verhindern. Das gilt vor allem und wechselseitig für Rußland und für die Ukraine, die in herzlichem Mißtrauen miteinander verbunden sind. Und es gilt für Rußland und die zentralasiatische Region, für die ähnliches angenommen werden kann.

Reaktionen auf Brest

Welche Reaktionen auf die neuen Gemeinschaftsversuche sind möglich und sinnvoll? Jenseits einer akuten Nahrungsmittelhilfe, die auch in diesem Winter wieder nötig bleibt und (nur dann) sinnvoll ist, wenn sie direkt organisiert wird (von Schule zu Schule, Krankenhaus zu Krankenhaus usw.), sollten gesellschaftliche und politische Kräfte im Westen alles unterstützen, was einer Stabilisierung des Übergangszustandes dienen kann (und Menschenrechte und Minderheitenschutz dabei nicht aufgibt). Zudem sollten Gesprächs- und Einwirkungsmöglichkeiten genutzt werden, was nur über Direktkontakte mit den neuen Parteien, Bewegungen, Parlamenten, Regierungen und Eliten geht. Das würde konkret bedeuten, Staatenbildungen anzuerkennen, soweit sie folgende Bedingungen erfüllen:

- Grenzveränderungen sollten in der Regel ausgeschlossen und ansonsten nur einvernehmlich möglich sein;
- internationale Normen wie die Pariser Charta müssen anerkannt und eingehalten werden;
- geltende oder verabredete Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen müssen akzeptiert und umgesetzt werden;
- der Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Nuklearmaterial muß peinlich beachtet werden.

Wenn es gelänge, die Partner der Brester Vereinbarungen auf diese Grundsätze zu verpflichten, hätten sie eine größere Chance, auch nach innen wohltuend zu wirken. Derzeit scheinen drei Varianten möglich: die Vereinbarungen von Brest könnten sich als tragfähige Grundlage einer neuen Union, von unten gebildet, erweisen. Sie könnten zwischen den unterschiedlichen Interessen der früheren Unionsrepubliken und in Rußland selbst zerrieben werden. Und sie könnten das Schicksal früherer Abreden und Enwürfe teilen: nämlich allmählich in Vergessenheit zu geraten oder beiseite geschoben zu werden. Warten wir es ab. ■

FRANK ECKARDT

Ist alles Gold, was glänzt

Die Flüchtlingspolitik der Niederlande

Was die Flüchtlingspolitik der Niederlande betrifft, ist zwar nicht alles Gold, was glänzt, einiges aber schon insbesondere die Vielzahl aktiver Freiwilliger in der niederländischen Flüchtlingsarbeit.

Die Flüchtlingspolitik der Niederlande genießt sowohl bei der eigenen Bevölkerung als auch bei vielen Beobachtern im Ausland einen ausgesprochen guten Ruf. In der Tat kann das Land auf eine lange liberale Tradition in der Flüchtlingspolitik zurückblicken. Die Aufnahme von südniederländischen Flüchtlingen, Hugenotten, Juden und Freidenkern hat zu einem hohen Anteil von Flüchtlingen an der Einwohnerzahl und zu vielen Beispielen gelungener Integration geführt. Allerdings existierte diese Liberalität immer nur periodisch und bezog sich keineswegs auf alle Flüchtlingsgruppen.

Während die Niederlande gegenüber Hitler-Deutschland — aus Angst, der deutschen Armee einen Vorwand zur Invasion zu bieten — eine extrem selektive und restriktive Aufnahmepolitik betrieben hatten, kehrten sie nach dem Zweiten Weltkrieg wieder zu ihrer liberaleren Praxis zurück. Ohne öffentliche Debatten wurden vor allem Flüchtlinge aus dem Ostblock aufgenommen. Sie waren in dem wirtschaftlich wiederaufblühenden Land willkommen. Während in den siebziger Jahren vor allem Kontingent-Flüchtlinge (hauptsächlich Kambodschaner und Vietnamesen) Asyl erhielten (weniger als 0,03 % der Bevölkerung pro Jahr), kamen in den achtziger Jahren überwiegend individuelle Flüchtlinge. Obwohl deren Anzahl jährlich stieg (und immer noch steigt), erkannte das Niederländische Justizministerium beinahe gleichbleibend immer nur etwa fünfhundert bis eintausendfünfhundert von ihnen als asylberechtigt an, wobei die christlich-liberale Koalition, die inzwischen wieder an der Regierung ist, fast doppelt so viele Anerkennungen aussprach als die christlich-liberale Koaltion in ihrer Regierungszeit.

▶ Eine Wende ◀

Ausgelöst durch Beschwerden der großen Städte über die Schwierigkeit, den Asylsuchenden ein Dach über dem Kopf zu bieten, hat im April 1987 eine grundlegende Veränderung in der Asylpolitik der Niederlande stattgefunden. Waren Flüchtlinge bis dahin — ähnlich wie in der BRD — den für alle geltenden Sozialgesetzen unterworfen, wurden also nach Bedürftigkeit unterstützt, so gilt seitdem die „ROA", eine besondere Gesetzgebung für Asylantragsteller. Diese sieht vor, daß den Gemeinden ihre Ausgaben für festumschriebene Bedürfnisse der Asylsuchenden vom Sozialministerium zurückerstattet werden. Ein wichtiger Punkt ist hierbei, daß den Flüchtlingen während des Verfahrens so schnell möglich, innerhalb von neun Wochen, eine eigene Wohnung erteilt werden muß. Allgemeines Ziel dieser ROA-Gesetze ist die Dezentralisierung der Unterbringung gewesen. 1990 hat die Regierung weitere 75 Mill. Gulden für die Verbesserung der Unterbringungsmöglichkeiten ausgegeben und auf politischer Ebene die sogenannte Europäische Harmonisierung durch die Ratifizierung des Schengen-

Vertrages und des Europäischen Asylvertrages unterstützt. Eine 1990 in Dienst gestellte Kommission, die sogenannte „Mulder-Kommission", hat, nach eingehender Analyse der Niederländischen Asylpolitik, in diesem Jahr Vorschläge in die öffentliche Diskussion eingebracht, die das Asylverfahren verkürzen sollen. In ihrem Endrapport fordert sie: Erstens und am dringlichsten muß mehr Geld in den ersten Auffang investiert werden. Flüchtlinge sollen in vier großen Sammellagern untergebracht werden und dort adäquaten Beistand erhalten. Unter Berufung auf den Europäischen Menschenrechtsvertrag erwähnt die Kommission ausdrücklich, daß den Menschen, die Traumatas leiden, Opfer sexueller Gewalt waren

oder einen Kulturschock zu verarbeiten haben, Hilfe zuteil werden muß.

Des weiteren ist der Kommission der unsichere und unhaltbare Status der sogenannten De-Facto-Flüchtlinge aufgefallen. In den Niederlanden gibt es, im Gegensatz zur bundesdeutschen Gesetzgebung, keinen gesetzlichen Rahmen für Duldungen, seit der sogenannte B-Status abgeschaffen ist. Die Kommission schlägt vor, Flüchtlinge, die nach erfolglosen Asylverfahren doch nicht zurückgeschickt werden können, gleich eine entsprechende Aufenthaltsgenehmigung zu erteilen.

Die Kommission machte keine Vorschläge zur Regelung der Abschiebehaft und warnte ausdrücklich davor, mit der Verkürzung der Asylverfahren auch deren Sorgfältigkeit zu beschränken.

Eine härtere Gangart wolte der Sozialminister d'Ancona einlegen. Sein Vorschlag, Flüchtlinge, die einen ,,offensichtlich unbegründeten'' Asylantrag stellen, in besonderen Heimen unterzubringen, um mit ihnen kurzen Prozeß zu machen, wurde vom Parlament am zehnten September dieses Jahres rundweg abgelehnt.

Allerdings hat eine Gelegenheitskoalition aus Christdemokraten, Liberalen und rechten Splitterparteien auch folgende Gesetze angenommen:

▶ Strittiges Thema ◀

Das sogenannte ,,Hotel'' am Amsterdamer Flughafen Schiphol wird von 40 auf 120 Plätze ausgeweitet und nach Amsterdam verlegt. Im ,,Hotel'' werden gerade ankommende Flüchtlinge interniert, die auf den Ersten Eindruck, nach Meinung des Justizministeriums, keine ,,Chance'' haben. Das ,,Hotel'' ist eines der strittigsten Themen in der niederländischen Asylpolitik. Der dringend benötigte Rechtsbeistand, so kritisieren Flüchtlingsverbände, sei nicht oder kaum gewährleistet. Von diesem ,,Hotel'', so wurde weiter beschlossen, soll es ein Äquivalent im Rotterdamer Hafen geben, in dem auch eine Großzahl von Flüchtlingen ankommt. Das Parlament führte des weiteren die gesetzliche Möglichkeit ein, Flüchtlinge in Haft zu nehmen, wenn sie innerhalb von dreißig Tagen eine Ablehnung ihres Asylantrages erhalten. Die Haft kann unbegrenzt und ohne Angabe von Gründen erfolgen. Jeder Flüchtling muß sich im übrigen unter Androhung von Haftstrafen für die Bearbeitung seines Asylverfahrens zur Verfügung stellen. Sozialdemokraten, Grüne und die größte niederländische Flüchtlingsorganisation (VVN) halten diese letzten beiden Gesetze für nicht mit dem Europäischen Menschenrechtsvertrag zu vereinbaren. Es besteht noch die Hoffnung, daß diese Gesetze nicht die nötige Zustimmung der sogenannten ,,Ersten Kammer'' (etwa mit dem Bundesrat zu vergleichen) erhalten oder an einer Klage des VVN vor dem Europäischen Gerichtshof scheitern. Der Vorschlag der Kommission Mulder, vier große Auffangzentren einzurichten, wurde ebenso akzeptiert wie die Notwendigkeit, den De-Facto-Flüchtlingen einen Status zu verleihen. Der neueste Plan sieht vor, De-Facto-Flüchtlingen ein vorläufiges Asyl von drei Jahren zu gewähren und danach, falls die Situation im Herkunftsland nicht verändert ist, eine dauerhafte Aufenthaltsgewährung zu erteilen. Einig war sich das Parlament, daß ein Asylverfahren höchstens eineinhalb Jahre dauern dürfe und daß das Justizministerium nach einem Jahr angeben muß, warum noch keine Entscheidung gefallen sei.

Bleibt noch das Problem der Arbeitserlaubnis. Das Sozialministerium schlägt ein Drei-Jahres-Konzept vor: im ersten Jahr erhält der Flüchtling Zugang zur beruflichen Grundbildung und zur Schule, im zweiten Jahr erhält er eine befristete, im dritten eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis. Auf Drängen des VVN anerkannte man die Notwendigkeit individueller Ausnahmeregelungen.

Man sieht: Parlament und Berufspolitiker nehmen eine uneindeutige, ambivalente Haltung ein, suchen Kompromisse zwischen Liberalität und Restriktion. In der niederländischen Gesellschaft dagegen nimmt das Verständnis für Flüchtlinge eindeutig ab. Gemäß einer Umfrage des NRC-Handelsblad hat sich die Gruppe der Menschen, die weitere Aufnahmen von Flüchtlingen ablehnen, innerhalb eines Jahres verdoppelt.

Flüchtlinge werden zunehmend Opfer des allgemeinen Vorurteils gegen ,,Ausländer'' und ,,Fremde''. Man darf nicht vergessen, daß in der niederländischen Gesellschaft latent Reste der kolonialen Vergangenheit weiterwirken. Was den Stand der Diskussion und der Gesetzgebung gegen Rassismus betrifft, sind die Niederlande zwar eines der fortschrittlichsten Länder. Es gibt das Verfassungsgebot der ,,Multikulturellen Gesellschaft'', ein A- -Diskriminierungsgesetz mit Gefängnisstrafen, eine sogenannte ,,positive Aktion'', die eine Vorzugsbehandlung ethnischer Minderheiten bei der Verteilung der Arbeitsplätze zum Ziel hat, angepaßte Lehrpläne für die Lehrerausbildung und vieles mehr.

▶ Multikulti und Gleichgültigkeit ◀

Andererseits, so konstatierte kürzlich der ,,Wissenschaftliche Rat'' (WRR) der Niederländischen Regierung in einer vielschichtigen Untersuchung, ist die Umsetzung dieses Diskurses in vielen Punkten erstaunlicherweise oftmals unzureichend und beinahe kontraproduktiv: Die Ausländerarbeitslosigkeit ist eine der höchsten in Europa, das relative Verhältnis Flüchtlinge pro 10000 Einwohner ist das Zweitschlechteste in Europa und sogenannte ,,schwarze'' und ,,weiße'' Schulen und Stadtteile sagen vielleicht mehr über die Allochtonen (und Flüchtlinge) und ihre Stellung in der Gesellschaft als nur das Vergleichen der Absichterklärungen der verschiedenen Regierungen.

Aber auch der Niederländische Diskurs über Flüchtlinge scheint einer negativen, gleichgültigen Tendenz zum Opfer zu fallen. Bei einer landesweiten Demonstration gegen die Kabinettspläne der Regierung zur Verküzrung des Asylverfahrens haben die großen Organisationen VVN und amesty international nur 5000 Demonstranten mobilisieren können. Noch 1988 hatten diese beiden Organisationen, zusammen mit 23 anderen, eine landesweite Aktion auf die Beine gestellt, die ihresgleichen in Europa wohl suchen dürfte. Unter den vielen Aktionen, die die eineinhalb Millionen Mitglieder repräsentierenden Organisationen initiierten, war für mich der sogenannte ,,Weihnachtslauf'', an dem sich 2400 Schulen beteiligten, die beeindruckendste. Dies mehr wegen der enthusiastischen Schüler als der drei Millionen Gulden, die dabei gesammelt wurden. Sichtbarer Effekt der Aktion von 1988 war die Bereitschaft von neunzig Prozent der Städte und Gemeinden, die in der damals gerade eingeführten ROA-Regelung vorgesehene dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen zu ermöglichen.

Die zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber der Flüchtlingspolitik möchte ich an zwei Ereignissen verdeutlichen, die beide von der niederländischen Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurden:

Der Soziologe Anil Ramdas hat im Auftrag von Amnesty International den Zusammenhang zwischen der Information der Öffentlichkeit und der Gestaltung der Asylverfahren untersucht. Der überwiegende Teil der Bevölkerung geht ja davon aus, daß Menschen, die aus guten Gründen fliehen, letztlich auch Asyl erhalten. Ramdas Untersuchung kommt zum Schluß, daß diese Meinung eine beruhigende Selbsttäuschung ist. Anhand konkreter Beispiele widerspricht er der Schönfärberei des Justizministeriums. Das Justizministerium nun scheint sehr wohl zu wissen, welche Rolle die Information der Öffentlichkeit im Asylverfahren spielt, denn es versuchte, die Publikation der Unternehmen zu verbieten. Erst nach einem Gerichtsverfahren konnte das Buch im allgemeinen Buchhandel erscheinen. Dieser Vorgang blieb aber weitgehend ohne öffentlichen Protest, blieb ebenso wie die Schlußfolgerungen der Untersuchung, eine Angelegenheit für ein paar Insider.

Das gleiche war zu beobachten bei der Veröffentlichung einer anderen Flüchtlingsorganisaton, der LSV. Während der Skandal über die Mossad-Aktivitäten in Norwegen — der israelische Geheimdienst hatte dort palästinensische Flüchtlinge mit Wissen und Hilfe der norwegischen Behörden unter Vorspielung falscher Tatsachen verhört — auf der ersten Seite aller Niederländischen Zeitungen zu lesen war, habe ich nirgends in einer Zeitung etwas über die Untersuchungsergebnisse des LSV lesen können, obwohl es grob gesehen um den selben Skandal im eigenen Land geht: Die Geheimdienstpraktiken mit Flüchtlingen. Die Autoren der Untersuchung sprechen von nicht unerheblicher Gewaltausübung, subtiler Manipula-

tion und Machtmißbrauch gegenüber den auf Hilfe angewiesenen Aslysuchenden.

Neben den negativen Erscheinungen und Tendenzen gibt es viele Projekte, die für viele Europäische Länder vorbildhaft sein könnten und die z.T. schon sehr lange bestehen. In den Niederlanden fällt vor allem die gute Organisationsstruktur und Vernetzung auf. Alle, oder zumindest die meisten lokalen Flüchtlingsgruppen haben sich zum Landesverband VVN zusammengeschlossen. Der VVN ist damit auch ein guter Ansprechpartner für die Regierung. Die lokalen Flüchtlingsgruppen haben in den meisten Städten und Gemeinden einen Teil der in der ROA-Regelung für die Aufnahme festgelegten und garantierten Leistungen übernommen. Zumeist sind dies informative und sozialkulturelle Aufgaben, da die Rechtsberatung und somit auch in den meisten Fällen anwältliche Konsultationen für den Flüchtling kostenfrei sind.

▶ Eine Basis ◀

Eine der sicherlich einzigartigen Initiativen, die es in den Niderlanden gibt und deren Notwendigkeit auch durch die Regierung in der Form einer jährlichen Subvention in der Höhe einer halben Million Gulden anerkannt ist, ist die Förderation der Selbstorganisationen der Flüchtlinge (VON). Auf Initiative des Innenministeriums wurde VON 1985 mit Hilfe von VVN ins Leben gerufen, um Flüchtlingen eine Stimme in der demokratischen Gesellschaft zu geben. VON zählt inzwischen elf nach Nationalitäten getrennte Selbstorganisationen und hat einen Jugend- und Frauenrat mit eigenen Aktivitäten eingerichtet. Die von VON herausgegebenen Kommentare zur Asylpolitik haben im Laufe der Zeit ständig an Qualität gewonnen.

Eine viel ältere Organisation, die ihresgleichen in Europa suchen dürfte, ist m.E. der Universitair Asyl Fonds (UAF). Der UAF war 1948 vom Rektor der Amsterdamer Universität initiert worden, nachdem 11 000 Studenten aus Solidarität mit ihren tschechischen Kollegen demonstrierten, die in der CSSR verfolgt wurden und die sie gerne zum Studium in den Niederlanden einladen wollten. Den ersten 43 tschechischen Studenten folgten viele, denen der UAF das Studium, die Weiter- oder Ausbidlung ermöglichte oder erleichterte. Mit einem Budget von 2 Mill. Gulden und der großen Anzahl von Anfragen, beschränkt sich der UAF auf bereits im Lande befindliche Studenten bzw. Flüchtlinge. Neben UAF und VON gibt es noch viele progressive Projekte etwa die ,,weißen Jacken", Mediziner, die kostenlos für Illegale arbeiten, ,,INLIA", die Kirchenasyle in den Niederlanden und ganz Europa unterstützt, ,,Emplooi", Alt-Unternehmer, die auf unkonventionelle Manier Flüchtlinge an Arbeitsplätze vermitteln, ,,Edukas" in Groningen, ein Team von 80 Studenten, die geschult duch eine bezahlte Kraft, auf sehr professionelle Art und Weise individuell Flüchtlingen Sprachunterricht erteilen. Viele Aktivitäten werden durch sogenannte Freiwillige, wahrscheinlich mehr als 5000, organisiert. Freiwilligenarbeit hat in den Niederlanden einen viel höheren Stellenwert al die Arbeit von Ehrenamtlichen in der Bundesrepublik und erfüllt eine vielfältige soziale Rolle. ■

Ausländerbeiräte belassen die Ausländer im Abseits

Seit fast zwei Jahrzehnten existieren in der Bundesrepublik Ausländerbeiräte. Die Erfahrungen, die inzwischen damit gemacht und gesammelt worden sind, zeigen unmißverständlich wie komplex die ganze Problematik ist. Alle sprechen von Ausländerbeiräten, aber jeder meint dabei etwas anderes, das führt zu begrifflichen, inhaltlichen, aber auch rechtlichen Differenzen. Bekanntlich existieren sowohl gewählte als auch bestellte Beiräte, manche dieser Gremien bestehen nur aus ausländischen Mitgliedern, manche wiederum auch aus deutschen Staatsbürgern. Weiterhin gibt es Beiräte, bei denen die ausländischen Mitbürger die Mehrheit bilden. Rein theoretisch wäre auch eine Konstruktion denkbar, in der alle Mitglieder eines Ausländerbeirates ausschließlich deutsche Staatsangehörige sind. Der Wirrwarr mit den vielfältigen Ausländerbeiräten ist daher perfekt.

Diese sehr unterschiedlichen Zusammensetzungen der Beiräte sind immer ein willkürliches Produkt jeder einzelnen Kommune mit sehr unterschiedlichen Aufgaben, wobei sie höchstens mit minimalen, Entscheidungsbefugnissen ausgestattet sind. Dementsprechend werde die Beiräte von den Politikern, der Öffentlichkeit und auch von der Mehrheit der betroffenen Ausländer kaum ernst genommen. Die niedrige Wahlbeteiligung bei allen bisher stattgefundenen Beiratswahlen veranschaulicht dies drastisch. Die Bedeutungslosigkeit solcher Gremien entspricht jedoch genau der den Beiräten offiziell zugedachten Funktion: Sie sind nichts anderes als eine ,,beiratende Einrichtung". Denn die Ausländerbeiräte sind an den machtausübenden Institutionen vorbeikonstruiert, sie belassen die AusländerInnen im Abseits. Im günstigsten Fall erhalten die Beiräte eine Mitsprache, jedoch keine Mitbestimmung. Nur eine Mitsprache ist aber nach einer über fünfunddreißigjährigen Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik entschieden zu wenig. Die ausländischen MitbürgerInnen dürfen nicht mit dem Hinweis auf die Einrichtung von Beiräten abgespeist werden. Ausländerrecht kann man nicht durch eine ,,Seid-Nett-Zueinander-Ideologie" ersetzen. Ein erster Schritt in Richtung Mitbestimmung wäre deshalb die Einführung des kommunalen Wahlrechts. Die Institutionalisierung der Beiräte lenkt nur von der Notwendigkeit ab, das kommunale Wahlrecht einzuführen, denn die Politiker verstehen sie als eine Art Ersatzlösung. Wenn Ausländerbeiräte auch noch gesetzlich verankert werden, ist zu befürchten, daß die berechtigte Forderung nach der Realisierung des kommunalen Wahlrechts dann zwar nicht ganz gegenstandslos ist, zumindest aber stark abgeschwächt wird. Die Ausländerbeiräte behindern so eine politische Gleichstellung und Gleichberechtigung der ausländischen MitbürgerInnen und führen eher zu Isolation und Ausgrenzung. Sie bieten den Politikern, wie bereits gesagt, eine willkommene Möglichkeit sich vor der Entscheidung über das kommunale Wahlrecht zu drücken.

Feststeht: Nicht mit den Beiräten, sondern nur mit dem kommunalen Wahlrecht, können grundsätzliche Entscheidungen über Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen MitbürgerInnen getroffen werden. Demzufolge haben nicht nur die IG Metall, bei der die meisten ausländischen Beschäftigten organisiert sind, sondern auch die anderen DGB-Gewerkschaften, nach einer langen Diskussion beschlossen, die Wahl von Ausländerbeiräten abzulehnen. Die Gewerkschaften werden stattdessen weiterhin auf die Verwirklichung den kommunalen Wahlrechts hinarbeiten und nicht ihre Energie für Schattenkämpfe verschwenden.

DEMETRIUS GOULIANAS
(16.11. Ffm)

FELIX SCHNEIDER

Was knurrt denn da?

Wie es in den Wald hineinposaunt, so schallt's zurück. Besonders gut im Hinausposaunen sind die Gewerkschaften. Zum Beispiel was die Ausländerpolitik betrifft. Oder detaillierter — die Wahl einer kommunalen Ausländervertretung, wie sie kürzlich in Frankfurt anstand. Allerdings — wen wunderts — fordert das gewerkschaftliche ,,Spagat zwischen proklamierter Ausländerfeindlichkeit und faktischer Abschottung" geradezu zur Polemik heraus.

Der Ausländer muß auf vieles gefaßt sein. Neulich, zum Beispiel, schlug mir plötzlich die Stimme meiner Gewerkschaftsführung entgegen. Ganz ohne Vorwarnung! Hab ich mich erschrocken! Wie das kam! Nun, der Teufel steckt im Detail, bekanntlich, und das politische Detail war die Wahl einer kommunalen Ausländervertretung in Frankfurt. Da bin ich hingegangen, da habe ich ein Kreuzchen gezeichnet, und schon hat der Papiertiger aus dem Gewerkschaftshaus mit seiner Tatze auf mich gezeigt und mit fester Stimme geknurrt, ich sei dem Teufel auf den leimigen Stimmzettel gekrochen.

Tja, Kolleginnen und Kollegen, schön, Euch mal wieder knurren zu hören. Man sieht und hört sich ja so selten. Drei Monate lang herrschte Pogromstimmung im Lande, die Fremden wurden bedroht, beleidigt, gejagt, getötet, verbrannt. Da hat man so wenig von Euch gesehen und gehört. Euer Oberlöwe erklärte, daß ihr verpflichtet seid, ,,öffentlich für Menschenwürde und Humanität einzutreten". Schön geflötet, Löwe! Meint ihr nicht, ernsthaftere und größere Aktionen hätten euch als Antwort auf das erste Pogrom in der Geschichte der BRD gut angestanden? Können sich da die Organisationen als ganze rausreden auf die Aktivitäten einzelner Mitglieder? Und auch publizistisch und konzeptionell: Wärs nicht an der Zeit, die gewalttätigen ,,Außenseiter" mal in den Entstehungszusammenhang des Fremdenhasses einzuordnen — einen Zusammenhang, zu dem auch die Politiker gehören, die sich an der ,,Aylanten"-Debatte beteiligt haben? Und als die Bonner Parteien sich auf dieses dumme und bösartige Papier einigten, das die Asylverfahren beschleunigen soll, das nun Grundlage der Asylverfahren wird (ja, die SPD hats nicht nur mitgetragen, sondern aktiv initiiert) — wo war da der kampfstarke Protest der Gewerkschaften?

Und wo bleiben die kritischen Untertöne, etwa vom *express*? Die publizieren zwei Monate nach Hoyerswerda zwei Seiten Funktionärs-Biedermeier, dem zu entnehmen ist, daß in den Gewerkschaften seit langem schon und immer noch und immer wieder ausländerfreundliches *business as usual* gemacht wird, daß es zwar da und dort noch an Konzepten und Umsetzung fehlt, daß aber, nehmt alles nur in allem, Gewerkschafter eben nette Leute sind. Nein, ich meine nicht den Autor, der hat seine Verdienste um die gewerkschaftliche Ausländerpolitik. Aber Ihr, ihr *express*-Löwen: schwach gebrüllt, und zu spät! Die bittere Wahrheit ist: Auch Euch haben die Pogrome nicht wirklich erregt.

Ist Euch, ihr Löwen oben und unten, schon aufgefallen, daß die Flüchtlings- und Immigrationspolitik, die es bisher nicht gibt, ein beherrschendes Thema der kommenden Jahrzehnte sein wird? Weil die Zahl der Flüchtlinge gigantisch zunimmt, weil die Mobilität weltweit schnell ansteigt, weil die BRD dringend Einwanderung braucht, weil das Thema sozialpolitisch von höchster Brisanz ist, weil unsere Zivilisation den Fremdenhaß ständig produziert.

Glaubt ihr, die Gewerkschaften könnten da bei ihrem ,,Spagat zwischen proklamierter Ausländerfreundlichkeit und faktischer Abschottung" (Leggewie) bleiben? Euch ist doch nicht entgegangen, daß die Gewerkschaften faktisch immigrationsfeindlich sein müssen, so lange sie — gegen das durchaus immigrationsfreundliche Kapital — unreflektiert ihren Facharbeiterprotektionismus weiterbetreiben und all die sozialen und ökonomischen Standards samt ihrem eigenen Alleinvertretungsanspruch bewahren wollen? Glaubt ihr nicht, daß die Gewerkschaften ihren Internationalismus grundlegend umgestalten oder erst mal ernst meinen müßten angesichts des (Flüchtlings-)Elends in der Welt?

Machen wir es kurz: In der Flüchtlings-, Immigrations- und Ausländerpolitik versagen die Gewerkschaften. Ihre beschämend magere Reaktion auf die Pogrome hat es leider bestätigt.

Ach ja, ob dem Wichtigen vergaß ich das Detail, die Wahl der Kommunalen Ausländervertretung zu Frankfurt am Main. ,,Zu wenig" hör ich Euch knurren. Stellt Euch vor: Das weiß ich. Aber man nimmt, was man kriegt, ohne Dankbarkeit, weil jede Möglichkeit, das Problem zu artikulieren, besser ist, als es weiterhin unter den Tisch zu kehren. ,,Das kommunale Wahlrecht — als erster Schritt" fordert ihr grollend, denn ,,nur mit dem kommunalen Wahlrecht können grundsätzliche Entscheidungen über Lebens- und Arbeitsbedingungen getroffen werden" (s. auch den Artikel von Goulianas IGM, S. ?? — die Red.). Aber Raubtiere sind doch Fleischfresser und sollten nicht zu viel Zähne zeigen, wenn sie nur Yoghurt statt Quark fordern. Wie wärs mit gesünderer Kost: automatische Mehrstaatlichkeit zulassende Gruppeneinbürgerung der hier lebenden ,,Ausländer", politische Rechte nach fünf Jahren für die künftig Immigrierenden? Und damit Eure Radikalität nicht nur auf dem Papier bleibt, hätte man gerne gewußt, wie ihr — da nun jenes Wahlrecht mit der Verfassung nicht vereinbar ist (siehe Kasten!) — in absehbarer Zeit zu einer Grundgesetzänderung kommen wollt, die das kommunale Wahlrecht möglich macht?

Aber es kommt noch schrecklicher: Ausländerbeiräte, so geht der Frankfurter Gewerkschaftsstandpunkt, lenken von der Notwendigkeit des Kommunalen Wahlrechts ab, sie behindern Gleichberechtigung, sie führen zu Isolation und Ausgrenzung, ja, Gipfel des gewerkschaftlich Bösen: sie spalten, nämlich die Interessen der deutschen und ausländischen Bevölkerung. Mein Vorschlag: beruhigt Euch. All das werden die Ausländerbeiräte nicht bewirken, schon weil sie zu ohnmächtig und unwichtig sind, und weil weder die Wähler noch die Gewählten so blöd sind. Ausländerbeiräte sind bestenfalls ein Sprachrohr und Diskussionsforum, sie können ein öffentliches Klima begünstigen, das jedenfalls dazu beigetragen hat, daß es bisher in Frankfurt nicht zu gewaltsamen Übergriffen auf Fremde kam. Könnten Ausländerbeiräte zur Geltung bringen, daß die Interessen der ,,deutschen und ausländischen Bevölkerung" in Wirklichkeit nicht so homogen sind wie die Gewerkschaften zumeist unterstellen, so wäre schon viel gewonnen. ■

CHRISTOPH GÖRG

In der Trümmerlandschaft: Nach dem Ende des Leninismus

Schon längst reicht es nicht mehr aus, nur zu beteuern, man sei ja niemals ein MLer gewesen oder habe diesbezügliche Jugendsünden inzwischen überwunden. Mit dieser Floskel wird nur der fälligen Auseinandersetzung ausgewichen, auf welche theoretische Grundlagen sich eine Kritik an dieser Gesellschaft in Zukunft berufen kann. Dringend geboten ist es dagegen, die mit dem Ende des Leninismus aufbrechende Chance zur Selbstkritik zu nutzen und die damit einhergehende Desorientierung aufzuarbeiten.

In einem Punkt ist Micha Brumlik (*links,* Nr 257 vom Oktober 1991) uneingeschränkt recht zu geben: Wer vom Leninismus reden will, darf von Marx nicht schweigen. Dies in einem doppelten Sinn: Ohne die Entwicklungen des Marxismus der II. Internationale ist weder der politische Aktionismus der Bolschewiken noch ihr Machtpragmatismus zu verstehen (dazu L. Lodovico in der gleichen Nummer). Und es ist auch evident, daß dies auf Probleme der Marxschen Theorie verweist, die schon länger kein Geheimnis mehr sind. Auffällig war, wie gut sich der dort angelegte Geschichtsdeterminismus mit dem Voluntarismus Lenins vertragen konnte. Die Rückständigkeit Rußlands im Vergleich zu den entwickelteren Industrienationen, ist dann kein unüberwindbares Problem, wenn man aus sicherer metaphysischer Quelle über den weiteren Verlauf der Geschichte sowieso bestens informiert ist. Noch gravierendere Folgen zeitigte diese Verbindung, als die Sache mit der Revolution anders verlief als geplant und nicht die proletarische Weltrevolution der Machtergreifung der Bolschewiken auf dem Fuß folgte. Der Determinismus unterstützt den Machtpragmatismus hier schon sprachlich: Wenn man nur eine historische Notwendigkeit „exekutiert", kann man dann Verbrechen begehen?

Geschichtsdeterminismus, Ökonomismus, Klassenreduktionismus und wie dergleichen Kritikpunkte noch weiter heißen, sind aber nicht nur Probleme der Marx-Interpretation. Sie lassen es — nicht erst seit heute — fraglich erscheinen, ob man an die Marxsche Theorie unmittelbar eine politische Praxis anschließen kann. Der Leninismus hat, insofern er sich als direkte Weiterentwicklung der Marxschen Theorie verstand, nicht nur diese Probleme gleichzeitig ignoriert und beerbt. In dem Maße, in dem die Marxschen Schriften mehr und mehr zur Legitimation der Herrschaft der kommunistischen Partei benutzt wurde, hat er auch die Verwendungsfähigkeit der Marxschen Theorie für diese Zwecke unter Beweis gestellt. Insoweit ist die Marxsche Theorie „mitschuldig" an der Herrschaft der Bolschewiken und ihren Folgen: Wie immer sich die Kanonisierung zum Marxismus-Leninismus der interessierten Lektüre verdankt, so hat sich doch auch gezeigt, daß es

Vilnius, 30. August: die abgesägte Leninstatue ist zum Spielplatz für Kinder geworden.

viele Passagen bei Marx gibt, die dazu eben auch herangezogen werden können. Und es zeigt sich vor allem, daß die Marxsche Theorie einer Interpretation bedarf, die diese historischen Erfahrungen mit aufnehmen muß.

Hier setzt ein anderer Kritikpunkt ein, den Brumlik völlig zu recht anführt und der in letzter Zeit verstärkt in das Zentrum der Auseinandersetzung geraten ist: das Fehlen einer Theorie politischer Institutionen bei Marx. Damit ist nicht so sehr gemeint, daß sich bei Marx keine der heutigen Politikwissenschaft angemessene Institutionentheorie finden läßt. Es geht vielmehr um das konstitutive Defizit, das die „Degradierung der politischen Institutionen" (W. Euchner) im Aufbau der Marxschen Gesellschaftskritik hinterläßt: Sind Institutionen wirklich „nichts weiter als" Manifestationen kapitalistisch-bürgerlicher Herrschaft, wie es bei Marx immer wieder heißt; oder sind sie, auch in ihrer bürgerlichen Form, unverzichtbare Ansatzpunkte für die Organisierung der Gesellschaft? Muß also eine revolutionäre Transformation der Gesellschaft erst die Institutionen des Kapitalismus, allen voran den bürgerlichen Staat, zerschlagen? Oder führt diese politische Absicht, weil sie den rationalen Charakter von Institutionen abstrakt negiert, mehr oder weniger zwangsläufig zur Willkürherrschaft?

▶ Definition bei Marx ◀

Es ist zweifellos das Verdienst der jetzt emphatisch als *postsozialistisch* auftretenden Linken, daß diese Frage überhaupt nachdrücklich aufgeworfen wird. Allerdings scheint es ein Merkmal der mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Osteuropas einhergehenden Desorientierung zu sein, daß sie in ihrer ganzen Bedeutung oft unterschätzt wird. Dazu sind zwei Fehler zu vermeiden und (wenigstens) drei Dimensionen der Frage zu unterscheiden. Falsch ist zunächst eine Herangehensweise, die die Bedeutung politischer Institutionen zu konkretistisch an den Verkörperungen bestimmter Institutionen demonstrieren will. Um zu zeigen, wie demokratische Institutionen beschaffen sein müssen, reicht es nicht aus, allein auf ein Mehrparteiensystem zu verweisen, ohne den kulturellen und strukturellen Rahmen zu berücksichtigen. Ein Austausch von Machteliten ist einerseits auch anders möglich, andererseits vielleicht gerade im Mehrparteiensystem erschwert, solange dieses fest in der Hand einer „politischen Klasse" ist. Und welche tatsächliche Rolle ein Parlament spielt, ist nachwievor nicht an der richtigen Verfolgung institutioneller Spielregeln abzulesen, sondern muß deren Beziehung auf gesellschaftliche Problemlagen und auf nicht allein politisch sondern auch ökonomisch angelegte Machtverhältnisse einbeziehen.

Der zweite Fehler, der oft gemacht wird, schließt direkt daran an. Will man ernsthaft die Frage aufwerfen, welche Defizite in den Theorien von Marx und Lenin die blutige Unterdrückung und das Scheitern des Staatssozialismus möglich gemacht haben, dann muß man den systematischen Ort rekonstruieren, den das Defizit einer Theorie politischer Institutionen hinterläßt. Diese Frage läßt sich nicht wie bei Brumlik damit abfertigen, daß Alexis de Toqueville ein vielleicht differenzierteres Buch „Über die Demokratie in Amerika" geschrieben hat als Marx. Es geht auch weder um seine Verteidigung noch um Philologie. Das Problem besteht vielmehr darin, ob und wie sich die Hoffnung auf eine Demokratisierung der Gesellschaft begründen läßt.

▶ Normativer Fluchtpunkt der Kritik ◀

Diese Hoffnung bleibt bei Marx auch durch die Degradierung der Institutionen hindurch normativer Fluchtpunkt seiner Kritik an allen Verhältnissen, in denen der Mensch „ein erniedrigtes, ein geknechtetes Wesen" ist. Damit muß untersucht werden, welche Schwächen in den Grundlagen der Marxschen Gesellschaftskritik darin ihre Ursache haben, daß er sich den normativen Implikationen seiner Kritik zumindest nicht explizit vergewissert oder sie sogar falsch beantwortet hat. Dieses Problem ist nicht neu und führt auch über die Frage nach der Bedeutung politischer Institutionen hinaus, bekommt aber durch diese sowohl neue Aktualität als auch eine andere Richtung. Insoweit ist auch die Frontstellung zwischen einer *rest-sozialistischen* und einer *post-sozialistischen* Linken in einigen Punkten falsch gelagert: So wenig es heute noch ausreicht, die Notwendigkeit einer auf Marx aufbauenden Gesellschaftskritik zu verteidigen, so wenig ist umgekehrt die Vorstellung einer anderen Gesellschaftsordnung dadurch eindeutig falsifiziert, weil die Interpretation nicht ausreicht, „die den praktischen Übergang verhieß" (Adorno).

Bezieht man dieses Problem auf die Theorie politischer Institutionen, dann müssen m.E. drei Ebenen diskutiert werden: Inwiefern ging Marx, der Marxismus, Lenin u.a. von einer falschen Bestimmung des faktischen Herrschaftscharakters politischer Institutionen aus? Inwiefern muß die These von der funktionalen Rolle des Staates, verankert in strukturellen Widersprüchen des Kapitalismus, überdacht werden? Wie muß der Zusammenhang zwischen Institutionen und gesellschaftlicher Emanzipation gefaßt werden? Zu diesen drei Ebenen können im folgenden nur einige Stichworte geliefert werden.

Auf der ersten Ebene ist augenscheinlich richtig, daß die Marxsche Theorie keine vollständig ausgearbeitete Theorie der Herrschaft und des Staates hat. Und die Leninsche These vom Staat als *Instrument kapitalistischer Herrschaft* hat mehr dazu beigetragen, dieses Defizit noch zu vertiefen, weckt sie doch genau die Illusion, es bedürfe nur der entschlossenen Tat und das Prob-

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
Januar-Ausgabe des *express*:

Denken im Umbruch — Literatur über Europa ● Supranationale Gegenmacht? — Europäische Betriebsräte ● Subventionierte Interessenvertretung — Gewerkschaften in Spanien ● Total waste elimination — Beispiele betrieblicher Beteiligungskonzepte ● Neue Politikformen beteiligungsorientierter Betriebsratsarbeit ● Der VAZ-Betrieb in Togliatti — Unabhängige Gewerkschaften in der ehemaligen Sowjetunion ● Billiglohnland als einzige Alternative — Tarifpolitik und Arbeitsmarkt in der Ex-DDR ● Gewerkschaftsspiegel ● Internationale Nachrichten ● Buchbesprechung...

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

blem von Herrschaft sei ein für allemal erledigt. So richtig die Kritik an solchen Verkürzungen auch ist, so darf man doch nicht übersehen, daß in der auf Marx aufbauenden Tradition dieses Defizit schon längst erkannt und durch Gramsci u.a. eine differenziertere Theorie der Herrschaft und des Politischen entwickelt wurde. Es besteht also keine Notwendigkeit, deswegen schon Marx beiseite zu legen. Eine Analyse von Herrschaft mit Blick auf politische Institutionen muß demnach wenigstens zweierlei berücksichtigen: Zum einen die Unterwerfungsleistung der Beherrschten, die psychisch und kulturell verankert ist und durch hegemoniale Prozesse hergestellt wird. Verbietet diese Tatsache schon eine Glorifizierung der „Verdammten dieser Erde" zum revolutionären Subjekt, dann gilt zum zweiten, daß Institutionen, wie mächtig sie auch erscheinen mögen, immer auch einen Kompromißcharakter haben. Das bedeutet nicht nur, daß, wie selektiv auch immer, auch die Interessen subalterner Klassen berücksichigt werden (können). Das bedeutet darüber hinaus auch, daß in sie ein gewisser Gestaltungsspielraum eingeht, der Grundlage und Ausgangspunkt genuin politischen Handelns sein kann. Eine abstrakte Entgegensetzung gegen die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft ist insofern weder notwendig noch in der Regel rational. Bestätigt wird dies dadurch, daß die Parole von der „Zerschlagung des Staates" auch praktisch meistens ein Schuß in den Offen war.

Komplizierter ist die Sache mit der These von der Besonderung des Staates als strukturelles Merkmal einer Gesellschaft, deren Funktionsweise auf der Trennung von politischer und ökonomischer Herrschaft beruht. Mit dieser These, deren Grundgedanke auf Hegel zurückgeht, wird ein ganz spezifischer Ausgangspunkt für die Analyse des kapitalistischen Staates gewählt. Hier ist einerseits nachwievor die Bedeutung der Marxschen Theorie angelegt, denn sie erlaubt es, den Staat in den strukturellen Widersprüchen einer Gesellschaft zu verorten, die von ihm nicht direkt organisiert wird, deren spezifische Verfaßtheit aber eine institutionelle Absicherung erfordert, die der Staat als ideelles Allgemeines und als politisch regulierende Instanz erfüllt. Aber auch diese These muß sich andererseits der Forderung einer Überprüfung im Lichte historischer Erfahrungen stellen. Diese Erfahrungen lassen sich in einem Punkt zusammenfassen: Das Kriterium, an dem sich in der marxistischen Theorietradition die Alternative *Sozialreform oder Revolution* entscheiden sollte, ist definitiv hinfällig geworden. Arbeitete sich die Kritik von Rosa Luxemburg am Bernsteinschen Revisionismus noch an der Frage ab, ob es innerhalb des Kapitalismus gelingen kann, dessen innere Widersprüche aufzuheben, so kann man heute eine zur damaligen Frontstellung quer verlaufende Position beziehen: Weder wächst der Kapitalismus evolutionär langsam in den Sozialismus hinein noch sind seine inneren Widersprüche erst durch die proletarische Revolution zu bändigen. Dagegen muß man heute zunächst zur Kenntnis nehmen, daß sich die Stabilität des Kapitalismus gerade durch die sozialen Auseinandersetzungen hindurch bildet und daß seine Widersprüche und Krisen nicht, wie dies die (pseudo-)marxistische Zusammenbruchstheorie noch unterstellte, ein Indikator für sein historisch notwendiges Ende sind, sondern auch ein tragendes Moment seiner Leistungsfähigkeit. Gerade die Überlegenheit im Systemwettlauf hat ein wesentliches Fundament in dieser Fähigkeit des Kapitalismus: Er kann nicht nur aus Scheiße Geld machen, sondern auch aus seinen Krisen seine Entwicklungsdynamik schöpfen.

Damit gibt es auch auf der objektiven Seite ein Indiz dafür, die Rolle politischer Institutionen neu zu bewerten. Gerade aus der Geschichte des modernen Kapitalismus kann man lernen, daß nicht unbedingt die Staaten am stabilsten und effizientesten waren, in denen ein starkes (politisches) Zentrum die gesellschaftliche Entwicklung dominiert, sondern diejenigen, die ihre Widersprüche auszutragen in der Lage waren. An diese Beobachtung wird auch in der Diskussion um die *civil society* angeschlossen. Allerdings wird dort zumeist vergessen, daß es gleichwohl strukturelle Widersprüche gibt, die dieser Entwicklungsdynamik zugrunde liegen. Nicht zuletzt sind neue Konflikt- und Problemlagen durch die staatliche Regulierung kapitalistischer Widersprüche — d.h. vor allem mit der Absicherung des Klassenkompromisses über die Ausweitung des Konsums — entstandene Folgeprobleme. Diesen Folgeproblemen muß sich eine Institutionentheorie verstärkt zuwenden. In potenzierter Form ist aber dieses Umschlagen von Problemlösungsstrategien in Problemverursachungsstrategien im Rahmen der ökologischen Krise zu beobachten.

Wenn aber die Alternative von *Sozialreform oder Revolution* historisch überholt ist — wovon der von J. Hirsch geprägte Begriff des *radikalen Reformismus* schon seit einiger Zeit ausgeht (vgl. *links*, Nr. 200, Nov. 1986) — dann muß notwendigerweise auch die normative Perspektive sozialer Emanzipation neu diskutiert werden. Eine *postsozialistische* Linke zieht hier die Konsequenz, daß mit der revolutionären Veränderung auch die Option auf eine qualitiv andere Gestaltung dieser Gesellschaft verschwunden ist. Dann zielt der Institutionenbegriff allein auf die Absicherung prekärer Freiheits- oder Menschenrechte in Konfrontation mit gesellschaftlichen Problemlagen, die sie Bedrohen oder Aushöhlen. Aber die an die *restsozialistische* Linke adressierte Forderung, endlich *ihre ewige Trauer* (Brumlik) nach der anderen Gesellschaft aufzugeben und sich an die Gestaltung der Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft zu begeben, kommt als Bumerang zurück: Wie kann man die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft gestalten, wenn bestimmte Bedingungen ausgeklammert bleiben, die sich immer wieder in Krisen und neuen Problemlagen geltend machen? Läßt sich eine normativ gehaltvolle — also gerade auch die moralischen und ethischen Fragen aufnehmende und insofern nicht allein technische — Gestaltung denken, die die Widersprüche der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft ausklammert? Oder muß gerade der Schutz bürgerlicher Werte nachwievor danach streben, sie von ihren *bornierten Erscheinungsformen* (Marx) zu befreien? (Was aber in Zukunft nicht bedeuten darf, diese Werte abzuschaffen.) Wenn man diese Fragen bejahen kann, dann dürfte auch nach dem Ende des Leninismus und in seinen Trümmern der Sozialismus einen Sinn bekommen — wenn auch endgültig einen anderen als bisher. ■

Verlag Westfälisches Dampfboot

Elmar Altvater
Die Zukunft des Marktes
Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des 'real existierenden' Sozialismus.
1991 - 386 S. - DM 38,00 - ISBN 3-924550-48-4

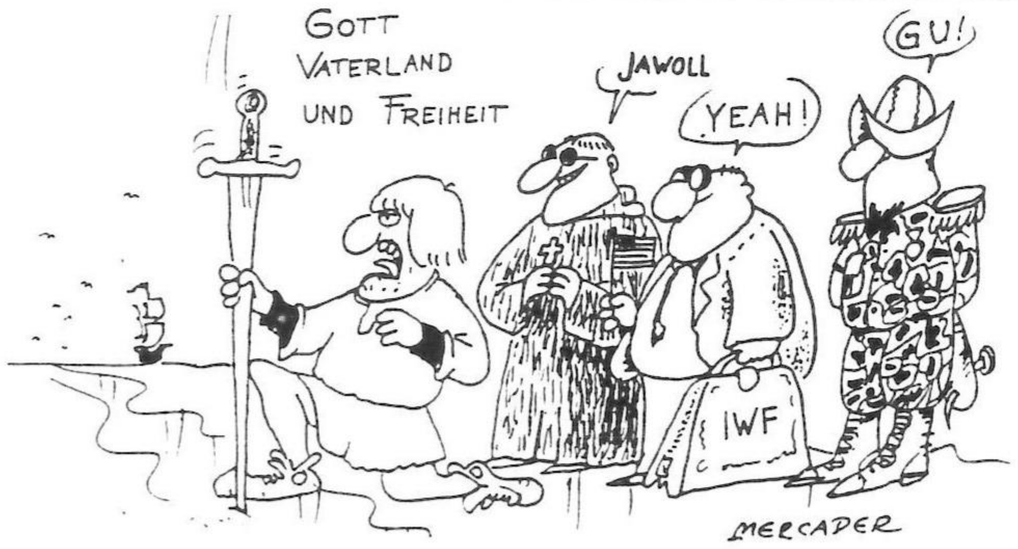
Heide Mertens
Wunschkinder Natur, Vernunft und Politik
1991 - 250 S. - DM 38.00 - ISBN 3-924550-60-3

Monika Rosenbaum
Frauenarbeit und Frauenalltag in der Sowjetunion
1991 - 130 S. - DM 19.80 - ISBN 3-924550-59-X

Rainer Gries
Die Rationen-Gesellschaft
Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege
1991 - 440 S. - DM 45,00 - ISBN 3-924550-50-6

Johannes Gröll
Das moralische bürgerliche Subjekt
1991 - 219 S. - DM 29,80 - ISBN 3-924550-49-2

Gesamtverzeichnisse beim Verlag:
4400 Münster - Dorotheenstr. 26a
0251/ 6086080



Amerika entdecken!

Die Conquista — ein Anlaß zur Erinnerung

1992 ist es fünfhundert Jahre her, daß Christoph Kolumbus in der Karibik gelandet ist und damit Amerika „entdeckt" hat. Nach dem eben noch halbwegs überstandenen Mozartrummel also schon wieder ein Festjahr, mit den üblichen Medien- und natürlich auch Politspektakeln. Atlantikübergreifend laufen Projekte und Gegenprojekte an, Komitees und Gegenkomitees streiten sich. In Frankfurt, bekannt für narzisstische Selbstbeweihräucherungen, soll sogar ein Denkmal entstehen, in Form eines Kolumbus-Eis, aber mit einem Sprung, der feinsinnig darauf hinweist, daß auch die schöne neue Yuppie-Welt durchaus Problembewußtsein zu zeigen vermag.

Wenn hierzulande von „Amerika" geredet wird, dann ist im allgemeinen eine Gegend irgendwo nördlich des Rio Grande gemeint: die USA und vielleicht noch Kanada. Weiter südlich, da gibt es Maya-Ruinen, Inka-Städte, Kaffee, Rauschgiftkartelle, Tango und Militärdiktaturen. Letztere, so hört man, müssen aber nun nach und nach der sich überall durchsetzenden Demokratie weichen. Also alles in Butter. Ausgenommen der Regenwald: je mehr er verschwindet, desto ungemütlicher soll hierzulande das Klima werden. Für die USA im übrigen ist die Sache noch etwas hautnaher: sie bauen immer höhere Mauern und Zäune, um die anschwellenden Flüchtlingsströme aus den Elendsregionen ihres südlichen Hinterhofs abzuhalten.

Der Begriff „Entdeckung", das ist allmählich bekannt, stammt aus dem Arsenal der Verharmlosungssprache. Die Spanier haben ja kein leeres Land betreten, sondern durchaus Menschen angetroffen. Für diese bedeutete das „Entdecktwerden" Krieg, Krankheit, Hunger, Massenmord und die Zerstörung ihrer entwickelten Hochkulturen. Den nordamerikanischen Indianern ging es später nicht anders. Auf die „Reconquista", die Vertreibung der Araber und Juden von der iberischen Halbinsel folgte die „Conquista" Amerikas: noch ein Triumph der westlichen Zivilisation, auf die man hierzulande neuerdings wieder so stolz ist. Mit der Gewalt der überlegenen Waffen kamen spanische Sprache, Kultur und der Katholizismus. Die Geschichte Lateinamerikas ist seither eine Kette von Ausbeutung und Unterdrückung, von Detigung und Barbarei. Auf den spanisch-portugiesischen, den britischen und niederländischen Kolonialismus folgte der nordamerikanische, diesmal modernisiert und mit „Neo" apostrophiert: die Bananenrepubliken, die gestürzten Reformregime, die nicht abreissende Folge der Militärdiktaturen und die gewaltsamen Interventionen. Panama, dessen Invasion mehr Menschenleben gekostet hat als der irakische Überfall auf Kuwait, wird nicht der letzte Fall gewesen sein.

Den Eroberern ist das nicht immer gut bekommen. Die Spanier hat das geraubte Gold wirtschaftlich runiert und sie in der industriellen Entwicklung um Jahrhunderte zurückgeworfen. Gleichzeitig bildete die Eroberung des amerikanischen Kontinents aber auch den Ausgangspunkt eines florierenden Handels mit afrikanischen Sklaven, Gewürzen und Baumwolle und schuf damit eine der entscheidenden Grundlagen für die Entwicklung des westeuropäischen und später des nordamerikanischen Kapitalismus. Der Aufstieg der heute dominierenden Weltmächte ist untrennbar mit der Leidensgeschichte der unterworfenen, ausgebeuteten und ausgerotteten Menschen in Afrika und weite Teile Lateinamerikas verbunden, und dieser Zusammenhang besteht bis heute.

Die Lateinamerikaner sind freilich nicht nur Opfer europäisch-nordamerikanischer Gewalttaten. Schon das Aztekenreich ist nicht zuletzt deshalb den Spaniern zum Opfer gefallen, weil es selbst auf der Beherrschung unterjochter Völker beruhte. Die koloniale Oberschicht ist bis heute ein entscheidender Bestandteil des Mechanismus von Ausbeutung und Unterdrückung.

Wer feiert nun eigentlich was? In Lateinamerika ist die Erinnerung am Jahrhunderte voller Gewalt und Ausbeutung nicht wegzuwischen. Dennoch bedeutet dies für Weiße und Indios nicht dasselbe, und auch nicht für städtische Mittelschichten und am Hungertuch nagende Campesinos. Für die Europäer, zumindest was die offizielle Seite angeht, lautet das Motto Versöhnung und Kooperation. Immerhin haben sie kaum noch amerikanische Kolonien und sind vor allem auch nicht mit dem Makel der Gringos behaftet. Sie können sich darauf beschränken, aus strukturell ungleichen Wirtschaftsbeziehungen Profit zu schlagen. Für ordentliche politische Verhältnisse sorgen immer noch die USA.

Neben Afrika drohen auch weite Teile Lateinamerikas zu einem „verlorenen Kontinent" zu werden. Die Weltwirtschaftskrise der siebziger Jahre mit den damit verbundenen Umbrüchen in den internationalen Produktions- und Handelsbeziehungen hatte hier besonders verheerende Auswirkungen, von denen die Schuldenkrise nur ein Aspekt ist. Der endgültige Niedergang ganzer Staaten und Regionen, die nicht mehr in die von den Metropolen beherrschte „neue internationale Arbeitsteilung" passen, scheint vorprogrammiert.

Liest man die Zeitungen, so sind hingegen allenthalben Demokratie und wirtschaftlicher Aufschwung angesagt. Dabei werden die verheerenden sozialen Folgen neoliberaler Wirtschaftspolitik verschwiegen, die Grundlage und Bedingung der institutionellen Demokratisierungsprozesse ist. In Mexiko z.B., das neben der immer noch halben Militärdiktatur Chile neuerdings wieder als ökonomischer „Musterknabe" („Wirtschaftswoche") gehandelt wird, sinken die Massen-Realeinkommen seit zehn Jahren ununterbrochen. Das neueste Programm der — natürlich demokratisch gewählten — Monopolpartei sieht die Auflösung des staatlich garantierten Kleingrundbesitzes auf dem Lande vor, eine der wenigen übriggebliebenen Errungenschaften der Revolution von 1917. Eine Folge dieses von der internationalen Wirtschaftspresse bejubelten „Modernisierungs"-Schritts wird die Vertreibung einer großen Masse von Campesinos sein. Die Wanderungsbewegung in den 20-Millionen-Moloch Mexico-Stadt mit seiner kaum noch atembaren Luft wird damit neuen Auftrieb erhalten und die USA werden ihre Grenzzäune noch schärfer bewachen müssen.

Auch wenn die schrittweise Wiedereinführung parlamentarischer Regierungsformen eher die Folge des ökonomischen Scheiterns der Militärdiktaturen, der Schwäche von Befreiungsbewegungen und der veränderten internationalen Machtkonstellationen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist, bedeutet sie für die Menschen Lateinamerikas sehr viel. Sie birgt nicht zuletzt die Hoffnung auf eine wie auch immer bescheidene Realisierung grundlegender, nicht zuletzt auch sozialer Menschenrechte auf einem Kontinent, wo diese wie kaum anderswo über Jahrhunderte hinweg von den inneren und äußeren Machthabern mit Füßen getreten wurden. Es könnte durchaus sein, daß diese immer noch bescheidenen Ansätze sehr bald wieder in wirtschaftlicher Not und sozialem Konflikt ersticken.

Mit dem Scheitern vieler Befreiungsbewegungen, in die ohne genaue Kenntnis der realen Zustände oft völlig illusionäre Hoffnungen gesetzt wurden, flaute auch das politische Interesse der Linken an Lateinamerika merklich ab. Hier wie dort ist Vertrauen in die Segnungen der kapitalistischen Demokratie ist angesagt, ganz losgelöst davon, was dies für die Betroffenen tatsächlich bedeutet. Daß die neoliberale Wirtschaftpolitik zwar möglicherweise statistische Wachstumsraten, auf jeden Fall aber enorme gesellschaftliche Spaltungen und Massenelend produziert, verliert sich zwischen den Nachrichtenzeilen. Der Boom der Lateinamerika-Solidarität gehört jedenfalls längst der Vergangenheit an.

Wenn nun schon die Fünfhundertjahrfeier der Entdeckung Amerikas auf der politischen und kulturindustriellen Tagesordnung steht, so stünde es nicht schlecht an, die Realität dieses Kontinents und seiner mit der unsrigen eng verwobenen Geschichte wieder zu entdecken. Es ist immerhin Anlaß, zu erinnern, in welchem Maß die ja nicht so schlechten sozialen und politischen Zustände hier auf einer langen und bis heute wirksamen Kette von Gewalttaten, von Ausbeutung und Unterdrückung beruhen. Es gilt auch zu realisieren, daß die Folgen dieser Zustände in vielerlei Hinsicht früher oder später auf uns zurückschlagen werden, nicht nur wegen der Regenwälder. Und er sollte zu Überlegungen herausfordern, wie nach den vielen Illusionen und Fehlern der Vergangenheit praktische humanitäre und politische Solidarität aussehen könnte. Gerade im Hinblick auf Lateinamerika und dessen Stellung in der „einen Welt", die zunächst einmal vor allem ein Welt*markt* ist, bleibt daran zu erinnern, daß eine Linke, sollte sie hierzulande als relevante politische Kraft einmal wieder entstehen, nur theoretisch wie praktisch internationalistisch sein kann.

JOACHIM HIRSCH

THOMAS GEBAUER / JOACHIM HIRSCH

El Salvador: Tage des Umbruchs

Ein politischer Reisebericht

Joachim Hirsch und Thomas Gebauer sind für „medico international“ in ein Land gefahren, in dem seit über zehn Jahren Bürgerkrieg herrscht. Man kennt die Berichte: Todesschwadronen, Entführungen, Verschwindenlassen, willkürliches Abschlachten, alltäglicher Terror. Aber es gibt Hoffnung: die FMLN verhandelt mit der Regierung über ein Friedensabkommen, der Terror hat etwas nachgelassen. Zehntausende von Menschen, die über die Grenze nach Honduras geflohen waren, kommen allmählich wieder in ihre Heimatregionen zurück. Es fehlt ihnen an allem: Nahrung, Häuser, Schulen, medizinische Versorgung. Gebauer und Hirsch reden unterwegs mit Dorfkomitees und VertreterInnen salvadorianischer oppositioneller Organisationen über mögliche Hilfsmaßnahmen, besuchen Flüchlingssiedlungen, besichtigen Projekte.

Samstag, 19.10.91. Flughafen. Der Flughafen von Salvador ist eine moderne und absolut überdimensionierte Anlage, 50 KM außerhalb der Stadt in der Nähe der Küste. Gebaut wurde er im Rahmen eines ambitionierten Tourismusprojekts, das die Küstenregion für den Fremdenverkehr erschließen sollte. Das ist lange her. Außer morgens und abends, wenn die wenigen Flüge ankommen und abgehen, steht er leer. Jetzt sind vor den Paß- und Gepäckkontrollen lange Schlangen. Alle Gepäckstücke werden durchwühlt. Es empfiehlt sich nicht, politische Literatur mitzuführen, zumindest sofern sie spanischsprachig ist. Wir warten noch auf einen Mitfahrenden, der aus Nicaragua kommt. Immer wieder fällt der Strom aus und wir sitzen im Dämmerlicht der Notbeleuchtung in der riesigen leeren Halle. Offizieller Grund für die ständigen Stromausfälle sind die Anschläge, die die FMLN auf die Elektrizitätsversorgung verübt. Die Salvadorianerin, die uns abgeholt hat, erklärt, daß in Wirklichkeit die Militärs den Strom ins Ausland verkaufen. Die Armee ist längst ein Staat im Staate.

Sonntag, 20.10.91. La Mora. Hinter Aquilares, dem Städtchen am Fuße des Guazapa-Vulkans, etwa 40 KM nördlich von San Salvador, stoßen wir auf den letzten Militärposten. Fünf Soldaten erheben sich aus dem Schatten eines provisorischen Unterstandes. Die Gewehre im Anschlag, verlangen sie mißmutig nach Ausweispapieren. Aber es ist weniger Feindseligkeit denn Verunsicherung, was in ihren Blicken liegt. So kurz vor dem möglichen Ende der Kämpfe wollen auch sie, die nur den Krieg gelernt haben, nicht länger ihr Leben riskieren. Und die martialische Szenerie der Straßensperre, der Granatwerfer, die Bunker und Sandsäcke, all das paßt nicht mehr so recht zu den grenzpolizeilichen Handlungen, die die Soldaten nun ausüben. In einer Kladde vermerken sie unsere Namen, wir erhalten die Genehmigung, das „Land“ der Regierungstruppen zu verlassen. Womöglich haben die Posten gespürt, daß mit solchen „Ausreisevisa“ das Territorium des Gegners faktisch anerkannt wird.

Gut einen Kilometer weiter zeigen sich erneut Bewaffnete. Aufmerksam beobachten sie unser Näherkommen, und auch wir müssen genau hinschauen, um die Uniformen

Foto: medico
Straßenszene in El Salvador

von denen der „Grenz"-Soldaten unterscheiden zu können. Manche haben keine Schuhe an. Wir fragen nach La Mora, unserem Ziel, das wir uns als Siedlung, zumindest als eine Ansammlung von Hütten vorgestellt haben. Mit dem Ausdruck des Erstaunens deuten die Guerilleros der FMLN um sich herum: wir seien längst da. Erst jetzt sehen wir zu beiden Seiten der holprigen Piste die überwucherten Ruinen alter Lehmbauten. Dazwischen vereinzelt Betonpfeiler, die einmal als Einfriedungen gedient haben mögen, und hier und da spärlicher Hausrat, der über den Krieg hinweg gerettet werden konnte. Nur ein knappes Dutzend Häuser hat die Flächenbombardements überstanden.

Während wir auf die örtlichen Vertreter des „Komitees der Rücksiedler von Cabanas und Cuscatlán" warten, das den Wiederaufbau dieser Region organisieren möchte, wird das sonntägliche Mittagessen zubereitet. Ungeduldig verfolgen Kinder und Hunde, wie ein Huhn ausgenommen und zerteilt wird. Im Hintergrund bewegen sich Bewaffnete, darunter mehrere Frauen, um einen Schuppen. Eine Frau, Patronengürtel über der Uniform, Handgranaten an der Seite, bringt etwas zu Trinken. Es ist heiß geworden und die auf Büschen und Sträuchern ausgebreitete Wäsche längst getrocknet. Die beiden CRCC-Vertreter, die etwas verschwitzt eintreffen, entschuldigen den regionalen FMLN-Kommandanten, der gerade Fußball spiele und seine Mannschaft nicht verlassen könne. Wir setzen uns auf den Boden und sprechen über das Entwicklungsprojekt, daß sich die Leute vorgenommen haben.

La Mora

Die zwölf verstreut liegenden Gemeinden von La Mora zählen derzeit etwa 3500 Einwohner. Wenn alle Menschen, die der Krieg vertrieben hat, zurückkommen, könnten es bald 12000 sein. Seit 1986, als die Großgrundbesitzer das Land de facto aufgegeben haben, befindet es sich unter der Konrolle der Campesinos, die geblieben sind. 60 % der Bevölkerung sind Kinder unter 15 Jahren, darunter viele Waisen. Manche haben rötlichblonde Haare — ein Zeichen von Unterernährung. Für sie und die anderen muß in den nächsten Jahren eine vollständig neue Lebensgrundlage geschaffen werden. Fürs erste sind die Böden zu rekultivieren. Dann gilt es, Häuser zu bauen, für Trinkwasser zu sorgen und die Pläne für ein selbstverwaltetes Ausbildungs- und Gesundheitssystem umzusetzen. All das, so unsere Gegenüber, könnte leichter vonstatten gehen, wenn erst der Waffenstillstand unterzeichnet wäre.

Vom nahen Ende der Kämpfe scheinen in diesen Tagen alle überzeugt. Die Hoffnungen sind riesengroß und wir müssen unsere Skepsis verbergen. Klar ist nur, daß sich mit der Waffenruhe die Konflikte nur auf eine andere Ebene verlagern werden. Während wir über einzelne Projekte sprechen, fällt unser Blick immer wieder auf das Land. Nicht irgendwelche abseits gelegenen Berge haben die Leute in Besitz genommen. Es sind fruchtbare Böden, von kleinen Flußläufen natürlich bewässert, ein Gelände, das über 30 Quadratkilometer groß und so eben ist, daß es sich für eine agrarindustrielle Bewirtschaftung vorzüglich eignet. Bestimmt werden die früheren Eigentümer nichts unversucht lassen, es sich wieder zurückzuholen.

Der Krieg hat El Salvador gespalten. Mit seinem Ende wird diese territoriale Zweiteilung aufgelockert werden, die alte Gesellschaft und der Staatsapparat werden überallhin zurückkehren. Die einstigen Mächte werden umso eher wieder Fuß fassen, je weniger es den Bewohnern der lange Zeit auf sich selbst gestellten Regionen gelingt, dem zu erwartenden Druck korrumpierender materieller Angebote und administrativer Zwänge eine eigene, tragfähige Existenzweise entgegenzusetzen. Die Ansätze für eine andere Gesellschaft, die sich in den FMLN-kontrollierten Zonen entwickelt haben, werden nicht ohne weiteres überdauern. Sie sind auch der relativen Isolierung geschuldet, dem kriegsbedingten Überlebenskampf, der Solidarität gestiftet hat. Wie wird sich das rudimentär entwickelte kommunitäre Leben verändern, wenn mit den Programmen zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur auch die staatlichen Autoritäten wiederkehren? Hunderte von Millionen Dollars wurden von US-AID, der japanischen Regierung, der Europäischen Gemeinschaft angeboten, und fieberhaft kümmern sich internationale Expertenstäbe um die Ausarbeitung von Entwicklungsstrategien. Die Befürchtung, davon überrollt zu werden, ist begreiflich. Portugal kommt uns in den Sinn; Eile scheint geboten.

San Salvador

Montag, 21.10.91. San Salvador. Wenn man aus Mexico-Stadt kommt, wirkt die Hauptstadt fast wie ein Luftkurort: gemäßigt tropisches Klima und verhältnismäßig wenig Gift in der Luft: Es gibt weniger Autos. Wie in vielen Drittweltstädten ein scharfer Kontrast zwischen reichen, gepflegten Wohnvierteln und ausgedehnten Slumquartieren. Villen stehen hinter meterhohen Mauern. Überall, auch an jeder Tankstelle, schwerbewaffnete Wachtposten. Man gewöhnt sich daran, immer mal wieder in einen Gewehrlauf zu blicken. Das hat Gründe: der Vulkan, der sich unmittelbar hinter der Stadt erhebt, ist schon lange ein Guerilla-Stützpunkt. Von dort kommt es immer wieder zu Angriffen, Tankstellen werden gesprengt, auch mal für kurze Zeit ein Stadtviertel besetzt. Nachts ist das Leben immer noch gefährlich.

Über die ganze Stadt verstreut Militäreinrichtungen und Kasernen, die mit Sandsäcken, Betonmauern und Stacheldraht verbarrikadiert sind. Einzelne Ruinen, von denen man nicht weiß, ob sie vom Krieg oder vom letzten Erdbeben stammen. Hin und wieder wird der Verkehr von einem Militärkonvoi unterbrochen: Gepanzerte Lastwagen mit aufgepflanzten Maschinengewehren vorne und hinten, dazwischen die PKWs irgendwelcher Generale oder Politiker: Besatzungsmacht im eigenen Land. Aber auch ein paar Nobelhotels und schicke Restaurants, in denen die Oberschicht ihren etwas eingeschränkten Vergnügungen nachgeht. Es gibt eine gute internationale Küche für die, die bezahlen können.

Im westlichen, besseren Teil der Stadt die amerikanische Botschaft. Sie nimmt einen ganzen Straßenblock ein. Zu sehen sind nur meterhohe Betonwände, Wachttürme, Schießscharten, Schwerbewaffnete. Und vor dem engen Eingang eine lange Schlange von Menschen, die um ein Visum anstehen. Im Volksmund heißt das Monstrum nur „Die Botschaft". Architektur offenbart die wahren Machtverhältnisse.

Den ganzen Tag führen wir Gespräche. Mit Mitarbeitern salvadorianischer Hilfsorganisationen debattieren wir über Projektstrategien und die Veränderungen, die sich aus den möglichen Friedensvereinbarungen ergeben. So beachtlich die erwartbaren Ergebnisse der inzwischen in Mexiko tagenden

El Gualcho, Modell für neue Wohnhäuser — Foto: medico

sieben Verhandlungskommissionen sind, so sehr stiften sie auch Unsicherheit. Weil die Ausführungsbestimmungen immer noch nicht vereinbart sind, ist beispielsweise unklar, wer die Armee „säubert" — sie selbst oder eine mit Ausländern besetzte Kommission, wie die FMLN fordert. Und wird sie sich derartigen Beschlüssen nicht einfach widersetzen können? Nicht festgelegt wurde bisher, bis zu welchem Datum und in welchen Regionen Landnahmen legalisiert werden sollen, weshalb ein regelrechter Feldzug zur Besetzung momentan herrenloser Ländereien in Gang gekommen ist. Vor allem aber fragen sich die Leute der Volksorganisationen, was denn „concertación" und Zusammenarbeit mit der Regierung in der Praxis bedeuten kann. Sollen soziale Veränderungen künftig eher durch geschickte Einflußnahme der FMLN im Staatsapparat oder nach wir vor wesentlich von „unten" durchgesetzt werden?

Das Scheitern der nicaraguanischen Revolution vor Augen, wo kriegs- und blockadebedingt, aber auch aufgrund eigener Fehler die soziale Initiative einem bürokratischen Zentralismus geopfert wurde, suchen unsere Gesprächspartner nach besseren Wegen. Als wir am Abend mit oppositionellen Ärzten die Konzepte einer „primären Gesundheitsversorgung" erörtern, sind wir uns schnell einig. Ohne die direkte, verantwortliche Beteiligung derer, um deren Gesundheit es geht, kann nichts erreicht werden. Aber die Bedeutung formeller politischer Regelungen darf nicht unterschätzt werden, die juristische Festlegung von Besitz- und Einkommensverhältnissen, die infrastrukturellen Grundlagen für ausreichende Ernährung, hygienische Wohnverhältnisse usw. Solange sich Gesellschaften staatlich organisieren, müssen solche Übereinkünfte, nachdem sie erfochten wurden, auch staatlich abgesichert werden.

▶ Nuevo Gualcho ◀

Dienstag, 22.10.91. Nuevo Gualcho. Der dunstige Schein der Mittagssonne flutet zwischen den massiven Fensterläden auf die abgenutzten Bodenfliesen. Es ist angenehm kühl in der geräumigen Halle des langgestreckten Gebäudes, das zu beiden Seiten von überdachten Terrassen gesäumt wird. Mit Roselia und den anderen Vertretern des Dorfes sitzen wir um einen großen Tisch. Zwischen uns Pläne, Schreibhefte und das Modell eines neuen Hauses. Roselia, vielleicht Mitte dreißig, höchst energisch und fröhlich wirkend, spricht meistens und fordert gelegentlich die um sie sitzenden Männer auf, sich zu äußern.

Hier, in der Provinz Usulután, haben sich im Umkreis einer jahrhundertealten Hacienda, die schon dem Befreiungsgeneral Francisco Morazán als Unterschlupf gedient hatte, in den letzten Jahren 3000 Flüchtlinge angesiedelt. Die meisten leben noch unter Planen und in Wellblechverschlägen, aber es verändert sich etwas. Nachdem sich die Leute den Boden vorerst rechtlich gesichert haben und mit einigen Schwierigkeiten auch die landwirtschaftliche Produktion wieder in Gang gekommen ist, beginnen sie nun mit dem Bau fester Unterkünfte. Der erste Straßenzug steht bereits und umfaßt ein Dutzend Häuser, hell und proper ausschauend, nach Wünschen und Vorstellungen der Gemeinde gebaut und sukzessive verbessert. Nun ist der endgültige Entwurf gefunden, in den auch unsere Ideen für eine natürliche Klimatisierung eingeflossen sind.

Perquin / El Salvador **Foto: medico**

Die einfache Anlage zu Herstellung von Lehmziegeln und Dachpfannen, die von medico bereitgestellt wurde, ist schon in Betrieb und sorgt dafür, daß die Baustoffe an Ort und Stelle und mit minimalem Kostenaufwand produziert werden können. Auf Holz, dessen Einsatz wegen des Waldmangels ökologisch bedenklich wäre, kann weitgehend verzichtet werden. Dem Bau von zunächst 200 Häusern steht nichts mehr im Wege. Mit den Vertretern des Gemeinderats besprechen wir das nächste Projekt: die Verbesserung der Trinkwasserversorgung, die zur Zeit noch aus zwei behelfsmäßig gefassten Quellen gespeist wird.

Mittwoch, 23.10.91. Perquin und Segundo Montes. Nur mit Mühe passieren wir die Straßensperre am Ortsausgang von San Francisco Gotera. Zwischen ihren Befehlen und der in New York ausgehandelten Freizügigkeit schwankend, sehen sich die Soldaten außerstande, über unsere Weiterfahrt zu befinden. Während die Entscheidung eines Vorgesetzten bemüht wird, bricht die Frustration offen aus: da der Krieg ja längst kein richtiger Krieg mehr sei, gebe es für sie auch nichts mehr zu tun. Warum also nicht gleich nach Mexiko gehen, um dort in Ruhe gutes Geld zu verdienen, statt hier den Kopf hinzuhalten? Um die Moral der Soldaten steht es schon länger gar nicht gut. Nun aber rückt der Zeitpunkt näher, wo sie auch ihren Job verlieren werden. Aus vertraulichen Regierungsdokumenten erfahren wir von den Überlegungen, wie demobilisierte Soldaten wieder in das zivile Leben eingegliedert werden können. Die Sorge ist groß, daß die Kriminalität zunehmen und die Zahl der privaten Killertruppen in den Diensten der alten Oligarchie anwachsen könnte.

▶ Perquin ◀

In Perquin, das wir am späten Vormittag schließlich erreichen, herrscht eine gespenstische Atmosphäre. Der lange umkämpfte und dann über Jahre von der FMLN gehaltene Ort in den Bergen von Morazán ist wieder von Regierungstruppen besetzt. Ganze sechs Soldaten bekommen wir zu Gesicht, die in einem zerschossenen Gebäude lagern, uns argwöhnisch nachschauen und mit einem Mal verschwunden sind. Als einzig sichtbarer Hinweis auf ihre Anwesenheit bleibt ein Transparent zwischen den Trümmern der Bürgermeisteramts, das auf die Gefahren der Cholera hinweist. Im Bewußtsein der „Zonalrates für die Entwicklung von Morazán und San Miquel" ist der Feind dagegen immer noch allgegenwärtig. Nicht so sehr, daß man sich von den Militärs einschüchtern ließe. Im Gegenteil! Aus ihrer Anwesenheit ziehen die Leute sogar ihre Stärke.

„Was wird passieren, wenn der Feind nicht mehr da ist?", schrieb uns kürzlich eine befreundete Ärztin, die in Chalatenango praktiziert. Die Frage ist berechtigt. Denn solange das große Ziel einer neuen Gesellschaft an einem äußeren Gegner scheitert, können auch Ängste, Konflikte und Aggressionen nach außen gerichtet werden. Man ist für frustrierende Entbehrungen und Schwierigkeiten untereinander nicht selbst verantwortlich, sondern eben die Militärs, die nun in der Tat auch alles tun, das Ideal zu torpedieren. Verschwindet der Feind, löst sich

diese Projektionsfläche auf, und damit kehren auch die alten, überwunden geglaubten Konflikte, Hierarchien, Gegensätze und Traditionen zurück. In vielen gesellschaftlichen Umbrüchen, die dieses Jahrhundert erlebt hat, wurden diese Widersprüche, die nach errungenen Siegen zutage traten, mit bürokratischer Bevormundung und ideologischer Strenge einzuebnen versucht — mit äußerst fatalen Folgen.

▶ Segundo Montes ◀

Segundo Montes. Eine Flüchtlingssiedlung auf dem Weg zurück nach San Salvador, benannt nach einem der 1989 vom Militär ermordeten Jesuiten. Mitglieder einer US-amerikanischen Hilfsorganisation, mit denen wir zusammen gefahren sind, haben hinter aufgehängten Leintüchern einen provisorischen Behandlungsraum eingerichtet. Frauen mit Kindern sitzen herum. Mitgebrachte Beinprothesen werden angepasst, Abdrücke genommen. Es gibt viele junge Männer, die an Krücken gehen. Über der Straße hängt ein Transparent, auf dem die Untaten der Armee bei ihrem letzten Überfall verzeichnet sind: 8 Verletzte, 21 Geschlagene und durch Gas Vergiftete, 507 getötete Hühner: die Soldaten wissen, wo sie die Bevölkerung treffen können. In einem der beiden einzigen gemauerten Häuser befindet sich die Gemeindebank. Drei junge Frauen hinter einem großen Schreibtisch, dahinter ein uralter Tresor. Sie erzählen uns, daß die Bewohner überzeugt werden, einen Teil des ihnen von der UN-Flüchtlingsorganisation zugeteilten Startgeldes — umgerechnet etwa 80 DM pro Familie — gegen Zinsen anzulegen. Dafür gibt es Kredite für die landwirtschaftliche Produktion. Ob dieses schwungvoll in Gang gesetzte Unternehmen der Wiederkehr des internationalen Kapitalmarkts standhalten wird?

Foto: Almut Wilms-schröder
Wiederaufbau in Rücksiedlungen

▶ Mexico-Stadt ◀

Sonntag, 20.10.91. Mexico-Stadt. Nach unserer Rückkehr treffen wir spät in der Nacht zwei Vertreterinnen der Verhandlungsdelegation der FMLN. Ununterbrochen tagen deren Arbeitsgruppen, um vorangegangene Dialogrunden zu bewerten und das Konzept für die weiteren Gespräche vorzubereiten. Viele Punkte sind noch hart umstritten: darunter eben die entscheidende Frage, wie die Armee zu verkleinern sei. Regierung und Generalstab denken an eine Verringerung der einfachen Mannschaften unter Beibehaltung des gesamten Offizierskorps, während die FMLN auf einer vertikalen Reduzierung aller Ränge und Ebenen einschließlich Bewaffung, Unterkünften und Logistik besteht. Nur unter dieser Bedingung ist sie zu einer parallelen und schrittweisen Demobilisierung der eigenen Einheiten bereit, wobei sich ein Teil in eine legale Partei umwandeln könnte und der andere in der neuen „Policia National Civil" aufgehen soll.

Während die Hardliner in Regierung und Armee die Verhandlungen nach Kräften zu torpedieren versuchen, scheinen die USA wichtige FMLN-Positionen akzeptiert zu haben. Ohne eine signifikante Veränderung der US-Politik wären die Vereinbarungen von New York nicht zustandegekommen. Nachdem der militärische Sieg über die FMLN nicht möglich war und die millionenschwere Finanzierung des Kriegs nach den Jesuiten-Morden unangenehm in die Schlagzeilen geriet, setzen die USA offenbar auf eine friedliche Lösung, der allerdings das Kalkül anhaftet, die FMLN als militärische Kraft nun politisch, über eine Beteiligung an der „Regierungsverantwortung" zerschlagen zu können.

Die Revolutionäre haben diese Herausforderung angenommen. Wohl wissend, daß die Auseinandersetzungen um Land, soziale Gerechtigkeit und Demokratie sich fortsetzen werden, betreten sie einen politischen Raum, der sich ohne ihren Kampf nie geöffnet hätte. Von den herkömmlichen Revolutionskonzepten hat sich die FMLN schon vor einiger Zeit verabschiedet. Es geht nicht mehr um die Frage des Erringens und Benutzens absoluter staatlicher Macht, sondern um die Umwälzung der bestehenden staatlichen Strukturen, neue gesellschaftliche Organisationsformen und um die Frage, wie innerhalb des Kapitalismus für veränderte gesellschaftliche Verhältnisse gekämpft werden kann. Was dies bedeutet, wurde in internen Debatten heftig diskutiert: die Probleme des Zentralismus und einer bürokratischen Staatsmacht, die falsche Notwendigkeiten produziert, um sie dann politisch zu begründen; die postulierte Gleichheit, die nirgendwo realisiert und gerade in den Ländern des „real existierenden Sozialismus" zu nur noch bürokratischer Normierung und allgemeiner Mediokrität verkommenen war. Für eine Neuformulierung sozialrevolutionärer Politik in Lateinamerika, die nicht nur das Scheitern bisheriger Revolutionskonzepte, sondern auch eine radikal veränderte Weltlage miteinbezieht und zugleich auch die Geschichte des Kontinents und seine Kultur sich vergegenwärtigt, gibt es in El Salvador wichtige Ansätze.

Vielleicht bleibt am Ende aber doch nur eine nachgeholte „bürgerliche" Revolution. Angesichts der semifeudalen Verhältnisse Lateinamerikas wäre dies allerdings schon viel. Ob aber selbst eine solche Entwicklung angesichts horrender sozialer Ungleichheit, Elend und externer Abhängigkeit Chancen hat, ist offen. Wenn die Friedensverhandlungen demnächst erfolgreich abgeschlossen werden sollten, wird der Kampf dafür erst beginnen. ■

AUFRUF ZUR HILFE

Die neuen Dörfer El Salvadors

Ignacio Ellacuria, Segundo Montes, Ignacio Martin-Baró: die Namen der im November 89 ermordeten Jesuiten.

Der Terror der Armee ging weiter, der salvadorianische Krieg hält an.
Inmitten der Zerstörung gingen nun die Kriegsvertriebenen & Flüchtlinge in die Offensive: sie kehrten zu Tausenden heim, um ihre Vorstellungen von einer selbstbestimmten Zukunft zu verwirklichen. Autonome Schulen, Werkstätten, Wohnhäuser, Gesundheitseinrichtungen . . .

Ignacio Ellacuria, Segundo Montes, Ignacio Martin-Baró: die Namen der neuen Dörfer El Salvadors.

Sie brauchen unsere Unterstützung!

Spendenkonten: 1800 Frankfurter Sparkasse 6999-508 Postgiro Köln, Stichwort: »El Salvador«

Weitere Informationen anfordern!

medico international

Obermainanlage 7 · 6000 Frankfurt 1 · Tel.: 069/4990041

Medico bittet

Während unserer Reise übergaben wir in „El Gualcho" rund 40000 DM für den Bau von Häusern und ca. 30000 DM für die Renovierung der Gesundheitsstation von Perquin. Besprochen wurden umfangreiche Unterstützungen u.a. für La Mora und die Gemeinden von Chalatanango — Projekte in Höhe von mehreren hunderttausend Mark, die mit Ihrer Unterstützung Schritt für Schritt realisiert werden können. Helfen Sie mit durch Spenden unter dem Stichwort:

EL SALVADOR.

Mehr erfahren Sie in der nächsten Ausgabe der medico-Pulbikation:

„El Salvador-aktuell".

Friedensverhandlungen

Seit April 1990 führen die salvadorianischen Bürgerkriegsgegner, Regierung und Armee auf der einen, die FMLN (Frente Farabundo Marti de Liberacion National) auf der anderen Seite, unter Vermittlung der Vereinten Nationen Friedensverhandlungen. Ende September dieses Jahres kam es in New York zu einem Durchbruch: eine Grundsatzvereinbarung wurde erzielt und die Einrichtung einer paritätischen „Kommission für die Konsolidierung des Friedens (COPAZ)" beschlossen. Weitere Verhandlungen fanden zunächst in Mexico-Stadt und gegenwärtig im mexikanischen Provinzort San Miguel de Allende statt. Alle Seiten erwarten, daß es bis Weihnachten zumindest zu einem formellen Waffenstillstand kommen könnte. Dieser würde einen elf Jahre dauernden Krieg beenden, der durch ungeheure Zerstörungen, Menschenrechtsverletzungen und Massaker gekennzeichnet war.

Daß es überhaupt zu diesen Verhandlungen kommen konnte, hat mehrere Ursachen. Entscheidend ist das militärische Patt: es ist offensichtlich geworden, daß keine der beiden Seiten den Krieg militärisch gewinnen kann. Ganz wichtig ist der Druck, den die USA auf die salvadorianische Regierung ausüben: Angesichts der veränderten Weltlage wird es sowohl schwieriger als auch unnötiger, das salvadorianische Regime weiterhin bedingungslos zu stützen. Dazu kommt ein starker Druck aus dem US-Kongress, bei dem die bis heute nicht gesühnte Ermordung amerikanischer Jesuiten durch das salvadorianische Militär im Jahre 1989 eine bedeutsame Rolle spielt. Von Bedeutung ist sicher auch die allgemeine Kriegsmüdigkeit: nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch bei den kämpfenden Truppen. Besonders bei der Armee haben Desertionen und Befehlsverweigerungen zugenommen. In dieser Situation konnten sich auch innerhalb der FMLN die Kräfte durchsetzen, die statt auf eine militärische Lösung auf einen Verhandlungskompromiß als Basis einer politischen Strategie setzen.

In groben Umrissen sieht das Verhandlungskonzept eine erhebliche Reduzierung der Streitkräfte, ihre Beschränkung auf äußere Verteidigung und die Eingliederung von Teilen der FMLN in die Polizei vor. Die FMLN müßte sich zur politischen Partei wandeln und sich späteren Wahlen stellen: politisch wie militärisch also eine Machtteilung mit höchst ungewissen Perspektiven. Wie diese Grundsatzvereinbarungen realisiert werden sollen, ist immer noch umstritten. Der Generalstab möchte die militärische Struktur und inbesondere das Offizierskorps intakt halten, während die FMLN eine „qualitative" und strukturelle Reduzierung unter internationaler Kontrolle — insbesondere die Entfernung von Kriegsverbrechern - fordert. Wie und auf welchen Ebenen die Integration der FMLN in die Polizeieinheiten stattfinden soll, ist ebenfalls unklar: die FMLN fordert die Übernahme von Führungspositionen und Mitwirkung an der Umstrukturierung der gesamten Polizeiorganisation. Ein ganz entscheidender Punkt ist die faktische Kontrolle über das Land. Obwohl es kaum ein Gebiet gibt — nicht einmal die Hauptstadt — in dem eine Seite die absolute Macht ausüben würde, verwaltet sich derzeit etwa ein Drittel der Gemeinden unter dem Schutz der FMLN und außerhalb jeder Regierungskontrolle politisch selbst. Das Land — insbesondere der ehemalige Großgrundbesitz — ist dort im Besitz der Bauern. In Hinblick auf die sich abzeichnenenden Verhandlungsergebnisse ist es in der vergangenen Zeit mit Unterstützung der FMLN zu massiven weiteren Landnahmen gekommen. Diese Eigentumsverhältnisse und die politische Selbstverwaltungsstruktur zu erhalten, ist ein wesentliches Ziel der FMLN, weswegen sie beansprucht, die Polizeigewalt in diesen Regionen alleine auszuüben. Weitere strittige Punkte sind schließlich die Besetzung des Verteidigungsministeriums, wofür die FMLN einen Zivilisten verlangt, die Kontrolle des Geheimdienstes DNI und einiges andere mehr.

Haupthindernis für einen erfolgreichen Abschluß der Friedensverhandlungen sind das Militär und der reaktionäre Flügel der Grundbesitzer-Oligarchie. Deren Verhältnis hat sich seit Beginn des Bürgerkriegs entscheidend verändert. „Vor dem Krieg diente das Militär der Oligarchie, heute ist es eine unabhängige Macht", sagt Marcos Jiménez, ein FMLN-Kommandant. Von der ARENA-Regierung des Präsidenten Cristiani ist sie jedenfalls nicht zu kontrollieren. Nur der Druck aus den USA kann etwas bewirken. Die regulären Streitkräfte verfügen über 55 000 Mann bei einer Gesamteinwohnerzahl von gerade knapp 5 Millionen, dazu kommen ca. 20 000 Angehörige paramilitärischer Gruppierungen. Das Militär ist inzwischen Großunternehmer und kontrolliert neben Waffen- und Ausrüstungsfabriken die wichtigste salvadoranische Bank, Hafenbetriebe sowie die nationale Elektrizitäts- und die Telefongesellschaft. Neben diesem „legalen" Bereich operiert sie stark in der Mafia-Wirtschaft des Erpressungs- und Schmuggelgewerbes, im Handel mit Rauschgift, gestohlenen Autos, Kindern und Organen sowie in der Prostitution. Die Friedensverhandlungen bedrohen also nicht nur militärische Machtpositionen, sondern ein dichtes Netz wirtschaftlicher Interessen.

Die FMLN hat seit Beginn der Verhandlungen nicht nur Stärke, sondern auch erhebliches diplomatisches Geschick bewiesen. Das Einlassen auf die Verhandlungen hat keine wesentlichen demobilisierenden Wirkungen in ihren Reihen gehabt, wie das Militär gehofft hatte. Stattdessen gab es parallel zu den Friedensgesprächen eine militärische Offensive der FMLN, mit der sie ihre ungebrochene Stärke beweisen wollte. Zugleich bot sie aber einen zunächst informellen Waffenstillstand an. Die Regierung wollte oder konnte darauf nicht eingehen. Mitte November verkündete die FMLN dann eine einseitige Waffenruhe. Daß die Regierung unter dem Druck des Generalstabs darauf nicht eingehen konnte, hat ihre politische Position nicht eben verbessert. Die FMLN beharrt darauf, daß die vorgesehenen Umstrukturierungen „simultan und symmetrisch" vollzogen werden müssen. Sie will ihre Waffen nicht ablegen, bevor die Umstrukturierung von Armee und Polizei nicht weit fortgeschritten sind. Für diese Übergangszeit rechnet sie mit einem „bewaffneten Frieden" und steht damit nicht nur im Gegensatz zu Regierung und Generalstab, sondern auch zu den USA, die natürlich auf eine baldige Entwaffung ihrer Gegner abzielen.

Was das Ergebnis der Friedensverhandlungen sein wird, ist selbst dann höchst ungewiß, wenn es in Mexiko zu einem erfolgreichen Abschluß kommt. Die Auseinanderstzungen werden sich auf andere — politische — Ebenen verlagern und neue bewaffnete Konflikte sind nicht ausgeschlossen. Wichtig wird sein, ob und wie es der FMLN gelingt, ihre teilweise Integration in den Staatsapparat sowie ihre Transformation in eine politische Partei im Rahmen eines pluralistischen Systems zu schaffen. Dies wird auch davon bestimmt werden, ob die politische Einheit der unter dem FMLN-Dach versammelten Gruppierungen erhalten und unter den neuen Bedingungen weiterentwickelt werden kann. Dies wird nicht einfach sein, wenn der gemeinsame Feind und die militärische Konfrontation verschwinden. Entscheidend bleibt allerdings, ob die im Befreiungskrieg entwickelten sozio-ökonomischen Strukturen auf dem Lande, die Bodenverteilung und die Basis-Selbstverwaltungsstrukturen erhalten, geschützt und ausgebaut werden können. Davon wird es abhängen, ob sich aus dem fragilen Machtgleichgewicht eine halbwegs demokratische und soziale Gesellschaftsordnung entwickeln kann.

Es sieht so aus, als würde die US-Regierung auf eine „portugiesische" Entwicklung hoffen: Spaltung der oppositionellen Kräfte, eine Regeneration der „staatstragenden" Gruppen einschließlich einer wie auch immer reformierten Armee und das Wirksamwerden der üblichen ökonomischen Mechanismen in einem Land, in dem die entscheidenden wirtschaftlichen Machtstrukturen nicht verändert sind und das von internationaler Abhängigkeit und materieller Not gekennzeichnet ist. Selbst wenn die FMLN und die mit ihr kooperierenden politischen und sozialen Gruppen es schaffen sollten, eine starke politische Partei zu bilden, könnten sie — das lehrt die Erfahrung — auch bei halbwegs freien Wahlen durchaus in die Opposition geschickt werden. Das bedeutet, daß der politische Kampf verloren wäre, wenn die ansatzweise entwickelten politischen Basisstrukturen austrocknen oder zerstört werden würden.

THOMAS GEBAUER/JOACHIM HIRSCH

KARIN VAN BRACHT / MATTHIAS PROSKE

Die Kaffeekampagne in El Salvador

Die Kaffeekampagne El Salvador trat im Sommer 1990 an die bundesdeutsche Öffentlichkeit. Angeregt durch die Erfolge US-amerikanischer Hafenarbeiter bei der Verhinderung des Löschens salvadorianischer Kaffeeschiffe versuchten in Hamburg Leute aus der Mittelamerika-Coordination eine ähnliche Aktion durchzuführen. Während in den USA der Boykott auf die breite Unterstützung einiger Gewerkschaften (ILWU) bauen konnte, sperrten sich allerdings die Gewerkschaften hierzulande gegenüber jeglicher Formen der Boykottunterstützung. In der salvadorianischen Presse wurde mehrmals über die Kaffeekampagne El Salvador negativ berichtet. Die Verärgerung kann sicherlich als Zeichen gewertet werden, an einem empfindlichen Punkt des salvadorianischen status quo gerüttelt zu haben. Schließlich ist die Rolle des Abnehmerlandes BRD ökonomisch von erheblicher Bedeutung. Während derzeit nur ca. 5 % der Kaffeeimporte der BRD aus El Salvador stammen, ist umgekehrt die BRD das zweitgrößte Abnehmerland (mit 30 % des Gesamtexports).

Im Verlaufe des letzten Jahres hat sich die Situation in El Salvador erheblich verändert. Es ist jedoch ein Trugschluß zu glauben, daß mit der Vereinbarung vom September von New York in El Salvador ein Zustand sozialer Gerechtigkeit und partizipativer Demokratie angebrochen sei. Wer die Vereinbarungen zwischen ARENA und FMLN nicht dynamisch versteht, d.h. als Resultat sich stetig verändernder Kräfteverhältnise zwischen dem oligarchisch-repressiven Block und der Befreiungsbewegung, läuft Gefahr, eben dieser propagandistischen Fehlanalyse auf den Leim zu gehen. Für El Salvador heißt dies, daß die Interpretation der Vereinbarungen als Voraussetzung der Realisierung weit mehr Bedeutung für die Entwicklung der politischen Situation besitzt als die Willenserklärung in der diplomatischen Aussagelosigkeit des New Yorker Papiers.

Erste Anzeichen. Kaum waren die Unterschriften unter dem New Yorker Abkommen getrocket, ließen rechtsextreme Militärs und Oligarchen verlauten, daß sie keinesfalls zu Zugeständnissen in der Landfrage bereit seien — obwohl in New York festgeschrieben wurde, daß die Agrarreform in ihre nächste Phase übergeleitet werden soll.

Die elementare Bedeutung der Landfrage für die zukünftige Entwicklung manifestiert sich auch in den Forderungen der sozialen Bewegungen El Salvadors, die längst ihre Konzepte zum Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Wirtschaft diskutieren. Für die LandarbeiterInnen-Gewerkschaften ist somit der Aufbau von Handelsstrukturen und der Zugang zum lukrativen Exportgeschäft eine zentrale Forderung. Gerade dieser Punkt steht nun im Widersprich zu den ursprünglichen Zielen der Kaffeekampagne. Festzuhalten bleibt dennoch, daß die Kaffeekampagne auch mit der ursprünglichen Zielsetzung auf eine hohe Resonanz bei den Gewerkschaften der LandarbeiterInnen und der in der Kaffeeindustrie Beschäftigten stößt.

Bei einer kritischen Analyse der Wirksamkeit der Kaffeekampagne kann sicherlich nicht geleugnet werden, daß die breite und kontinuierliche Resonanz in der Bundesrepublik ausgeblieben ist. Wie oben angedeutet hängt jedoch der Erfolg von Boykottmaßnahmen nicht zuletzt von dem beharrlichen Druck auf gezielt ausgewählte Institutionen ab. Kantinen, Cafés, Jugendzentren, Gemeindehäuser u.ä. wurden zum Beispiel zu selten mit dem El Salvador Kaffeeboykott konfrontiert, so daß die Kaffeekonzerne mit ihrem „Saubermann-Image" weiter hausieren gehen können. Daß aber die Konzerne durchaus sensibel auf solchen Druck reagieren, läßt sich in unserer Kampagne an ihren Filialrundschreiben oder gemeinsam koordinierten Antwortbriefen an die Studentenwerke ablesen.

Ein anderer Diskussionspunkt ergibt sich aus dem spannungsreichen Verhältnis von politischem Eigenanspruch und pragmatischen Erwartungen von Außen. Die El Salvador-Kaffeekampagne hat ihren Kristalisationspunkt in einer ganz bestimmten Konfliktkonstellation in El Salvador: in den Verhandlungen zwischen dem ARENA-Regime und der FMLN. Eine Kampagne, die sich primär an Kriterien wie der Situation von LandarbeiterInnen oder ungerechten Weltwirtschaftsstrukturen orientieren würde, wäre wahrscheinlich zu fast allen kaffeeproduzierenden Ländern und mit Sicherheit zu jedem Kaffeekonzern legitimierbar.

Bei den konkreten Boykottaktionen wurde der Koordinationsstelle jedoch sehr schnell die Frage nach möglichen Alternativen zum „bluttriefenden" Kaffee aus El Salvador gestellt, und dabei mehr oder weniger unmittelbar die Erwartung, diese Alternative zu organisieren (Kaffee von Kleinbauern und Kooperation), formuliert. Der Weg zur Kaffeevermarktung scheint dabei vorgezeichnet zu sein, zumal, wie beschrieben, die Interessen der im Kaffeesektor Beschäftigten in eine ähnliche Richtung weisen. Dies hat leider nur noch wenig mit dem eigentlichen Kristalisationspunkt der Verhandlungssituation in El Salvador zu tun.

Dieses Anspruch-Erwartungs-Verhältnis bietet hingegen auch Ansatzmöglichkeiten für die Koordination zwischen Kaffeekampagne und der eher vermarktungsorientierten Kaffeeinitiative. Es ist wohl sicher, daß die El Salvador-Kaffeekampagne aufgrund der oben beschriebenen Veränderungen in der jetzigen Form nicht weiterbestehen wird.

Es erscheint uns vor allem notwendig, adäquate Beiträge zur Stärkung der Position der Befreiungsbewegung und der mit ihr verbundenen Volksorganisationen zu entwerfen. Speziell die Kaffeekampagne hat sich mit dem Aspekt des immer bedeutender werdenden ökonomischen Erfolgsdrucks auf die neuen Sozialstrukturen sowohl in den von der FMLN kontrollierten Zonen wie auch im agrarischen Reformsektor zu befassen.

Eine mögliche Neuformulierung der El Salvador-Kaffeekampagne könnte auch ein spezifischer Beitrag der El Salvador-Solidarität zu den Aktivitäten im Rahmen der „500 Jahre"-Kampagne sein. Bezogen auf El Salvador läßt sich kein besseres Medium als Kaffee finden, um die Ursprünge und Kontinuität kolonialistischer Politik zu verdeutlichen. ■

URSULA GRÜNENWALD

Guatemala im 6. Jahr der „Demokratie“

Eine Einschätzung der Regierung Serrano

Als Serrano Elias, Kandidat der konservativen Partei „Bewegung der Solidarischen Aktion“ (MAS), aus den Wahlen am 6. Januar 1991 als neuer Präsident Guatemalas hervorging, besaß er kein Regierungsprogramm, das sich durch ein besonderes Profil ausgezeichnet hätte. Vielmehr verdankte er seinen Sieg der Tatsache, daß ihm angesichts der hohen staatlichen Korruption eher das Image des „ehrbaren Politikers“ abgenommen wurde als seinem Kontrahenten Jorge Carpio Nicolle, der mit den Interessen des mächtigen Unternehmerverbandes CACIF identifiziert wurde.

Die geringe Wahlbeteiligung von 34 % bei den Wahlen '91 in Guatemala spiegelte die Enttäuschung der hohen Erwartungen wider, die 1986 auf die Machtübernahme der ersten, nach dreißig Jahren Militärdiktatur demokratisch gewählten Regierung unter Vinicio Cerezo gesetzt worden waren. Dieser Regierung, die das Land aus der internationalen Isolierung herausführen, bzw. dem internationalen Kapital wieder zugänglich machen sollte, wurde von Seiten der Bevölkerung, aber auch von den Volks- und Indigenaorganisationen, ein großer Vertrauenskredit gewährt. Aufgrund seiner starken Position wäre es Cerezo nach Einschätzung verschiedener Volkssektoren möglich gewesen, auch gegen den Willen der alten Machthaber grundlegende Reformen einzuleiten. Zu diesem Zeitpunkt hätten die Militärs kaum gegen den von ihnen mitinitiierten Demokratisierungsprozeß vorgehen können. Stattdessen vertrat Cerezo von Anfang an die Interessen der alten Machteliten, was vor allem hieß, die hegemoniale Stellung des Militärs zu garantieren. Bilanz von fünf Jahren Christdemokratie waren die unverändert schlechte Menschenrechtssituation, hohe staatliche Korruption und eine zunehmende Kriminalitätsrate, ebenso wie eine harte neoliberale Wirtschaftspolitik mit Preissteigerungen bis zu 600 Prozent. Infolge dieser kontinuierlichen Präsenz der Streitkräfte in dem „demokratischen“ Machtgefüge Guatemalas, waren auch von einem Regierungswechsel keine tiefgreifenden Veränderungen zu erwarten. Hinzu kam, daß Serranos Partei mit nur 18 von 116 Sitzen im Kongreß nicht einmal über eine starke Machtbasis verfügte. Um überhaupt regierungsfähig zu sein, war sie auf Bündnispartner angewiesen.

Zwei Menschen werden pro Tag ermordet

Aus den Daten des offiziellen Berichtes des Menschenrechtsbüros des Erzbistums Guatemala Stadt, für den Zeitraum von Anfang Januar bis Ende August '91, geht hervor, daß in Guatemala durchschnittlich zwei Menschen pro Tag politischen Morden zum Opfer fallen. Gewerkschaften und Volksorganisationen sprechen von einem Ansteigen der Menschenrechtsverletzungen unter der neuen Regierung. Diese wiederum erklärt, daß 80 % der Menschenrechtsverletzungen auf die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Guerilla und Militär zurückzuführen sind. Dem allein widerspricht jedoch schon die Tatsache, daß in der Hauptstadt, die nach Aussage der Sicherheitskräfte frei von Guerillaeinheiten ist, Menschenrechtsverletzungen gehäuft auftreten.

Nach Aussage von Mitgliedern der AEU, Organisation der StudentInnen der staatlichen Universität San Carlos, ist zu befürchten, daß es angesichts der momentanen Situation zu einer ähnlichen Eskalation kommen könnte wie 1989. Damals wurden zehn StudentInnen aus der Führung der AEU entführt und ermordet.

Nach Einschätzung der UASP, Zusammenschluß von Gewerkschaften und Volksorganisationen, ist der Grund für das Ansteigen der Repression darin zu sehen, daß der Balanceakt der Regierung zwischen dem Aufrechterhalten der demokratischen Fassade unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Interessen von Armee, Großgrundbesitzern und Unternehmerschaft fehlschlug. Der eingeschlagene Mittelweg Serranos von Verhandlungsbereitschaft mithilfe sogenannter Sozialabkommen zur Befriedung der Arbeiterschaft auf der einen Seite und Repression niedriger Intensität auf der anderen, mißlang. Die Gewerkschaften lehnten die Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung ab. Das staatliche Konzept, das mit dem Anheben der Mindestlöhne warb, hatte aufgrund der hohen Preissteigerung das drastische Sinken des Reallohnes zur Folge und sah weiterhin eine Strompreiserhöhung um 50 % vor. Ebensowenig ließ sich die ultrarechte Fraktion in Regierung und Armee in das von Serrano angestrebte Politikkonzept einbinden.

Diffuse Machtverhältnisse

Das fehlende Durchsetzungsvermögen Serranos, das seine von Beginn an schwache Position bewies, gab den reaktionären Kräften Auftrieb und verringerte die Kontroll- oder Einflußmöglichkeiten auf die Hauptverantwortlichen der Repression.

Diese Diffusität der Machtverhältnisse eröffnet jedoch den Volksorganisationen gleichzeitig politische Freiräume, die gerade im aktuellen Kampf gegen die Straflosigkeit — d.h. gegen die in Guatemala gängige Praxis, daß Menschenrechtsverletzungen nicht strafgesetzlich verfolgt werden — erweitert werden können.

Aufgrund der Anklage von Seiten der Volksorganisationen und durch die Unterstützung der internationalen Öffentlichkeit hat sich der Druck auf die Regierung mittlerweile so verstärkt, daß sie gezwungen ist, vereinzelt auch hohe Militär- und Polizeiangehörige zur Verantwortung zu ziehen. Einschränkend ist jedoch zu bemerken, daß die bisher in solchen Fällen geführten Prozesse

mit einem Freispruch oder mit einem lächerlich niedrigen Urteil endeten. So „kostet" der Mord an einem Straßenkind, begangen durch einen Mitarbeiter der Nationalpolizei, umgerechnet ca. 380,— DM.

Dennoch sehen die gegen die ,,Straflosigkeit" kämpfenden Organisationen in dieser Entwicklung eine grundlegende Bedingung für die Veränderung der guatemaltekischen Gesellschaft.

Ein weiterer Grund für das Ansteigen der Repression ist die wachsende Verarmung Guatemalas. Nach Darstellung der im mexikanischen Exil arbeitenden Menschenrechtskommission von Guatemala (CDHG) führt die zunehmende Verelendung, deren Gründe in den harten Strukturanpassungsmaßnahmen der Regierung Serrano zu suchen sind, zu einer verstärkten Organisierung der Bevölkerung. Gegen den zunehmenden politischen Druck und die Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit kann das bestehende System von den Herrschenden nur mit Gewaltmaßnahmen aufrecht erhalten werden. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß diejenigen, die die Menschenrechtsverletzungen begehen, nicht direkt im Auftrag der Regierung Serrano arbeiten. Die dafür Verantwortlichen sind eher in den Kreisen der Sicherheitskräfte zu suchen.

Dennoch ist die Regierung insofern mitschuldig, als sie nichts tut, um stagnierende Ermittlungsverfahren voranzutreiben bzw. die Arbeit der an der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen Beteiligten zu unterstützen und ihnen damit Schutz zu gewährleisten. Im Gegenteil sind es immer wieder Äußerungen des Präsidenten Serrano, die Menschenrechtsverletzungen geradezu provozieren, da diese den Tätern indirekt Straffreiheit garantieren: So verurteilte Serrano in einer Ansprache die Teilnahme der Mitglieder verschiedener Volksorganisationen, darunter auch die AEU, an der UNO-Menschenrechtskommission in Genf im März '91, die dort als ZeugInnen für die systematischen Menschenrechtsverletzungen in Guatemala aufgetreten waren. Als Folge dieser Aussage sind die Hausdurchsuchungen, mehrfachen Verhöre und Todesdrohungen zu sehen, von denen VertreterInnen der AEU betroffen waren und die eine Studentin zwangen, ins Exil zu gehen.

Zentraler Punkt: Die Friedensgespräche

Zentraler Punkt, der die Rahmenbedingungen für den Kampf der Volksorganisationen verändert hat und diese auch in Zukunft mitbestimmen wird, sind die Friedensgespräche zwischen URNG (Revolutionäre Nationale Einheit Guatemalas) und Regierung. In dem mittlerweile 31 Jahre andauernden, bewaffneten Konflikt kam es im April '91 zu ersten direkten Unterredungen zwischen Befreiungsbewegung, Regierungsvertretern und Armee.

Daß es nicht gelang, die Guerilla militärisch zu schlagen und die URNG als gesellschaftlicher Machtfaktor anerkannt werden mußte, eröffnete für die zivile Opposition entscheidende Handlungsfreiräume: Der den eigentlichen Verhandlungen mit der Guerilla vorgeschaltete „Nationale Dialog", der 1989 begann, bot den verschiedenen Volkssektoren zum ersten Mal die Möglichkeit, hochtabuisierte Themen in der guatemaltekischen Öffentlichkeit zu diskutieren. Menschenrechtsverletzungen kamen ebenso zur Sprache wie die Rückkehr der Flüchtlinge oder das Problem der Landverteilung.

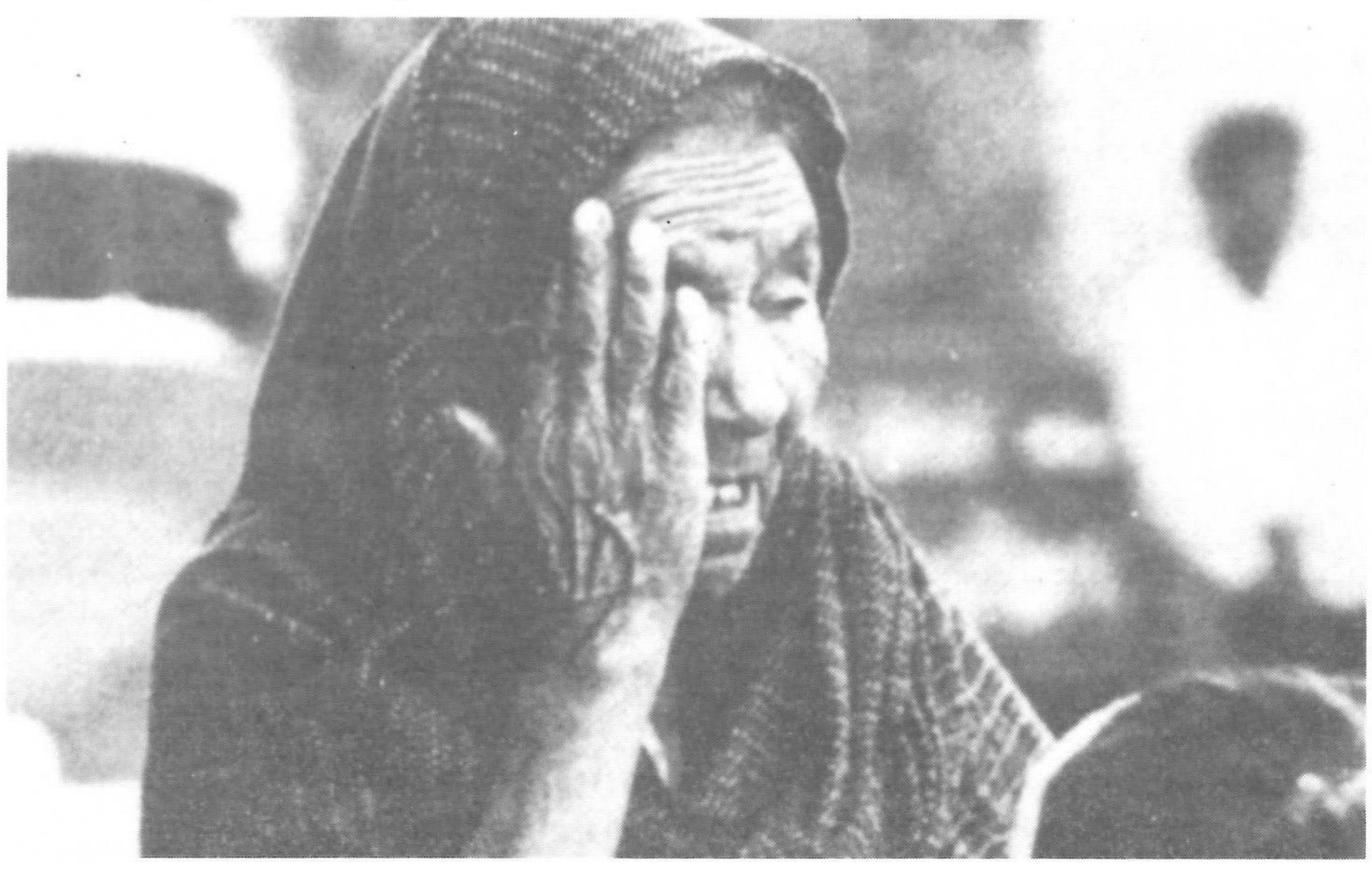
Der gelungene Verlauf des Nationalen Dialogs zwang die Regierung Serrano, die in dem Projekt ursprünglich ein prestigeträchtiges Medium witterte, den Beginn der eigentlichen Verhandlungen jedoch immer wieder hinauszuzögern versuchte, direkten Gesprächen mit der Guerilla zuzustimmen. Im November '91 gerieten die Verhandlungen bei dem Thema Menschenrechte an einen kritischen Punkt: Präsident Serrano erklärte die Vorschläge der URNG für unzulässig, weil sie den Rahmen der Legalität und der bestehenden Institutionen verließen.

Staat akzeptierte seine Verantwortung

Anlaß für die strikte Ablehnung der Forderungen dürften vor allem zwei Punkte sein: Zum einen die Einrichtung einer „Kommission Wahrheit und Gerechtigkeit", deren Aufgabe die Aufklärung der seit 1978 begangenen Menschenrechtsverletzungen sein soll. Zum anderen die Anerkennung des Protokolls Nr.II der Genfer Internationalen Menschenrechtskonvention, das den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte ohne internationalen Charakter regelt und zudem in einer weiteren Konvention festlegt, daß es für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit keine Verjährung gibt. Ein Präsidentschaftssprecher erklärte dazu, daß die Übernahme der Forderungen gleichzeitig das Eingeständnis des Staates wäre, die ihm zugewiesene Verantwortung für diese Taten zu akzeptieren.

Abschließend sei noch auf einen weiteren aktuellen Prozeß verwiesen, anhand dessen Verlauf sich die starre Haltung der Regierung Serrano manifestiert bzw. der Einfluß der Streitkräfte an Entscheidungen der Regierung deutlich wird: Die Verhandlungen über die Rückkehr der in Mexiko lebenden Flüchtlinge. Offiziell registriert leben heute 50 000 GuatemaltekInnen in mexikanischen Flüchtlingslagern. Diese haben sich in SprecherInnenräten, den „Ständigen Kommissionen" (CCPP) organisiert und fordern, daß sie die Planung des Repatriierungsprozesses mitbestimmen können. Zu befürchten ist, daß ihre Rückkehr, falls diese ausschließlich von Regierung und Streitkräften bestimmt wird, unter rein militärisch-strategischen Gesichtspunkten verläuft. Das hieße, nach dem Konzept der sogenannten Modelldörfer in Gebieten angesiedelt zu werden, die als Konfliktzonen gelten, um somit die Kontrolle und Zugriffsmöglichkeit der Militärs auf diese Regionen auszuweiten. Daß Serrano 1982 unter der Diktatur Rios Montt Vorsitzender des Staatsrates war, also in der Zeit, in der nach dem sogenannten „Palästinisierungskonzept" eben jene Modelldörfer, d.h. unter strenger militärischer Kontrolle stehende Siedlungen, entstanden, läßt die Befürchtungen gerechtfertigt erscheinen. Außerdem zeigte die Regierung bisher keine Bereitschaft, den Flüchtlingen, die geforderte Freizügigkeit und Anerkennung ihrer Organisationsstrukturen zu garantieren und ließ die für Juni '91 geplanten Gespräche ohne eine genaue Begründung scheitern.

Diese Hinhaltetaktik setzt die Flüchtlinge vor allem deshalb unter Druck, weil die internationale Hilfe, die vom Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen koordiniert wird, 1992 ausläuft und auch die mexikanische Kommission für Flüchtlingshilfe ihre Unterstützung beendet. Infolgedessen sind die Pläne einer baldigen Rückkehr auf materielle Zwänge zurückzuführen und nicht darauf, daß die entsprechenden Bedingungen für die Repatriierung vorhanden sind. ■



„Die eigentliche tödliche Gefahr liegt im Konformismus."

José Reveles, mex. Journalist

Allein der Versuch, ehrlichen Journalismus zu betreiben, bedeutet in vielen Ländern der Welt die Gefahr, als potentieller Feind, als Dissident verfolgt zu werden. Dennoch gibt es zahlreiche Beispiele, die belegen, daß auch kritische verantwortungsvolle Medienarbeit möglich ist.

Beiträge und Interviews über alternative Medien in Lateinamerika in ila Nr.150

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

Erscheint 10x jährlich · Einzelpreis DM 5,-

Die Großen und die Kleinen, wir sind alle Unternehmer.

Rechte Propaganda in Peru

Seit einiger Zeit taucht in der entwicklungspolitischen Diskussion immer häufiger der Begriff „informeller Sektor" auf. Die Menschen arbeiten dort in Bereichen mit geringer Produktivität, sind schlecht bezahlt, ihr Arbeitsverhältnis ist ungeschützt. Sie versuchen wie alle Menschen, das Beste aus ihrer Situation zu machen. Gibt es – außer für einige wenige – eine Hoffnung, aus dieser Misere herauszukommen?

Interviews und Beiträge zum „Informellen Sektor" in Lateinamerika in ila Nr.151

Welche Solidarität?

Wie haben wir geklatscht! Noch die schlimmsten Niederlagen haben wir in Siege umgedeutet. Che Guevaras Ermordung in Bolivien 1967 bedeutete das Ende des Traums von der gemeinsamen Befreiung Lateinamerikas. Wir haben Che, als er tot war, zum Symbol dieser Befreiung gemacht. Als der Führer des chilenischen MIR, Miguel Enriquez, 1974 in Santiago erschossen wurde und seine verletzte Lebensgefährtin Carmen Castillo in Frankfurt Auftritt hatte, war der legendäre Hörsaal VI voll. Der MIR im Exil hatte damals ein Bündnis mit den Frankfurter Spontis und der italienischen Gruppe lotta continua geschlossen, alle hatten für die Veranstaltung mobilisiert. Im Rückblick gibt es keine andere Erklärung für dieses ungleiche Bündnis als das Bedürfnis der Europäer, ihre Befreiungswünsche zu projizieren, und der Lateinamerikaner, international anerkannt zu werden. Der volle Hörsaal war ein Sinnbild des Schlagworts von der „internationalen Solidarität". Während hier die deutschen Studenten jubelten, starben die Widerstandskämfer in Santiago den Foltertod. Ihr Kampf war von vorneherein aussichtslos gewesen. Der MIR hatte nie mehr als 1 000 Mitglieder, davon ein Bruchteil unter schlechten Waffen. Der verlorene Haufen übernachtete in Autos, weil seine Unterschlupfe aufgeflogen waren. Jedesmal, wenn jemand unter der Folter auspackte, fiel eine neue Zelle. Als das Ausmaß der chilenischen Katastrophe erkennbar wurde, wollte niemand etwas davon wissen. Ähnlich wüteten die Geimdienste in Argentinien, Uruguay und anderen Ländern, ähnlich auf den Kopf gestellt war die Wahrnehmung des ungleichen Kampfes.

Die Selbsttäuschung von damals ist oft und mit Lust kritisiert worden. Dieses Ritual linker Selbstdemontage bringt wenig Einsicht. Die Umdeutung der Niederlagen in Siege folgte einem einfachen Mechanismus und war zum Teil gesteuert. Mit Niederlagen kann man sich nicht identifizieren und man kann kein Geld dafür sammeln. Aufschlußreicher sind die unausgesprochenen Motive, die der „internationalen Solidarität" zu Grunde lagen. Eines davon war der Wunsch, es den Yankees in ihrem eigenen Hinterhof so recht ungemütlich zu machen.

Das dritte Motiv war so bürgerlich, daß wir uns scheuten, es beim Namen zu nennen. Es war die Verteidigung der Menschenrechte. Der Protest gegen die Schreckensbilder folgte keinen Analysen, sondern einem moralischen Anstoß. Er war Protest gegen Mord und Folter. Die Unmenschlichkeit, die da hervorgebrochen war, erschreckte, denn sie war in einer Gesellschaft angelegt gewesen, über die wir lange räsoniert hatten, deren Fraktionierungen und Veränderungen uns verständlich waren. Etwas von der Gewalt dort wohnte auch unserer Gesellschaft, ja unserer Psyche inne. Das Fähnchenschwingen für den MIR war schrecklich falsch und das gesammelte Geld hat einen aussichtlosen Kampf unnötig verlängert. Aber Chile und andere lateinamerikanische Länder mahnten etwas Richtiges an: daß eine Gesellschaft nicht so beschaffen sein durfte, daß Mord und Folter möglich sind. Die heutigen Massaker an Straßenkindern in Brasilien und an Dorfgemeinschaften in Osttimor werden als etwas Exotisches, nicht der Erklärung bedürftiges wahrgenommen. Sie provozieren keine Diskussionen, nicht einmal mehr falsche. Eine Solidarität, die den Zusammenhang von Gewalt und gesellschaftlichen und internationalen Unrechtsverhältnissen aus den Augen verloren hat, verkommt zum Weihnachtsbasar. Berichte über Mord und Folter werden nicht mehr als Beispiele universellen Leidens wahrgenommen, sondern als aktuelle Varianten einer endlosen Aufreihung von Missetaten, die untereinander keinen Zusammenhang haben.

Heute, da das Niederreißen linker Gewißheiten sich selbst als Mode überlebt hat, lohnt es, die Terminologie der „internationalen Solidarität" noch einmal zu überdenken. Sie war fragwürdig. Aber gegenüber dem, was heute an „Dritter Welt" und „Entwicklungspolitik" verbraten wird, war sie hellsichtig. Die Protagonisten der heutigen Redeschwälle geben einem hinter vorgehaltener Hand sogar recht, daß das alles schief ist. Vor allem seit es die „zweite Welt" nicht mehr gibt, reden sie gerne von der „einen Welt" und strahlen dabei, als hätten sie etwas Neues entdeckt. Unter dem angestaubten Titel „Imperialismus" wurde Unsinn verbraten, zugegeben! Aber selbst da, wo es Unsinn war, deutete er auf reale Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Dieses Wissen ist der Vergessenheit anheimgefallen. Wer während des internationalen Krieges gegen den Irak damit ankam, mußte sich den Vorwurf gefallen lassen, er sei ein Rauschebart. Die spiegelverkehrte Symbolik der offiziellen Feiern und der auch bereits offiziellen Gegenfeiern sind die schlechtere Seite des grandiosen Mißverständnisses damals im Hörsaal VI. Sie führen zu keiner Wirklichkeit zurück. Der Vorschlag einer guatemaltekischen Ethnie, zum 500. Jubiläum der spanischen Eroberung Lateinamerikas zu schweigen, zeugt von Selbstachtung angesichts des Rummels.

DIETER MAFFAY

HEINZ DIETERICH

Lateinamerikas „zweite Emanzipation“

Tendenzen der Neuen Weltordnung

Der nachfolgende Beitrag erscheint uns als repräsentativ für eine Diskussion, wie sie in den Befreiungsbewegungen und Oppositionsgruppen Lateinamerikas heute geführt wird. Insbesondere taucht hier der alte Anti-Imperialismus-Begriff wieder auf, vor allem wohl auch als Reaktion auf die als bedrohlich empfundene, sich stark ausbreitende neoliberale Welle, wie sie gegenwärtig die Regierungen Mexikos, Kolumbiens, Perus, Chiles und jetzt auch Argentiniens erfaßt. Deutlich wird durch Dieterichs Argumentation auch, wie die Diskurse der Linken Westeuropas und Lateinamerikas auseinanderklaffen.

Die Genesis der gegenwärtigen Welt„ordnung“ liegt in der europäischen Expansion des 15. Jahrhunderts, welche mit der Eroberung der westlichen Hemisphäre Afrikas und Teilen Asiens die dauerhafte Basis für das globale Ausbeutungs- und Herrschaftssystem legte, welches die atlantischen Bourgeoisien (Europa/USA) bis 1917 — mit Japan und Rußland als sekundären Rivalen — beherrschten. Dieses Fünfhundertjährige Reich ist gekennzeichnet durch seine antidemokratisch-oligopolitische Ausbeutungs- und Herrschaftsstruktur, welche alle entscheidenden Reproduktionsphären der Gattung primär zum Nutzen der Erstwelteltiten kontrolliert.

In unserem Jahrhundert haben die Strukturwidersprüche und konkurrierenden Aneignungsinteressen der systemdominierenden kapitalistischen Staaten zwei transzendentale Krisen heraufberufen, die sich politisch-militärisch als Erster und Zweiter Weltkrieg äußerten. Durch die Implosion des europäischen Sozialismus und die Freisetzung der ehemals sozialistischen Länder als Beute ist ein neuer Verteilungskonflikt über die Weltreichstümer auf die Tagesordnung gesetzt.

Der *Verteilungskonflikt* um die neue Beute zwischen den USA, Deutschland und Japan — mit ihren jeweiligen Hinterländern — zusammen mit der sich abzeichnenden *neuen strukturellen Welt-Reproduktionskrise des Kapitals sowie der Dramatisierung des Konfliktes an der Erst/Drittweltgrenze der Menschheit,* sind prognostizierbar als die drei Strukturtendenzen, die die Entwicklung der sogenannten Neuen Weltordnung in den nächsten fünf bis zehn Jahren bestimmen werden.

Die wirtschaftliche Bedeutung Lateinamerikas in der internationalen Arena hat sich in der letzten Dekade ständig verringert. Im Jahre 1965 betrug der Anteil des lateinamerikanischen Handels an dem der Europäischen Gemeinschaft 8,2 Prozent, 1989 nur noch 4,5 Prozent. Lediglich 13 Prozent der lateinamerikanischen Exporte bestanden aus Industriegütern. Ähnlich ist das Panorama mit den Vereinigten Staaten und Japan. Im Jahre 1970 absorbierte Lateinamerika 15,3 Prozent der US-Exporte, 1989 nur noch 13,5 Prozent. Der Anteil der lateinamerikanischen Exporte an den US-Einfuhren sank im gleichen Zeitraum von 14,8 Prozent auf 12,1 Prozent. Die lateinamerikanischen Exporte nach Japan, die nie von großer Bedeutung waren, zeigen ebenfalls absinkende Tendenzen und die Produktpalette ist, durch den völlig bedeutungslosen Anteil an Industriegütern (3 Prozent) gekennzeichnet.

Politisch ist *unser Amerika* (José Marti) in ähnlich impotenter Situation wie zu Beginn des Unabhängigkeiteskrieges gegen die Spanier im Jahre 1809.

Das Herrschaftssystem ist kontinental. Sein Machtzentrum lag früher in Madrid, heute ist es Washington. Seine Struktur ist dem der Kolonialzeit ähnlich. Das spanische System des „checks and balances“ basierte auf dem Vizekönig als prinzipiellem Exekutivorgan der Metropole sowie der „Audiencia“ (einem Gremium mit judikativer und exekutiver Funktion) um dem hohen Klerus. Die Funktion des Vizekönigs wird heute wahrgenommen von den jeweiligen nationalen Präsidenten, die der „Audiencia“ von den US-Botschaften und die des hohen Klerus durch die Nomenklatura der Katholischen Kirche, mit zunehmender Konkurrenz der protestantischen Sekten.

Die politische Souveränität der lateinamerikanischen Staaten läßt sich heute mit einem einfachen Parameter messen: der Fähigkeit, einem vitalen Interesse der USA mit einem „nein“ zu begegnen. Für jeden kritischen Beobachter ist evident, daß es außer Cuba keine Regierung in der Region gibt, welche sich eine derartige Manifestation nationaler Unabhängigkeit erlauben kann, ohne von der Ersten Welt destabilisiert zu werden. Die Beispiele der Allendes, Sandinistas, Granadas, Cubas usw. sind eindeutig.

Ökonomisch ein Appendix der Metropolenökonomie, der außer Erdöl und anderen Rohstoffen wenig Attraktives zu bieten hat, politisch ein de facto Interventionsfeld der Erstweltimperialismen, militärisch entwaffnet (ohne strategische Technologien) und kulturell und wissenschaftlich in völliger Abhängigkeit von den atlantischen Hard- und Softwareproduzenten. Dies ist der status quo jener Region, welche seit 1492 dem westlichen Zivilisationsmodell unterworfen ist.

Extrapoliert man die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen des Weltsystems wie die der Region, so wird klar, daß die Zukunft Lateinamerikas darin besteht, weiterhin billige Rohstoffe zu liefern, jährliche Finanzrenditen in Höhe von 30 Mrd. Dollar an das

westliche Finanzkapital zu zahlen, Sextourismus zu offerieren, toxischen Müll abzunehmen, politische Hilfe in internationalen Organisationen (ONU) zu geben, Organspender- und Baby-Produzent zu sein sowie mittels seiner tropischen Regenwälder die Lungen der Erstweltbewohner zu schützen.

Die Durchbrechung der Entwicklungstendenzen des *Fünfhundertjährigen Reiches* kann weltweit nur auf der politischen Ebene erfolgen, d.h. als Demokratisierung des internationalen Organisationssystems der Gattung. Die Emanzipation Lateinamerikas — und dies gilt für die Gesamtheit der ,,Verdammten dieser Erde" überhaupt — ist untrennbar mit der Emanzipation der Gattung verknüpft, ist zur Gattungsaufgabe geworden.

Die Befreiung vom Joch des *Fünfhundertjährigen Reiches*, d.h. der größten Machtagglomeration der Geschichte, kann nur das Werk der unterdrückten Massen sein. Nur die 80 Prozent ,,Eingeborenen" des internationalen Herrschaftssystems (J.P. Sartre) sind in der Lage, sich mittels Bewußtseinsbildung, Organisation und gradueller Machtakkumulation in das historische Subjekt struktureller Veränderung des Systems zu konstatieren. Dieses Subjekt darf jedoch — bei Strafe des Untergangs — nicht auf die Dritte Welt beschränkt bleiben. Lediglich die Allianz mit den fortgeschrittenen und genuin antiimperialistischen Sektoren und Intellektuellen der Ersten Welt wird es möglich machen, die Aufgabe der Gattungsemanzipation zu beenden — oder in der Barbarei des Kapitalismus zu versinken.

Von Lateinamerika werden dabei wichtige Impulse ausgehen. Die tiefgehende koloniale und neokoloniale Zerstörung Afrikas hat weitaus schwerwiegendere Substanzverluste der Völker und Emanzipationspotentiale des Kontinentes hervorgerufen als in Lateinamerika. Auf dem asiatischen Kontinent ist die Situation komplexer, doch gibt es wenig Anzeichen, die darauf hindeuten, daß die Impulse gattungsmäßiger Renaissance und Befreiung dort einen neuen Ausgangspunkt finden könnten, wie etwa in den sechziger Jahren (Vietnam).

Lateinamerika hat den ,,Verdammten dieser Erde" in den letzten drei Dekaden zwei große Entwürfe der Veränderung gegeben: Denjenigen, der mit dem Namen und der Praxis Che Guevaras verbunden ist (die Idee trikontinentaler Emanzipation) sowie die Vision der Theologie der Befreiung (die Erde als Ökumene, nicht als Diaspora). Guevaras Konzeption war richtig — doch den objektiven Bedingungen voraus (ähnlich der Pariser Commune). In Lateinamerika existierten weder die materiellen Integrationsbedingungen noch die bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für ein kontinentales Befreiungsprojekt bolivarianischer Dimension und (z.T.) Intention. Diese Bedingungen reifen gegenwärtig jedoch treibhausmäßig heran, bedingt vor allem, durch die beschleunigte kapitalistische Integration unserer Länder und die zunehmende Misere, die ihr auf dem Fuß folgt.

Die Theologie der Befreiung ist durch eine systematische ,,Gegenreformation" des Vatikans sowohl praktisch als auch als spirituelle Potenz zurückgedrängt worden. Sie bewahrt jedoch immer noch wichtige humanistische Räume und grundsätzliche Fragestellungen, die als Ausgangspunkt für die definitive Emanzipation von großer Bedeutung sind.

Die Konstruktion des neuen historischen Projektes der ,,Zweiten Emanzipation" *unseres Amerikas* ist Teil des Rekonstitutionsprozesses der neuen Avantgarden lateinamerikanischer Befreiung. Gegenwärtig existieren Avantgarden in Cuba (PCC) und El Salvador (FMLN), partiell in Nicaragua (FSLN), Columbien (FARC) und Guatemala (URNG). Die brasilianische PT wie die mexikanische PRD stellen keine Avantgarden dar, repräsentieren jedoch politische Diskussions- und Organisationsräume, aus denen revolutionäre Avantgarden entstehen konnten. ■

Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492 - 1992

Mit der Intention, den ,,500. Jahrestag der Entdeckung Amerikas" in ein kritisch-emanzipatorisches Diskussions- und Arbeitsforum des atlantischen Kolonialismus zu verwandeln, formierte sich 1987 in Mexiko das internationale Kultur- und Wissenschaftsforum: Emacipaciòn e Identidad de América Latina. Es setzt sich zusammen aus Organisationen und Persönlichkeiten verschiedenster Bereiche: Bauern, Arbeiter, ,,indigenas", Frauen, Künstler, Wissenschaftler, Afro-Amerikaner, internationale Solidaritätsgruppen etc.

Für 1992 sind u.a. folgende ***Aktivitäten*** *geplant:*

● *Öffentlichkeitsarbeit für das internationale Forum:* **,,500 Jahre Aggression, 500 Jahre Widerstand, für die Emanzipation der Völker", 9. - 12. Oktober in Puerto Real (Andalusien/Spanien).**

Auf diesem Forum werden Repräsentanten lateinamerikanischer Menschenrechts-, Ökologie-, Bauern- und Indigenabewegungen sowie WissenschaftlerInnen und KünstlerInnen aus aller Welt teilnehmen.

Im Mittelpunkt dieses internationalen Freundschafts- und Solidaritätstreffens steht die Übergabe eines vom ecuadorianischen Bildhauer Oswaldo Guayasamin errichteten ,,Mahnmals für die Opfer der europäischen Invasion seit 1492".

Zur Vorbereitung finden am 14./15. 3.1992 in Dietzenbach und vom 15. - 25.4.92 in Puerto Real Seminare statt.

● *Errichtung von Mahnmalen in der Bundesrepublik und Europa.*

So plant beispielsweise die Stadt Frankfurt/M. für 300000,— vor der Alten Oper ein überdimensionales ,,Ei des Kolumbus", mit dem Kolumbus ,,als Typus des modernen Menschen" geehrt werden soll.

● *Unterrichtseinheit: 500 Jahre Geschichte — im Comic. Unterrichtsmaterial dazu (Comics, Musikkassette, Publikationen) kann angefordert werden.*

● *Durchführung einer Wanderausstellung mit Werken lateinamerikanischer Künstler; Herausgabe des Kunstkatalogs ,,Mundos Unidos.*

Informationen und Spenden:
Monimbó e.V., Darmstädter Str. 23, 6057 Dietzenbach, Tel.: 06074/26891, Fax: 06074/44601.
Spendenkonto zur Unterstützung der Errichtung des Mahnmals: Monimbó e.V., Stichwort: Foro Popular/Mahnmal, Kto. Nr. 557773, Volksbank Langen Dietzenbach, BLZ 50561605.

Deutschsprachige Publikationen zur Conquista

Das fünfhundertjährige Reich
B. Höfer, H. Dieterich, K. Meyer (Hg.)
Pahl Rugenstein Verlag Nachf., 3. Aufl. Januar 1991, DM 19,80
In diesem Band sind überwiegend Vorträge enthalten, die auf dem ersten Seminar in Dietzenbach im Juni 1989 unter dem Thema ,,Alter und neuer Kolonialismus" sowie auf dem 1. Bundeskongreß des Projekts im Oktober 1989 in Hamburg gehalten wurden.
Autoren: M. Bonasso, H. Dieterich, G. Gottwald, J.P. Reemtsma, A. Schmidt, A. Tolosa, u.a.

Die Neuentdeckung Amerikas
H. Dieterich (Hg.)
Lamuv-Verlag, 1. Aufl. Okt. '90, DM 29,80
Autoren: M. Benedetti, L. Cardoza y Aragón, A. Carpentier, P. Casadáliga, N. Chomsky, D. Chungara, E. Poniatowski, A. Roa Bastos, G. Selser, u.a.

Lateinamerika: Die permanente Invasion 1992 - 1992
H. Dieterich, B. Höfer, H. Zickgraf (Hg.)
Luchterhand-Flugschrift 3, ca. DM 10,—
Autoren: L. Boff, T. Borge, C. Cárdenas, N. Chomsky, H. Dieterich, ,,Lula", J.J. Martinez, R. Menchú, u.a.

Mercader: Columbus. Ein Comic-Buch über die ,,Entdeckung" von 1492 und ihre Folgen.
Pahl-Rugenstein Verlag Nachf., erscheint Oktober 1991, ca. DM 18,80

WERNER RÜGEMER

Das Ende vom Mythos der indianischen Unschuld

500 Jahre ,,Entdeckung Amerikas“

Die seit langem für 1992 vorbereiteten offiziellen Feiern zur Erinnerung an die ,,Entdeckung Amerikas“ vor 500 Jahren stehen unter dem Motto ,,Begegnung zweier Welten“ — so als ob es nicht Sieger und Besiegte gegeben hätte. Die Geschichte der Eroberung Amerikas durch die Spanier ist eine Geschichte der Morde, der Versklavung und kulturellen Zerstörung im Namen der europäischen Zivilisation. Grund zum Feiern haben nur diejenigen, die sich in der Tradition der Sieger sehen. Wer aber waren die Besiegten? Und warum unterlagen sie den Spaniern? Werner Rügemer wendet sich gegen das Bild von den friedliebenden Indios, das sich insbesondere in linken Kreisen großer Beliebtheit erfreut. Auch die Azteken setzten gegen die von ihnen beherrschten Stämme, Völker und Sklaven brutale Mittel ein bis hin zur großflächigen Tötung großer Menschenmassen. Daß sie selbst letztlich zu Opfern eines Völkermordes wurden, lag jedenfalls nicht daran, daß es ihnen an der entsprechenden Brutalität gemangelt hat.

Bevor wir zu der Frage kommen, warum die amerikanischen Gesellschaften nicht in der Lage waren, sich gegen die verhältnismäßig winzige Zahl der spanischen Eindringlinge zu wehren, sollen einige Fakten wiederholt werden, die weltbekannt sind, bis heute aber immer wieder verdrängt werden, weil sie dem Mythos der ,,Begegnung“ widersprechen.

Es ging nicht um Begegnung, sondern um Unterwerfung. Es stießen nach herrschendem spanischen Selbstverständnis nicht Menschen auf Menschen, sondern Menschen auf Unter- oder Halb-Menschen. Der theologische und juristische Chefideologe der kolonialen Lobby, Juan de Sepúlveda, hielt die Einwohner Amerikas für ,,homunculi“, also Zwerge, ,,in denen kaum eine Spur von Menschsein vorhanden ist, die gleich Schweinen unablässig auf den Boden starren.

Mit Berufung auf die ,,servi a natura“ (,,von Natur aus zu Sklaven bestimmte Menschen“) des Chefphilosophen der griechischen Sklavenhaltergesellschaft, Aristoteles, sprach er von geborenen Sklaven, die wegen ihrer minderwertigen Intelligenz, Begabung und Kultur zu Unterwerfung bestimmt seien. Das Vorgehen in Amerika wurde als ,,gerechter Krieg“ aufgefaßt, in dem nach den von den Kirchenvätern formulierten sittlichen Grundsätzen des ,,Abendlandes“ gefangene Menschen versklavt werden durften, vorausgesetzt, sie waren ungetaufte Heiden.

Man schätzt, daß von 1492 bis etwa 1540, zwischen zwanzig und siebzig Millionen EinwohnerInnen Amerikas im Zusammenhang der verschiedenen Entdeckungs- und Eroberungsmaßnahmen ermordet wurden bzw. umkamen. Todorov schätzt die Zahl der Opfer bis 1550 auf siebzig Millionen, aus einer Bevölkerung, die zu Beginn der Entdekcung achtzig Millionen betragen hat. ,,Das 16. Jahrhundert sollte Zeuge des größten Völkermords in der Geschichte der Menschheit werden.“ (Todorov)

Die Unschärfe in der Ermittlung der Zahl der Ermordeten und Umgekommenen liegt in der Natur der Sache: weder wurden genaue Zählungen vorgenommen, noch waren die Spanier überhaupt daran interessiert, das wahre Ausmaß und alle Folgen ihrer Entdeckungs- und Eroberungsmaßnahmen bekannt werden zu lassen.

Der spanische Dominikanermönch Bartolomé de Las Casas, der vom Saulus zum Paulus, vom Kolonisator und Sklavenhalter auf Cuba zum ,,Anwalt der Indianer“ wurde, hat etwa ab 1515 vier Jahrzehnte lang — auch rückblickend — Fakten des Völkermords zusammengetragen; er hat die Zahl der Opfer, v.a. bezogen auf das zuerst eroberte Gebiet der ,,westindischen“ Inseln, die Kolumbus auf seinen ersten Fahrten entdeckt und in Besitz genommen hatte, auf zwölf bis fünfzehn Millionen Frauen, Männer, Greise und Kinder geschätzt.

Die Einwohner Amerikas wurden durch direkte militärische Maßnahmen zu Tode

gebracht, etwa durch das Niederbrennen von Dörfern und Städten, wobei die Spanier darauf achteten, daß die Einwohner sich vollständig in ihren Hütten, Häusern oder Tempeln versammelten; dann wurde angezündet, Überlebende wurden getötet, und in der Asche wurde das Gold aufgesammelt. Dies schien vielfach als rationellste Methode, um an das gesuchte Gold zu kommen — im Unterschied zu anfänglichen Versuchen, mit billigem Tand und freundlicher Überredung die ,,Zwerge" zum Tausch und zur Herausgabe ihres Goldes zu bewegen.

Weitere Methoden des Völkermords waren

- Strafexpeditionen und -aktionen, bei denen exemplarisch und präventiv, aus geringstem oder hergeholtem Anlaß, hunderte oder tausende von Amerikanern exekutiert, über Feuer geröstet, gevierteilt, reihenweise an Galgen und Bäumen gehenkt wurden;
- Einsatz als Sklaven in Bergwerken, die primitivste Erdlöcher ohne die in Europa zu dieser Zeit herausgebildeten Techniken und Sicherungen waren — im Zusammenhang mit der gezielten Unterernährung starb die Masse der Bergarbeiterslaven innerhalb weniger Monate und konnte mühelos durch neue ersetzt werden;
- Heranziehung von Amerikanern als Lastträger bei den Entdeckungs- und Eroberungszügen, mit vergleichbaren Methoden und Folgen wie bei der Arbeit in den Bergwerken;
- Konfiszierung der Lebensmittelvorräte, eßbarer Pflanzen und Tiere ganzer Landstriche, so daß die Einwohner verhungerten;
- bei der Beschaffung von Sklaven wurden oft zunächst ganze Schiffe mit Amerikanern gefüllt; aus Kostengründen und wegen der ,,Unerschöpflichkeit des Menschenmaterials" wurden sie bei den Überfahrten zum Verkaufsplatz nicht ernährt, die Verhungerten, Kranken und Schwächlichen wurden ins Meer geworfen;
- die Spanier setzten ihre Kanonen als Streu- und Splitterbomben ein, indem sie sie mit Glassplittern, Metallbrocken und scharfen Kieselsteinen luden.

Zum Völkermord gehörten auch eine Reihe symbolischer Bestrafungsaktionen, die nicht direkt oder sofort zum Tod führten, sondern die absolute Unterwerfung demonstrieren sollten: Abhacken der Hände, Füße und Geschlechtsteile, Abschneiden der Ohren und Nasen, Ausstechen der Augen.

Zur Illustration für den direkten Völkermord seien noch zwei Methoden aus dem Bericht des Las Casas zitiert. Die zum Lasttragen herangezogenen Amerikaner wurden mit Kette und Halsringen aneinandergefesselt und trugen militärisches Gerät, Nachschub, Nahrungsmittel. ,,Ward etwa einer oder der andere müde, oder konnte er nicht weiter, so schlossen sie ihn, wenn andere vor ihm hergingen, nicht etwa von der Kette los, sondern hieben ihm, dicht über dem Halseisen den Kopf herunter, so daß der Körper auf die eine und der Kopf auf die andere Seite fiel."

Ein einträgliches Geschäft für die Spanier war der Weiterverkauf von Perlen; die Amerikaner wurden zum Perlentauchen herangezogen: ,,Man senkt sie drei, vier, auch wohl fünf Klafter tief ins Meer, von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Da müssen sie die ganze Zeit über ohne Atem zu holen unter dem Wasser herumschwimmen und die Muscheln losreißen, worin Perlen wachsen. Haben sie die Netze gefüllt, so dürfen sie wieder emporkommen. Fast alle können diese abscheuliche Lebensart nur wenige Tage ertragen. Ihr Körper wird unaufhörlich von Kälte durchdrungen; ihre Brust wird vom häufigen Zurückhalten des Atems zusammengepreßt; mithin bekommen sie Blutspeien und Durchfall und sterben daran. Durch diese unerträgliche Arbeit und wahre Höllenqual richteten die Spanier die sämtlichen Bewohner der Lucayischen Eilande hin."

Der größere Teil des Genozids spielte sich als Ökozid ab: Aufgrund des geringeren ökologischen Spektrums ihrer Lebensweise (weniger domestizierte Tiere) wurden die Amerikaner von den Viren und Mikroben der Europäer überannt und starben zu Millionen an den europäischen Normalkrankheiten Grippe, Pocken und Mumps.

Der Glanz von Tenochtitlán

Warum waren die amerikanischen Gesellschaften nicht in der Lage, sich gegen die verhältnismäßig winzige Zahl der spanischen Eindringlinge zu wehren? Warum konnten die Azteken, die Millionen amerikanischer Menschen kriegerisch unterwanderten und ausbeuteten, von den 550 Fußsoldaten und 15 Reitern des Hernàn Cortéz in knapp zwei Jahren besiegt werden? Warum konnten die Inka, die ein Reich mit mehreren tausend Kilometern Ausdehnung und etwa zwanzig Millionen Menschen beherrschten, von Pizarros 177 Infanteristen und 63 Reitern in ebenfalls knapp zwei Jahren definitiv besiegt werden?

Der Untergang wurde möglich und unvermeidbar, weil die amerikanischen Gesellschaften parzellierte, ökologisch, religiös und sozial erstarrte Klassengesellschaften waren. Die spanische feudale Klassengesellschaft war dagegen innerlich und äußerlich expansiv und veränderte sich in Richtung einer effektiveren Gesellschaft, des Kapitalismus.

Lange bevor die Spanier mit ihrem Weg nach Süd- und Mittelamerika das bis heute bestehende Verhältnis von ,,erster" und ,,dritter" Welt zu etablieren und zu globalisieren begannen (der spanische König Karl V.: ,,In meinem Staat geht die Sonne nicht unter"), war ein solches System inneramerikanisch bereits realisiert.

Diese Verhältnisse waren nach innen wie außen sehr differenziert und flexibel. Eine erbliche Aristokratie mit Grundbesitz, vor allem aus kriegerischen Unternehmungen hervorgegangen, herrschte über Staatsangestellte, Plebejer, Bauern, Handwerker, Söldner und Sklaven. Die Aristokratie bestand aus den Herrscherclans, Oberpriestern, führenden Militärs und Beratern, Landbesitzern, Steuereintreibern, Richtern und Kaufleuten. Die von den Maya, Azteken und Inka in ständigen Kriegs- und Eroberungszügen untgerworfenen Völker und Stämme waren je nach Kräfteverhältnissen einem differenzierten System der Steuer- und Tributzahlungen unterworfen. Bei Kriegszügen waren in den letzten Jahrzehnten vor der Ankunft der Spanier Bestrafungsaktionen und Metzeleien an Frauen und Kindern auf der Tagesordnung. Unterworfene Völker wurden bei Bedarf umgesiedelt.

Die Metropole der Azteken, Tenochtitlán, war mit etwa 200 000 bis 250 000 Bewohnern vor der Ankunft der Spanier die größte und reichste Stadt der damaligen Welt — nur die Hauptstadt des riesigen chinesischen Reiches, Peking, hatte möglicherweise eine ähnliche Größe, wenn auch nicht den gleichen Reichtum aufzuweisen. In der Metropole waren die politischen, religiösen, ökonomischen und kulturellen Einrichtungen konzentriert, ebenso die ausgesuchten technischen Kompetenzen des gesamten Reiches; die besten Handwerker und Ingenieure der unterworfenen Völker wurden hier angesiedelt. Die Häuser der Reichen, Staatsbediensteten und Handwerker waren aus Stein gebaut, ein verzweigtes Schleusen-, Trink- wasser- und Ableitungssystem wurde vom Staat betrieben.

Die Gesellschaft war hochgradig zentralistisch organisiert und verstaatlicht. In staatlichen Lagerhäusern wurden Lebensmittelvorräte, alle Edelmetalle und die Materialien gesammelt, die zu festgesetzten Preisen und Bedingungen an die Handwerker zur weiteren Verarbeitung ausgegeben wurden. Auf staatlichen Märkten kamen die aus dem Reich herbeigeschafften Tributzahlungen zusammen: wertvolle Materialien wie Jade, Gold, Pyrit, Alabaster, Bernstein, Kupfer und feine Hölzer; Luxusgüter wie Textilien, fertig genähte Mäntel, Vogelfedern, Baumwolle und Felle.

Die besten Künstler, Ballspieler, Komödianten, Spaßmacher, Wissenschaftler, Musiker, Philosophen und Dichter waren in der Metropole versammelt und fanden dort ihr Publikum; vielfach waren sie an staatlichen Schulen, Akademien und Theatern angestellt.

Den Lebensstandard in Tenochtitlán kann man sich sowohl für die Verteilung innerhalb der sozialen Klassen als auch im Verhältnis zu den entfernten abhängigen Völkern durchaus in Analogie zu heute vorstellen. Die Unterschiede der Lebensqualität und des Reichtums dürften ähnlich gewesen sein, wie die heute zwischen New Yorker Bankenviertel und einem Dorf der Sahelzone.

Die Herrschaftsmethoden dieser durch äußersten Zwang zusammengehaltenen Klassengesellschaft waren zentralistisch, terroristisch und hochkultisch. Der herrschende Clan, zu Göttern überhöht, dem gemei-

nen Volk unsichtbar, konnte zu jedem Anlaß beliebig viele Menschenopfer anordnen. Aus unterworfenen Völkern wurden in kurzen und brutalen Raubzügen die jeweils benötigten Mengen an Gold, Jade, Sklaven, Lastträgern, Söldnern und zu kultischen Opfern bestimmte Menschen herangeschafft. Diese Menschen wurden im übrigen nicht als Menschen angesehen, sondern als Tiere oder Barbaren. ,,Inka'' hieß ,,der Mensch'', die anderen waren keine Menschen.

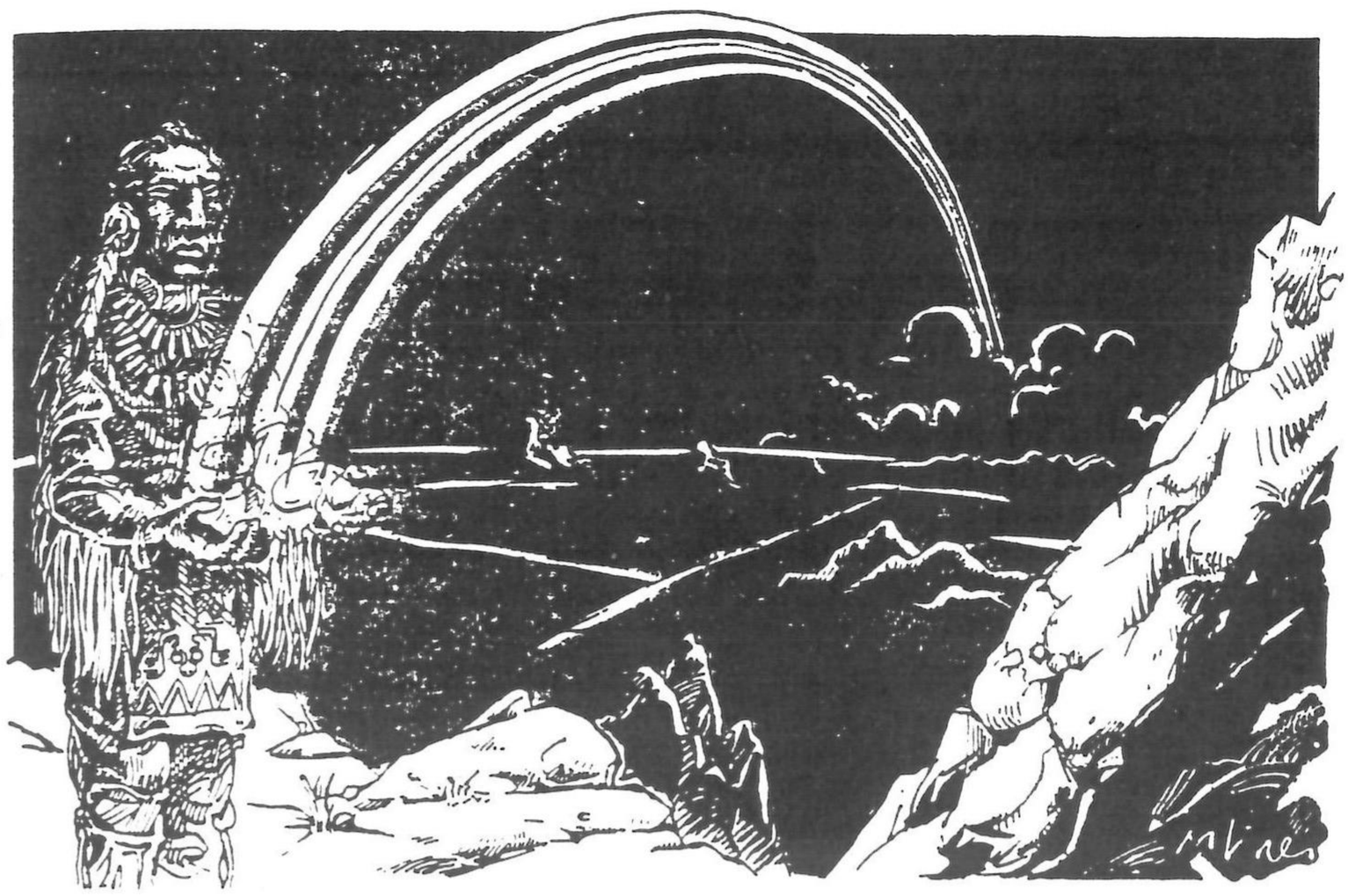
▶ Die Rache der Malinche ◀

Es wird nicht verwundern, daß wie im feudalen und frühkapitalistischen Europa die Frauen auch in dieser patriarchalischen Gesellschaft nicht unter die vollgültigen Menschen gerechnet wurden. Die Frau hatte in allen sozialen Schichten ihre Pflichten in Feld, Küche und Bett zu erfüllen. Frauen waren ein gängiges Geschenk bei Geschäften und Friedensschlüssen. Der voreheliche Geschlechtsverkehr war den Männern erlaubt, bei den Frauen wurde er bestraft. Die Prostitution von Frauen war üblich und Bestandteil der herrschenden Doppelmoral. Die Privilegien der Aristokratie vor allem ihrer männlichen Mitglieder sowie der von ihnen ausgehaltenen sozialen Schichten waren enorm. Gold- und Silberschmuck zu tragen war nur den Mitgliedern der Aristokratie erlaubt, Kakao und Alkohol durften nur von ihnen getrunken werden — das Volk trank Wasser. Beim öffentlichen Ballspiel verwetteten die Männer Sklaven, Juwelen und Konkubinen. Die Aztekenfürsten hatten bis zu 2000 Nebenfrauen. Der Schulbesuch und die Polygamie war der herrschenden Klasse vorbehalten. Nach den religiösen Vorstellungen kamen nur die Reichen ins Jenseits und lebten nach dem Tode weiter.

Diese extremen Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse waren es in Verbindung mit der ökologischen Unterlegeneheit, die die amerikanischen Kulturen den Spaniern gegenüber wehrlos machten. Unterdrückte Stämme und Völker schlossen sich den eindringenden Spaniern begeistert oder auch zögernd an, stellten zehntausende Krieger beim Marsch auf Tenochtitlán.

Berühmt ist die Figur der Malinche: sie war als Jugendliche von ihrer Mutter als Sklavin an die Maya verkauft worden. Sie wurde später die Begleiterin, Geliebte, Dolmetscherin und Kundschafterin des Hernán Cortéz, als er das Aztekenreich eroberte; von ihrem Haß gegen ihre ehemaligen Herrn beflügelt, half sie den Spaniern mit ihren Kenntnissen, die Widersprüche zwischen den unterdrückten Völkern und den Azteken auszunutzen.

Andererseits versuchten Teile der amerikanischen Eliten in der Hoffnung auf Rettung ihrer Privilegien mit den Spaniern zu kollaborieren. Viele Häuptlinge (,,Caziquen'') ließen sich durch Aussicht auf Erhalt ihrer Stelung von den Spaniern etwa dazu verlocken, Teile ihrer Stämme für die



Sklaverei auszuwählen und zu verkaufen. Die Spanier hielten sich auf ihre Weise an die Klassenverhältnisse der Amerikaner: so heirateten sie nur Töchter von Fürsten und bestenfalls Häuptlingen, während Frauen aus dem niederen Adel oder aus dem Volk nicht einmal als Konkubinen, sondern bestenfalls für Vergewaltigungen in Frage kamen.

Durch die scharfen Unterdrückungsmaßnahmen und die zahlreichen erfolglosen Aufstände waren die Bevölkerungen apathisch und fatalistisch geworden. Sie kannten die üblichen Verrätereien und Opportunismen ihrer Häuptlinge und Fürstenhäuser. Sie konnten weder für ihre Eliten noch für sich selbst kämpfen. Sie waren unfähig zum Widerstand; die Spanier erschienen nur als neue Herren in einer schon langdauernden Abfolge von Cliquen, die um die Herrschaft kämpften.

▶ Menschenfleisch für den Proteinbedarf ◀

Ein weiterer Grund für die Widerstandsunfähigkeit war die staatlich-religiös oranisierte Praxis von Menschenopfern und Kannibalismus. Menschenopfer und Kannibalismus waren eine ,,normale'' Erscheinung in den frühen europäischen wie amerikanischen Kulturen. Aus ganz besonderen Gründen kamen sie in den amerikanischen Hochkulturen zu neuer Geltung, und zwar in einem bisher unbekannten Ausmaß und in unbekannten Funktionen.

Oft beschrieben und abgebildet wurde, daß die Azteken auf ihren pyramidenartigen Tempelgebäuden zahlreiche Menschenopfer darbrachten. ,,Zur Besänftigung der Götter'' sei den Opfern von Priestern die Brust aufgeschnitten und dann das blutende Herz zum Himmel gehoben worden. Die Leichen wurden vom Tempel hinuntergeworfen. Da war und ist allgemein bekannt. Was aber geschah danach mit den Leichen? Und welche Menschen wurden geopfert. Solange man die amerikanischen Gesellschaften als ,,Hochkulturen'' im engen kulturellen Sinne betrachtete, gab man sich mit der Untersuchung der schauerlich-schönen rituellen und religiösen Seite der Menschenopfer zufrieden. Damit erfaßte man aber nur die Oberfläche des Vorgangs. Durch die Forschungen US-amerikanischer Anthropologen (Crosby und Harris) können wir nun klarer sehen. Die seit dem 13. Jahrhundert unserer Zeitrechnung stark expandierenden amerikanischen Hochkulturen waren durch ihre wachsenden Bevölkerungen und die Produktionsintensivierungen mit einem ernsthaften Ernährungsproblem konfrontiert. In Mittelamerika war es nach der letzten Eiszeit bei den tierischen Ressourcen zu einer stärkeren Umwelterschöpfung gekommen als in allen anderen dichtbesiedelten Regionen der Erde. Die in Nordamerika, Europa und Asien vorhandenen großen Fleischtiere (Büffel, Bison, Rind) fehlten hier; das Volk mußte sich von Kleingetier wie Schlangen und Beutelratten ernähren. Das Pferd war ungefähr 8000 Jahre vor der europäischen Zeitrechnung in Amerika ausgestorben.

Im Zusammenhang der Herausbildung repressiver Diktaturen, die sich vor allem bei den Inka und im 15. Jahrhundert bei den Azteken etablierten, wurden die Traditionen von Menschenopfer und Kannibalismus wiederbelebt, intensiviert, miteinander verknüpft und erfuhren eine neue Zweckbestimmung.

Nachdem die Leichen der Geopferten von den Tempeln heruntergeworfen worden waren, wurden sie von den Besitzern, die unten schon warteten, aufgesammelt und dem menschlichen Verzehr zugeführt. Die Opfer waren in der Regel Sklaven und Kriegsgefangene, die nur zum Zwecke der Opferung und des Verzehrs auf den zahlreichen dafür geführten Kriegszügen erbeutet worden waren. Aus diesem Grund war es den aztekischen Soldaten verboten, die Gegner auf dem Schlachtfeld zu töten; vielmehr mußten sie die Gegner lebend einfangen und nach Hause bringen. Noch auf dem Schlachtfeld wurden dann die erbeuteten Gegner unter die Offiziere und leitende Militärs aufgeteilt sowie Kontingente für das Königshaus abgezweigt.

Auf den Besitzungen der Eigentümer wurden die Opfer dann gefangenhalten — reiche Familien mästeten oft mehrere Dutzend Opfer, um für Festtage, Geburtsfeiern und Eheschließungen gut gerüstet zu sein, bevor sie nach Tagen, Wochen oder auch Monaten hingerichtet wurden. ,,Wenn die Herren der Gefangenen ihre Sklaven zum Tempel führten, wo sie schlachten wollten, führten sie sie an den Haaren. Und wenn sie sie die Stufen der Pyramide hinaufführten, wurde manche der Sklaven ohnmächtig, und ihre Herren zogen sie hinauf und schleiften sie an den Haaren zu dem Opferstein, wo sie sterben sollten."

An manchen Tagen wurden in Technochtitlán tausende solcher Opfer getötet und zum Verzehr verteilt. Man weiß von einem viertägigen Opferfest im Jahre 1487, währenddem etwa 14100 Menschen geopfert worden sein müssen. Neben den Kriegsgefangenen aus anderen Stämmen und Völkern wurden vor allem Sklaven geopfert, manchmal auch, zu besonderen rituellen Anlässen, Kinder, Jünglinge und junge Frauen aus Elitefamilien. Solche Opferungen fanden jeden Tag und nicht nur in den Haupttempeln statt sondern auch in der ,,Kapelle um die Ecke".

Das Menschenfleich konnte selbstverständlich nicht die Hungersnöte beseitigen, die im fünfzehnten Jahrhundert die amerikanische Hochkulturen immer wieder heimsuchten. Das Volk war im Hochland von Mexiko auf gelegentlich gefangene, wildlebende Kleintiere und im wesentlichen auf die Algen angewiesen, die von der Oberfläche des Texoco-Sees abgefischt wurden. Durch das Menschenfleisch sollte der alltägliche Proteinbedarf von Mitgliedern der Aristokratie und der ihnen zugeordneten, herrschaftstechnisch wichtigen Gruppen befriedigt werden: Offiziere, Staatsangestellte, Künstler, Ingenieure, Richter, Handwerker, Priester.

Harris resümiert: ,,Ich bin dem weiteren Schicksal des Körpers des Opfers nachgegangen, um zu belegen, daß der Kannibalismus der Azteken sich nicht auf ein beiläufiges Kosten zeremonieller Leckerbissen beschränkte. Alle eßbaren Teile wurden in einer Weise verwertet, die dem Konsum des Fleisches domestizierter Tiere gleichkommt. Es erscheint legitim, die aztekischen Priester als rituelle Schlächter in einem staatlich getragenen System zu bezeichnen, das auf die Produktion und Umverteilung beträchtlicher Mengen tierischen Eiweißes in Form von Menschenfleisch abzielte."

Die aztekischen Herrscher waren sich der demoralisierenden Wirkung ihrer Praktiken zum Teil bewußt; sie glaubten aber, sie sich leisten zu können. Sobald aber die Spanier auftauchten, wurden die labilen Mechanismen dieser Herrschaftsform deutlich: Die herrschende Klasse hatte keine Freunde mehr. Die prekäre Balance zwischen Vor- und Nachteilen der Terrorherrschaft zerbrach sehr schnell. Gerade der staatlich organisierte Kannibalismus hatte den für die Aufrechterhaltung der Herrschaft notwendigen Konsens innen- und außenpolitisch unterhöhlt.

Diese Form des Kannibalismus führte unmittelbar auch zu einem militärischen Nachteil gegenüber den Spaniern. Die Gewohnheit und die Anweisung, in den Kriegshandlungen darauf zu achten, den Gegner nicht zu töten, sondern lebend zu fangen, bedeutete für die Azteken gegenüber den anderen amerikanischen Völkern, die ebenso kämpften, eine methodische Gleichheit. Zu ihr gehörte auch, daß gefallene Kameraden vom Schlachtfeld weggeschafft werden mußten, damit sie nicht vom Gegner aufgegessen wurden. Gegenüber der Kampfweise der Europäer, die töteten und weiterstürmten, bedeutete dies jedoch für die Amerikaner einen enormen Effektivitätsverlust, der sich von der ersten militärischen Konfrontation an zeigte.

▶ Das Ende der Unschuld ◀

Ein weiterer Nachteil der amerikanischen Kultur war, daß nicht nur die bekannten drei Hochkulturen nebeneinander herlebten, sondern gleichzeitig eine große Zahl weiterer, ganz untschiedlich entwickelter Gesellschaften. Vielfach befanden sie sich in unübersichtlichen Feindes- und Kriegsbeziehungen, auch während der Invasion der Spanier. Man schätzt, daß gegen Ende des 15. Jahrhunderts auf em amerikanischen Kontinent zwischen fünfhundert und fünftausend verschiedene Sprachen und Dialekte gesprochen wurden. Gegenüber diesem naturnahen Zustand unübersichtlicher Verwicklungen und gegenseitiger Zerstörung sowie der relativen Sprach- und Begriffslosigkeit in Bezug auf den eigenen Kontinent erwies sich das koordinierte, kosmopolitische Vorgehen der Spanier als überlegen.

Es kam hinzu, daß die Spanier glaubwürdig, zunächst unwillkürlich und dann gezielt gegen Menschenopfer und Kannibalismus auftraten. Bei den Sklaven und abhängigen Völkern sießen sie damit auf spontane Zustimmung.

Ohne es gewollt oder vorher gewußt zu haben oder gar es sich als eigenes Verdienst zurechnen zu können, fanden sie sich in der ,,Neuen Welt" in der Funktion von Vertretern eines menschlicheren Gesellschaftssystems wieder — gewiß für uns ein zunächst schwierig nachvollziehbarer Gedanke, wenn wir uns das damalige Spanien der Inquisition, des Handels mit afrikanischen Sklaven, der Judenenteignung und des Machismo vor Augen halten.

Es gibt keine Gründe, der ,,guten alten Zeit" der ,,indianischen Hochkulturen" nachzutrauern. Sie waren im Vergleich mit der europäischen Kultur die perspektivlosere, ökologisch erstarrte und in viele isolierte Einzelkulturen parzellierte Gesellschaft, die im Blut der terrorisierten Klassengesellschaft und, im Falle der Azteken, der kannibalistischen Diktatur ihre ,,natürliche Unschuld" längst verloren hatte.

Nachdruck aus: Kölner Stadtrevue

Literaturangaben:

Alfred W. Crosby: Die Früchte des weißen Mannes. Ökologischer Imperialismus 900 - 1900. Frankfurt/New York (Campus) 1991. 280 S., 48,— DM. Ökologische Überlegenheit des europäischen Imperialismus.

Marvin Harris: Kannibalen und Könige. Die Wachstumsgrenzen der Hochkulturen. Stuttgart (Klett-Cotta) 1990. 276 S., 36,— DM. Alltag und Funktion des Kannibalismus bei den Azteken.

Manuel L. Salmoral: Amerika 1492. Porträt eines Kontinents. München (Südwest) 1991, 240 S., 350 mehrfarbige Abbildungen, 128,— DM. Alltag, Kultur, Kunst, soziale Klassen in den amerikanischen Hochkulturen.

S. Fischer-Fabian: Um Gott und Gold. Columbus entdeckt eine neue Welt. Bergisch Gladbach (Lübbe) 1990. 384 S., 48,— DM. Populäre und z.T. scheinkritische Darstellung des Columbus als Entdecker und Mörder.

D. Janik/W. Lustig (Hg): Die spanische Eroberung Amerikas. Akteure, Autoren, Texte. Frankfurt (Vervuert) 1989, 241 S., 24,80 DM. Kommentierte Anthologie spanischsprachiger Originalzeugnisse von Kolumbus, Cortéz, Pizarro u.ä. und der kolonialen Literatur im 16. Jahrhundert.

Tzvetan Todorov: Die Eroberung Amerikas. Das Problem des Anderen. Frankfurt (Suhrkamp) 1985, 314 S., 18,— DM. Beste Darstellung des spanischen Voölkermords und der kommunikativen Unterlegenheit der amerikanischen Hochkulturen.

Günter Lanczkowski: Die Religionen der Azteken, Maya und Inka. Darmstadt (Wiss. Buchgesellschaft) 1989, 126 S., 29,80 DM. Religionsimmanente, genaue Darstellung.

Heinke Sudhoff: Sorry, Kolumbus. Seefahrer der Antike entdecken Amerika. Bergisch Gladbach (Lübbe) 1991, 304 S., 203 Abb., 42,— DM. Phönizier, Kelten und Wikinger als Amerikafahrer.

Brian M. Fagan: Die ersten Indianer. Das Abenteuer der Besiedlung Amerikas. München (Beck) 1990. 232 S., 125 Abb. 48,— DM. Die eiszeitliche Besiedlung Amerikas über die Beringstraße.

Alexander Buschenreuter: Unser Ende ist euer Untergang. Die Botschaft der Hopi an die Welt. Göttingen (Lamuv) 1991, 320 S., 19,80 DM. Larmoyante linke Stilisierung der Indiokultur als Zivilisationsperspektive.

Julio Baroja: Der Inquisitor, der Eroberer, der Herr. Drei Berufsbilder aus der spanischen Geschichte. Berlin (Wagenbach) 1990. 107 S., 16,— DM. Geschwätzige, sich links gerierende Anklage des führenden spanischen Ethnologen aus dem Baskenland.

Urs Bitterli: Die Entdeckung Amerikas. Von Kolumbus bis Alexander von Humboldt. München (Ch. Beck) 1991, 445 S., 58,— DM. Solide Dokumentation der einzelnen Entdeckungsunternehmungen. Allerdings mißglückter Versuch, Entdeckung von Eroberung zu trennen.

Frank Niess: Am Anfang war Kolumbus. Geschichte einer Unterentwicklung. München (Piper) 1991. 208 S., 29,80 DM. Analytisch biedere, aber in ihren einzelnen Daten verläßliche Darstellung der spanischen Conquista.

Kirkpatrick Sale: Das verlorene Paradies. Kolumbus und die Folgen. München (List) 1991. 496 S., 58,— DM. Mythenkritische Kolumbus-Biographie, die in der Zeichnung des grünen indianischen Urparadieses allerdings eine klassische Ansammlung linksromantischer Vorstellungen ist.

JEAN-MARIE CHAUVIER

Die chauvinistische Versuchung

Die Ukraine — welcher Staat?

Mit der Gründung eines neuen Staatenbundes durch die Republiken Rußland, Ukraine und Weißrußland am 9. Dezember 1991 ist das Ende der Sowjetunion nach fast siebzig Jahren praktisch besiegelt worden. Eine mächtige Rolle in der ,,Gemeinschaft unabhängiger Staaten'' wird zweifelsohne die Ukraine spielen. Die Ukraine ist nach Rußland und Kasachstan die drittgrößte Republik und besetzt eine starke Wirtschaft; sie könnte sich außerdem zu einer neuen Atommacht entwickeln. Über die Problemlagen und Widersprüchlichkeiten gerade dieser Republik informiert der nachfolgende Artikel.

Wie in Rußland scheint auch die ukrainische Presse den neuen Wein in altvertraute Schläuche zu füllen. Es ist nun alle Welt ,,für die Demokratie''. In der Ukraine darüber hinaus ,,für die Unabhängigkeit''. Einhelligkeit, ungebrochen. Alle stoßen ins selbe Horn. Ziehen sie auch am selben Strang?

Die Blätter der ehemaligen KP haben den Kurs geändert. Sie sind jetzt nicht mehr für die Überpartei, sondern überparteilich. Sie haben den Diskurs geändert, wenn nicht gar die Überzeugung und die Überschrift. ,,Wietscherny Kiew'' (,,Kiew am Abend'') setzte das Fanal, die ,,Komsomolskai Znamia'' (,,Fahne des Komsomol'') folgte und kürzte, modern, ihren martialischen Titel auf die Initialen ,,Koza'', was kosig, lieblich, niedlich wirkt — fürwahr, ,,Koza'' bedeutet ,,Ziege''.

In den beiden Redaktionsstuben kann man die große Frische nach dem reinigenden Westwind schmecken. ,,Wir erfreuen uns jetzt totaler Freiheit'' heißt es. Fort ist die übereifrige Zensur von einst. Etwas von ihr aber klingt dann und wann nach, wegen des gelegentlichen Papiermangels, dem Artikel zum Opfer fallen. Einige wollen das wirklich als getarnte Zensur sehen, als Rückzugsgefechtsstand des alten Systems, nicht bloß als dessen Rückstände. ,,Papiermonopol'', ,,kommunistische Einkreisung'', erklären sie. Andere blicken nicht zurück im Zorn und sehen den Markt aufgehen, der die ,,Nachfrage der Leser'' kürzen und Schluß machen werde mit der Willkür der Journalisten. Einstweilen klingt die Nachfrage der Leser so an, wie die Zensur nachklingt: wegen des Papiermangels, den gestiegenen Papierpreisen und dem gestiegenen Zeitungs- und Zeitschriftenpreis gehen die Auflagen zurück. Die berühmten leidenschaftlichen Literaturzeitschriften stecken in der Krise. Noch nie lasen so wenige so viel Lesenwertes und so viele so wenig Lesenswertes. Denn, sieh da, Souverän Nachfrage baut doch schon an seinem Reich: dem Reich der Krimis, Skandalgeschichten, Sexstories, Rambo- und Kung-Fu-Kassetten. Der Markt ist gekommen.

Alle Wege der Ukraine haben bisher über Moskau geführt. Das gründlich zu ändern, ist das Gebot der Stunde! Aber es reicht nicht, Moskau durch Kiew zu ersetzen. Die Ukraine ist alles andere als ein homogenes

Land. Man besuche den Westen, gehe dann nach Osten, und schon beschleichen einen Zweifel, ob man immer noch in der Ukraine weilt.

In Lwow (Lemberg), in Galizien, in der Westukraine ist das ,,reine" Ukrainertum, ist auch der radikale Nationalismus fest verankert. Hier haben sich beim Referendum vom 17. März dieses Jahres 90 Prozent für die Unabhängigkeit und für die Regionalpräsidentschaft des Wjateschlaw Tschornowil,des Kandidaten der ,,Ruch" (,,Bewegung") bei der Landespräsidentschaftswahl vom 1. Dezember, ausgesprochen. Diese große nationalistische Sammelbewegung vereinigt jedoch viele, recht gegensätzliche Strömungen. Ihre wichtigsten Führer, allen voran der Dichter Iwan Dratsch, verurteilen jede Form von Fremdenfeindlichkeit, ob antirussisch oder antisemitisch. An der Basis freilich gärt ein radikalerer Nationalismus. So zum Beispiel in der Republikanischen Partei von Lewko Lukianenko, der sich der internationalen Christdemokratie verbunden fühlt und für ,,personalistische" Werte eintritt, aber jede Form der Vereinbarung mit der ehemaligen UdSSR ablehnt und ,,horizontale" Beziehungen mit den Baltenstaaten, Rußland, Polen, Europa vorzieht. Die in der ,,Versammlung ukrainischer Parteien" zusammengeschlossenen extremistischen Gruppen eifern und geifern mehr als alle anderen gegen die ,,bolschwistische Pest" und die ,,russische Besatzung". Sie wollen den Einheitsstaat. Paranoider Verfolgungs- und Ausgrenzungswahn — rechtshändig. Sie brauchen das kommunistische Negativ für das Selbstbildnis. Nichts fürchten sie mehr, als daß ihnen dieses Negativ wegtauchte. Objektiviert wird diese Angst im Alptraum eines kommunistischen Untergrunds (im Untergrund findet man ja leichter zu den Wurzeln zurück). Einem Präsidenten Krawtschuk, wenngleich er ihnen die alte kommunistische Macht verkörpert, sind sie deshalb so abhold nicht. Das geringere Übel, das Negativ auf der Hand.

Lwow ist auch das Zentrum der griechisch-katholischen oder unierten Kirche. Nach langen Jahren der Verfolgung ist sie wieder zugelassen und ihr sind die früheren Besitzungen zurückgegeben worden. An der Seite der Demokraten und der Ultranationalisten ist ihr eine wichtige Rolle im politischen Spiel zugefallen. Ihr Einfluß geht auf Kosten der rivalisierenden Kirchen. Vor allem die kleine autokephale orthodoxe Gemeinde fühlt sich von den Unierten im Westen bedroht und fürchtet sich vor einem ,,zweiten Ausschwitz" (sic!).

▶ Orthodoxe Kirche hat großen Einfluß ◀

In Kiew und Uschgorod (in dem Gebiet Transkarpatien oder der Karpato-Ukraine), das zwischen den beiden Weltkriegen zu der Tschecheslowakei gehörte) wetteifern die verschiedenen Kirchen im Abhalten von Kundgebungen und Hungerstreiks. Sie rufen auch dem Schutz des Staates oder prangern diesen als Handlanger der jeweils anderen Konfession an.

In der ,,großen" Ukraine besitzt die offizielle orthodoxe Kirche den größten Einfluß. Sie hat neulich das Patriarchat von Moskau um Erlaubnis gebeten, sich dem Patriarchat von Konstantinopel anzugliedern. Präsident Krawtschuk weiß diesen neuen Sieg des Heiligen Geistes der Unabhängigkeit zu schätzen. Zwischen ihm und dem Metropoliten Philaret von Kiew scheint sich ein Bündnis gegen Moskau wie auch gegen die Lemberger ,,Exzesse" anzubahnen.

Im Osten tritt diese religiös-nationalistische Färbung zurück. In diesem Herbst beschäftigen die Bergarbeiter vom Donez-Gebiet (Donbass) andere Sorgen. Die Verschlechterung der russisch-ukrainischen Beziehungen haben zu einer Verknappung von Benzin und Stollenholz geführt. Gewiß, die Ukraine liefert ihrerseits weniger Lebensmittel nach Rußland. Hier hat man den Zerfall der Sowjetunion in aller Härte zu spüren bekommen. Die Angst vor einem Zusammenbruch der Kohleförderung und einem daraus folgenden globalen wirtschaftlichen Kollaps geht um.

Verständlicherweise finden sich in dieser Gegend, in der die Russen fünfundvierzig Prozent der Bevölkerung stellen und die Leute entweder russisch oder ein mit russisch vermischtes Ukrainisch sprechen, die meisten Gegner des Separatismus. Die plebiszitäre Übereinstimmung mit der Westukraine ist irreführend. Was die Leute hier an der Unabhängigkeit interessiert, ist vor allem die Dezentralisierung. Diese richtet sich letztlich auch gegen Kiew. Die Differenzen zwischen Anhängern von Einheitsstaat und regionaler Autonomie kamen während einer Versammlung gewählter Vertreter aus dem Osten und Süden des Landes am 26. Oktober in Donez unverhüllt zum Vorschein.

Indes ist auch die Arbeiterbewegung gespalten. Es scheint als drohe der berühmten unabhängigen Gewerkschaft des Donez-Beckens eine an ergebnislos verlaufenen Streiks ermatteten Basis die Gefolgschaft zu versagen (diese Gewerkschaft zählt in Donez nur 7 000 Mitglieder). Die offiziellen Gewerkschaften regen sich wieder. Agile Delegierte werben erfolgreich um neue Mitglieder. Andererseits ist auch eine pan-ukrainische Gruppe mit dem Ziel aktiv, eine Organisation nach dem Muster der polnischen Solidarnosc aufzubauen.

Der alte KP-Apparat hat sich nach drei Windrichtungen verzweigt, die da sind: die Unabhängigkeitsbewegung Krawtschuks, die Geschäftswelt und die neue liberale Partei, schließlich die am 23. Oktober in Donez aus der Taufe gehobene Sozialistische Partei der Ukraine, die sich gegen die bevorstehende Entscheidung für den kapitalistischen Weg stemmt.

Auf drei große Fragen wird der werdende ukrainische Staat eine Antwort geben müssen: Wie wird die Vielfalt organisiert? Auf welcher Grundlage wird die Zentralgewalt beruhen? Wie werden die Beziehungen zu den anderen Teilen der untergegangenen Union, insbesondere Rußland, umgestaltet?

Die erste Frage mag in und um Kiew nicht vordringlich sein, sie ist es allemal im Osten, in Odessa, auf der Krim und sogar im Südwesten (Karpato-Ukraine). Den Befürwortern einer regionalen Autonomie schwebt fast immer eine unabhängige, aber föderalistische Ukraine vor. Die Zentralisten in Kiew, die man kaum weniger fürchtet als die in Moskau, und die ,,Ukrainisten" aus Lwow, die ihre Propagandastaffeln landauf landab die Trommel rühren heißen, reagieren auf diese Regionalismen mit althergebrachten Reflexen: die Hand Moskaus wäre im Spiel.

Im Spiel ist vielmehr die — berechtigte Angst vor einem ethnokratischen, zentralistischen Regime. Von ihm geht in erster Linie die Gefahr zentrifugaler Tendenzen aus.

Die Russen verweisen darauf, daß es schließlich Stalin war, der das jetzige ukrainische Staatsgebiet durch die Eingliederung der zwischen den beiden Weltkriegen rumänischen Bukowina und des polnischen Galizien ,,zusammenstückelte". Und daß es Chruschtschow war, der die Krim der Ukraine zuschlug. Sollten die Ukrainer die Abspaltung wählen, müßten sie darauf gefaßt sein, über das Ganze neu zu verhandeln, und zwar nicht nur mit Moskau, sondern auch mit den diversen Minderheiten.

Leonid Krawtschuk hat sich für eine ,,territoriale Selbstverwaltung" ausgesprochen, Wjatscheslaw Tschornowil für eine ,,kulturelle und nationale Autonomie der Minoritäten". Eher vage haben sich die einzelnen Präsidentschaftskandidaten über die Strukturen des neuen Staates geäußert. Für Iwan Dratsch, den Vorsitzenden der ,,Ruch", wäre ein bundesdeutsches ,,Ländermodell" erstrebenswert, aber dies sei im Augenblick keine vorrangige Frage, erst müsse der eigene Staat her.

Weitaus mehr als ein noch sehr diffuses Nationalbewußtsein ist der Staat das Leitmotiv der sich formierenden politischen Klasse, die zumindest jetzt noch, mehrheitlich aus dem alten Apparat hervorgegangen ist. Am 3. November entschied sich ein Kongreß ukrainischer Offiziere (samt und sonders in sowjetischer Uniform) per Akklamation für die Aufstellung einer eigenen ukrainischen Armee. Der Verteidigungsminister Konstantin Morozow hat diese Forderung aufs nachdrücklichste unterstützt. Konstan-

tin Morozow ist ein der ,,Ruch" nahestehender... Russe. Das Nuklearpotential (auf das zu verzichten, die Ukraine am 24. August bekanntgab, was das Parlament exakt zwei Monate später noch einmal bekräftigte) müsse einstweilen der doppelten Kontrolle vom Unionspräsidenten Gorbatschow und dem ukrainischen Präsidenten unterstehen. ,,Eine Schutzmaßnahme", erläutert Oberst Martirossian, Vorsitzender des Offiziersverbandes. Kiew will das Potential gleichwohl als Trumpf in die Verhandlungen einbringen, in die Verhandlungen mit den anderen relevanten Parteien: Rußland, Weißrußland, Kasachstan... und den USA, die ebenfalls zur nuklearen Abrüstung ermutigt werden sollen.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit

Ein weiteres Problem des Austrittes aus der Union ist das der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Diese Frage ist umso dringender, heißt es in Kiew, als Rußland ein solches Reformtempo vorzulegen gewillt ist, daß einige in der Ukraine vor einem ,,sozialen Tschernobyl" warnen. Den Schlüssel zum Erfolg wähnt man in der eigenen Währung. Münz- und Notenpressen dürften bald anlaufen. Steht diese Geldpolitik aber nicht im Widerspruch zu den am 6. November auch von der Ukraine unterzeichneten Vertrag über die Bildung einer Wirtschaftsgemeinschaft?

Eine romantische Welle wogt über die Republik. ,,Wir sind ein reiches Land, wir haben alles oder fast alles, was wir brauchen. Nutzen wir unsere Ressourcen, die anderen sollen sehen, wie sie klarkommen." So der Tenor, der zwar gründlich falsch ist, aber dennoch Mut macht — aus diesem Holz sind die brennenden Reden, an denen man sich in den Versammlungen wärmt.

Klagen über Moskau

Ein weiterer Glaubenssatz macht, wie in anderen Republiken auch, die Runde: die kolonialistische Ausbeutung der Ukraine durch Rußland. ,,Moskau reißt sich alles unter den Nagel", so die seligmachend einfache Erklärung. Rußland müßte demnach unter den Butter-, Schinken-, Obst- und Kohlebergen ersticken. Wovon nichts, gar nichts zu merken ist. Hartnäckig hält sich die Mär, der geraubte Schatz befinde sich im Kreml in irgendwelchen schwarzen Kassen oder unterirdischen Riesenlagern, so sehr die Russen darauf verweisen mögen, daß ihre Republik zu den ärmsten gehört, sie, wie internationale Experten errechnet haben, ihr Erdöl und Erdgas zu ca. einem Neuntel des Weltmarktpreises liefern, usw.

Zum Glück bewegt sich die Polemik nicht nur auf diesem Niveau. Die Klagen über Moskau sind ja so oder ähnlich auch in Rußland selbst zu hören. Beweis genug, daß im Grunde nicht ein mythischer ,,russischer Kolonialismus" gemeint ist, sondern das reale zentralistische System. Also gerade das, was Gorbatschow durch eine erneuerte Union mit größeren Befugnissen für die Einzelrepubliken überwinden wollte, bis die nationalistischen Projekte auf diesem Weg an ihm vorbeijagten.

Die alte UdSSR existiert nicht mehr. So wollten es einträchtig die russischen Liberalen und die nichtrussischen Nationalisten. Die neue Union haben die Augustputschisten im Keim erstickt.

Die liberalen Ökonomen in Moskau, die internationalen Finanzinstitutionen und die ausländischen Investoren wollten den Übergang zur Marktwirtschaft im Rahmen der Union. Die Logik des Marktes in einem Land mußte zwangsläufig den politischen Separatismus heraufbeschwören.

Es ist weniger der Nationalismus denn ein Selbsterhaltungsreflex, der die Ukraine dazu zwingt, die Grundlagen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit zu schaffen. Die katastrophalen Folgen des Zerfalls der Union werden in höchsten Regierungskreisen deutlich erkannt. In der ,,Rabotschaja Gazeta" vom 25. Oktober äußert sich Premierminister Witold Fokin: ,,...für achtzig Prozent der Industrieproduktion verfügt die Ukraine innerhalb der eigenen Grenzen nicht über einen vollständigen technologischen Zyklus." Die Ukraine, die vierzig Prozent ihrer Produktion exportiert, braucht jährlich 20 Mio. t (russische) Kohle, 56 Mio. t Erdöl, 11 Mio. m3 Holz, 500 000 t Papier usw. Nach Ansicht des Premierministers ist die Unterzeichnung des Vertrages über eine Wirtschaftsgemeinschaft unerläßlich, will man die totale Isolation, das wirtschaftliche Chaos und vor allem die Massenarbeitslosigkeit vermeiden. Ziel der ukrainischen Regierung ist es folglich, eine Unabhängigkeitspolitik innerhalb eines gemeinsamen wirtschaftlichen Rahmens voranzutreiben, eine Unabhängigkeitspolitik, die zum Beispiel die Maschinenproduktion an der Lebensmittelproduktion neu ausrichten und ausländischen Investoren Sonderwirtschaftszonen um das Asowsche Meer und in der Karpato-Ukraine öffnen will.

Diese ,,dirigistische Liberalisierung" koppelt sich keineswegs an den Jelzinschen Radikalismus an: In Kiew dürften soziale Schutzmaßnahmen für die Opfer der Krise einer Freigabe der Preise vorangehen.

Im übrigen ist auch das sehr viel liberalere Programm der nationalen Opposition nach den Worten ihres Führers Wjatscheslaw Tschornowil in vielen kritischen Punkten ,,sehr sozial": Preiskontrollen für Güter des Grundbedarfs, Recht auf Land ,,ohne Kauf", Freiheit bei der Wahl der Eigentumsform, hohe Subventionen für Kultur und Grundlagenforschung. Dagegen vertreten die radikalen Berater des Präsidenten Krawtschuk und der ,,Ruch" einen Roßkur-Liberalismus und kritisieren aufs schärfste die ,,konservative" Politik der Regierung Fokin. ■

Aus: ,,Le Monde Diplomatique" vom Dezember 1991, Übersetzung: Bob Detobel.

Die Vielfalt der Ukraine

Fläche: 603 700 qkm
Gesamtbevölkerung: ca. 52 Mio.
Anteil der Stadtbevölkerung 1986: 66 % (1919: 19 %, 1959: 46 %)
Nationalitäten: Ukrainer: 37,3 Mio (72,6 %) (ca. 7 Mio. Ukrainer wohnen in anderen Teilen der UdSSR); Russen: 11,3 Mio (22 %); Juden 488 000; Bjelorussen: 440 000; Moldawanen: 324 000; Bulgaren: 238 000; Polen: 219 000; Ungarn: 163 000; Rumänen: 134 000; Krimtataren: 130 000; Griechen: 90 000. Regionen: 25, dazu die kreisfreien Städte Kiew (2,5 Mio. Einwohner) und Sewastopol.

vier wichtige Regionen:

Galizien
Wichtigstes Gebiet ist Galizien mit der Hauptstadt Lwow (Lemberg), Hochburg des Griechischen Katholizismus und des Nationalismus. Fläche: 78 500 qkm. In Westgalizien stellten Polen lange Zeit die Mehrheit der Bevölkerung. Ostgalizien ist die historische Heimat des ukrainischen Nationalismus. Gehörte bis zur ersten Teilung Polens im Jahr 1771 zum polnischen Königreich; die Aristokratie war katholisch und polnisch dominiert. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde es wieder polnisch. 1939 wurde Galizien von der Sowjtunion annektiert und der Ukraine eingegliedert.

Bukowina
(Wörtlich: Buchenland).
Hauptstadt: Tschernowitz.
Gehörte zunächst zur Kiewer Rus, dann zu Polen, im vierzehnten Jahrhundert zu Rumänien, aber dem fünfzehnten Jahrhundert zum Osmanischen Reich, ab 1775 zum Habsburgischen Reich. Von 1919 bis 1940 gehörte es zu Rumänien. Nach dem II. Weltkrieg wurde das Gebiet zwischen der UdSSR/Ukraine und Rumänien aufgeteilt. Im ukrainischen Teil der Bukowina lebten 1959 ca. 67 % Ukrainer, 20 % Moldawanen und 6,5 % Russen. Der rumänische Teil wird über 90 % von Moldawanen bewohnt.

Donez-Kohlenbecken
(nach der russischen Kontraktion auch Donbass genannt). Fläche: 25 500 qkm. Hauptstadt: Donez (oder Donezk). Weitere wichtige Städte sind Charkow, Zaporoje, Dnjepropetrowsk. Der Osten ist fast zur Hälfte von Russen bewohnt.

Krim
Erst seit 1954 zur Ukraine gehörend. Mehrheitlich von Russen bewohnt. Die von Stalin 1944 vertriebenen Tataren leben dort wieder in autonomen Republiken und wollen diesen autonomen Status innerhalb der unabhängigigen Ukraine behalten.

PETER-ERWIN JANSEN

Wieviel Zeit — Tawarisch?

Impressionen von einer Reise in die ehemalige Sowjetunion

Im Oktober '91 reiste Peter-Erwin Jansen mit einer Gruppe von Jounalisten, Wissenschaftlern, Studenten und Interessierten in die ehemalige Sowjetunion. Ihre Bildungsreise, die die Humanistische Union in Essen veranstaltete, führte die Gruppe über Moskau nach Eriwan und Kiew, schließlich nach Jalta und auf die Krim. Die nachfolgende Reiseschilderung vermittelt einen mosaikartigen Eindruck über die Lage und die Atmosphäre von Moskau über Armenien bis hin zur Ukraine.

In den zwanziger und dreißiger Jahren war es für deutsche, englische, französische Kommunisten und auch Sozialisten ein bedeutendes Ereignis, wenn man in das Land reisen konnte, wo sich die sozialistische Revolution ereignet hatte. Noch vor wenigen Jahren waren die Besuche in den sozialistischen Bruder- und Schwesterländern auch bei vielen moskautreuen, ehemals westdeutschen Kommunisten ein Muß auf der Funktionärsleiter. Zurückgekehrt in die Bundesrepublik wurden meist die Errungenschaften des Sozialismus geschildert, der am fortgeschrittensten war. Die ,,Idee des Sozialismus'' hatte viele Jahre Zeit, sich ihre Wirklichkeit zu suchen. Von unserer Wohlstandsgesellschaft aus zu behaupten, sie sei im ,,realexistierenden'' Sozialismus nie zur Wirklichkeit gelangt, ist für viele Menschen, die ihre Leben lang darauf gewartet, dafür gekämpft haben und deren Hoffnungen enttäuscht wurden, dort eine leere Phrase. Die ,,Idee'' ohne umfassende Beweisaufnahme der wirklichen historischen Prozesse verteidigen zu wollen, verkommt zum letzten Schauprozeß.

„1918: In Moskau sind elf Denkmäler 'großen Männern und Revolutionären' errichtet worden." (1) — Heute werden sie demontiert. Vereinzelt erinnert man sich wieder an diejenigen, die in den dreißiger und vierziger Jahren zur Un-Person erklärt wurden. Auf Initiative einer Gruppe von Lyrikern wurde vor kurzer Zeit am Moskauer Literaturinstitut eine Gedenktafel angebracht. Sie ist dem 1938 in der Verbannung gestorbenen russischen Lyriker und Verfasser der „Reise nach Armenien", Ossip Mandelstam, gewidmet.

In der Innenstadt, auf dem Arbat, dem früheren Boulevard der Kleinkünstler im Zentrum Moskaus, hat sich ein hektisches Souvenirgeschäft etabliert. Zehn- bis Fünfzehnjährige verhökern Sticker mit sozialistischen Symbolen, alte Frauen bieten ihre Handarbeiten an, junge Männer wollen sowjetische Militärmützen oder die Abzeichen ihrer Väter für besondere Verdienste um den Sozialismus verkaufen. Devisen werden gefordert, Rubel geduldet. Soll man sich hier überhaupt auf Geschäfte einlassen? Für manchen aus der Reisegruppe wird das zum Spiel. Ohne Kaufabsicht läßt man sich fürs erste in gebrochenem Englisch oder Deutsch, in einem mit Gesten unterstützten Russisch auf den Handel ein. Man hält sich seinen kleinen Kaufmann warm. Warum? Um ihm zu zeigen, wenn ich wollte, dann könnte ich? Ein Verwirrspiel mit den eigenen Widersprüchen beginnt jedes Mal aufs Neue, wenn man als potentieller Käufer sozialistischer Symbole oder traditioneller Souvenirs ausgemacht wird. Soll ich mich einlassen auf dieses Spiel, obwohl ich weiß, daß ich diesen alten Armeegürtel aus sowjetischen Truppenbeständen nicht kaufen werde, oder ist ein klares „Njet", unterstützt von eindeutig ablehnenden Gesten, besser? Der Besitz von Devisen verwirrt die Alltagshandlungen.

Die Armut begleitet jeden Schritt auf Moskaus Straßen. An den Treppen zu den berühmten und eindrucksvollen Metro-Stationen sitzen bettelnde Menschen jeden

Foto: Maria Frisenhan
Vor dem Weißen Haus in Moskau

Alters. Vielleicht paßt das zur Geschichte der Moskauer Metro, die sich heute in Moskau als eine positive Ausnahme im Alltags-Organisationschaos herausstellt.

Im Mai 1935 sollte die Metro in Moskau betriebsbereit sein. Ohne Rücksicht auf die dort arbeitenden 70 000 Männer und Frauen, die z.T. aus den asiatischen Republiken in die Hauptstadt abkommandiert wurden, und gleichgültig welches alte Bauwerk der neuen Metro weichen mußte, wurde das Vorzeigeobjekt sozialistischer Beförderungserrungenschaften durchgezogen.

„Wissen Sie, daß es während des Baus der Metro einen Engpaß bei den Backsteinen gegeben hat und deshalb viele von den alten russischen Dörfern rings um Moskau abgerissen worden sind, damit man mit den Steinen die Stationen bauen konnte?"(2)

So schnell sind die über den niedergeschlagenen Putschversuch gestärkten Moskowiter mit dem Abriß nicht mehr. Als wir das „Weiße Haus" in Moskau verlassen, werden wir auf die Reste der Barrikaden, die während des Putsches rund um das „Weiße Haus" errichtet wurden, aufmerksam. Eine Brücke, die von einer der großen Straßen zum Sitz des russischen Parlaments führt, ist immer noch durch Eisenstangen, Pflastersteine, Sandsäcke und andere Materialien versperrt.

Foto: Maria Frisenhan

Besuch bei den Krimtataren

Besuch in Armenien

Im Innern des Gebäudes erfuhren wir von Galina Starowoitowa, der Jelzin Beraterin für Nationalitätspolitik, daß der Zerfall des Sowjetreiches bis in die kleinsten Republiken und autonomen Gebiete hinein von den Auseinandersetzungen der verschiedenen Nationalitäten begleitet wird. Der früher bei jeder offiziellen Veranstaltung beschworene und fröhlich bejubelte Internationalismus ist in einen bedrohlichen Nationalismus umgeschlagen. In vielen der jetzt nach Unabhängigkeit strebenden Republiken sind kaum Anzeichen dafür erkennbar, welche Mehrheit denn welcher Minderheit wirklich ein unbedrohtes Bleiberecht zubilligen wird. Stattdessen, so erfahren wir in Erewan, der Hauptstadt Armeniens, und später in Jalta und Kiew, werden politische Lösungen, die die Streitigkeiten der in den Republiken lebenden unterschiedlichen Völker beizulegen versuchen, nicht selten mit dem Attribut des Verrats an den nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen belegt. Eindrucksvoll, im negativen Sinne, zeigt sich dies bei einem Besuch des armenischen Oppositionsführers Parouir Airikian. Der zweiundvierzigjährige Oppositionsführer saß sechzehn Jahre seines Lebens in sowjetischen Gefängnissen, weil er sich für die Unabhängigkeit Armeniens eingesetzt hat. Gorbatschow verwies ihn noch 1987 außer Landes. Im Ausland lebend wurde er bei den ersten armenischen Wahlen 1990 ins Parlament gewählt und kandidierte im Oktober 1991 bei den Präsidentschaftswahlen gegen den derzeitigen Ministerpräsidenten Ter-Petrossian. Airikian unterlag seinem Kontrahenten, dem er vorwarf, er liebe die Russen zuviel und hasse die Aserbaidschaner zuwenig. Allerdings verhinderte dieser Wahlausgang nicht, daß die hardliner des nationalistischen Flügels für einen armenischen Korridor bis Nagorni-Karabach kämpfen. Ter-Petrossin bemüht sich, diesen Konflikt, der schon vielen Menschen in der armenischen Enklave in Aserbaidschan das Leben gekostet hat, jenseits der verhärteten Maximalforderungen zu lösen. Sein Innenminister hofft auf internationale Unterstützung und fordert ein unabhängiges Gremium, das hier vermitteln soll, bevor es zu einem Bürgerkrieg kommt. Politische Lösungen sind dringend gefordert. Denn wer weiß wie lange die Militärs ihre Einheiten an den Grenzen zwischen Aserbaidschan und Armenien noch zurückhalten können?

Wir erleben selbst, wie sehr sich die Lage zugespitzt hat. Schon seit Monaten blockiert Aserbaidschan die Öl- und Treibstofflieferungen an Armenien, verhindern gut organisierte Straßenpiraten in Georgien Nottransporte. Flugzeuge, die Erewan verlassen können, sind wegen Kerosinmangels selten geworden. Auch unser Weiterflug nach Jalta muß gestrichen werden. Im Prinzip weiß niemand von uns, wie es weitergehen wird. Doch auch hier, wie in den meisten Republiken, hält der allgemeine Mangel eine „Nebenwirtschaft" aufrecht, die über Korruption und Bestechung funktioniert und von der einerseits nur diejenigen profitieren, die die dunklen Kanäle von früher her bestens kennen und andererseits nur von denjenigen genutzt werden können, die das Schmiermittel Devisen besitzen. Unser deutscher Sowjetunionspezialist, der jeden Weg in die Macht- und Einflußsphären dieses zerfallenden Systems zu kennen scheint, und der offizielle Reiseleiter von Intourist schaffen es dann, daß wir bei einem der sogenannten Tankflüge mitfliegen können. Die Maschinen aus Moskau fliegen mit ihrem restlichen Benzin über den Kaukasus nach Suchumi, in die Hauptstadt der kleinen Republik Abchasien oder landen in Sotschi, einem 146 km langen Ferienort an der Schwarzmeerküste und erhalten dort gerade soviel Kerosin, daß der Flug Erewan-Moskau wieder gesichert ist.

Am frühen Morgen erreichen wir Sotschi. Bevor wir Jalta erreichen, fahren wir noch acht Stunden mit einem Tragflächenboot über das Schwarze Meer nach Kertsch. Die ,,geschlossene" Stadt Kertsch, gelegen auf einer Landzunge der Krim, die das Schwarze vom Asowschen Meer trennt, hat nach Auskunft unseres Reiseleiters noch kein „Westler" betreten. Den einfachen Reisebus, der uns am Hafen abholt dürfen wir nicht mehr verlassen, bis es am fühen Abend weitergeht. Nach nächtlicher Reifenpanne und sechs Stunden rasanter Fahrt über Land erreichen wir Jalta.

Abstecher nach Jalta und der Krim

In Jalta, mit seinem milden Klima, seinen Palmen, seiner schönen Uferpromenade, den eindrucksvollen, von Gärten umringten Villen, der Stadt des russischen Schriftstellers Anton Tschechow, wirkt eine Atmosphäre der Ruhe und Entspannung. Jalta, berühmt geworden durch die Nachkriegsverträge, ausgehandelt von Stalin, Roosevelt und Churchill im Februar 1945, besitzt den Charme einer kleinen, romantischen Küstenstadt.

Das auch hier in der aktuellen Zerfallszeit die typischen Schwierigkeiten wie ökologische Probleme, hauptsächlich bei der Qualität des Wassers, bestehen und Nationalitätenkonflikte auch den Alltag auf der Krim bestimmen, wird erst beim zweiten Hinschauen deutlich. Wir besuchen eine erst vor kurzem entstandene Siedlung von Krimtataren, die aus Usbekistan zurückgekehrt sind. Durch eine „illegale Besetzung" haben sie sich ca. 20 Kilometer außerhalb von Jalta ein Stück Land erobert, auf dem jetzt, mit Duldung der Behörden, die ersten befestigten Häuser entstanden sind.

Ein ca. sechzigjähriger Krimtatar, Augenzeuge und Betroffener, erzählt, wie die Rote Armee den Befehl Stalins befolgte: wer nicht weg wollte wurde, wenn er Glück hatte, in ein Straflager verschleppt, sonst erschossen. Nachdem die Nazis die Krim fürs Herrenvolk erobert hatten, ließ Stalin wenige Jahre nach der Rückeroberung die Krimtataren zwangsumsiedeln. Grund dieser

Was hier nicht steht, steht in der taz.

taz, die tageszeitung.

Strafexpedition war der Vorwurf der Kollaboration der Krimtataren mit den Nazis. Eine Klärung dieses Sachverhalts erhalten wir bei unserem Gespräch mit dem vierzigjährigen Sprecher der Bewohner der neuen Siedlung freilich nicht: Stalin habe das Gerücht als Alibi für seine Verbrechen benutzt. Nicht nur hier gilt, daß man sich gegenüber den Äußerungen der politischen Vertreter selbst kundig machen muß.

„Von der Krim berichtete Einsatzgruppe D, die Bevölkerung der Halbinsel sei antijüdisch eingestellt und liefere in einigen Fällen spontan Juden an die Kommandos aus. Die Starosts' (Dorfältesten) bäten gar um Erlaubnis, die Juden selbst zu liquidieren. (...) Während der sowjetischen Rückeroberung der Krim-Stadt Feodosija im Winter 1941/42 wurden Kollaborateure angeblich mit Hacken erschlagen, während man sie fragte: Warum habt ihr es geduldet, daß die Deutschen alle Juden erschießen' ?".(3)

Detailliert schildert uns der „Starost" den beschwerlichen Kampf gegen das erlittene Unrecht in den vergangenen vierzig Jahren. Die ersten Vertreter, die 1967 auf dem Roten Platz für die Anliegen der Krimtataren demonstrierten, wurden alle verhaftet; bei ihrer Ankunft vor einem Jahr wurden die Rückkehrer von der regionalen Miliz und den heutigen Bewohnern bedroht, die provisorisch erbauten Hütten zerstört. Mittlerweile ist zwar die direkte Bedrohung zurückgegangen, aber das Leben ist nicht einfacher geworden. Doch daß sie heute keine Arbeit finden, kein Baumaterial für die Häuser, kaum sauberes Wasser geschweige denn Trinkwasser, teilen sie mit allen Bewohnern der Krim.

Warum sie zurückgekehrt sind? „Heimat ist eben Heimat." Aber die Krim ist in den letzten Jahrzehnten für viele andere Menschen ebenso zur Heimat geworden.

In der Hauptstadt der Ukraine können die drohenden Auseinandersetzungen mit dem Rußland Jelzins und der für alles herhaltende Haß auf die ehemalige kommunistische Zentralregierung, die Probleme der eigenen Vergangenheit nicht überdecken — offen angesprochen werden sie aber von keinem der Offiziellen.

Unbewältigte Vergangenheit: Babij Jar

Für einen Teil dieser eigenen unbewältigten Geschichte steht der Ort Babij Jar. Hier wurden in den letzten Septembertagen des Jahres 1941 am Rande einer Schlucht 35 000 Juden ermordet und die Leichen anschließend verscharrt. Die deutsche Einsatzgruppe C, die das Gebiet um Kiew konrollierte und im Schutze der vorgestoßenen Wehrmacht für die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und das Ausrotten von Partisanen verantwortlich war, wurde von der einheimischen „ukrainischen Miliz" unterstützt. In Kiew und der näheren Umgebung entstand bald eine fatale Arbeitsteilung zwischen Wehrmachtsoffizieren, die für Sabotage-Akte konsequent jüdische Einwohner ausmachten, der Einsatzgruppe C, die die Pogrome mitorgansisierte und die Vorbereitungen für die Massenexekution traf, der ukrainischen Miliz, die die Juden an die Einsatzgruppe auslieferte und mit den Vertretern der Einsatzgruppe die Erschießungen durchführte. *„In aller Eile errichtete die Einsatzgruppe ein Netz lokaler ukrainischer Milizen, die sich zum Teil selbst zu tragen hatten, indem sie sich ihren Sold mit dem erbeuteten jüdischen Geld ausbezahlten" (4)*

Anfang 1990 lebten in Kiew über 150 000 Juden, von ihnen wurden schon bis Anfang 1942 75 000 ermordet. Mittlerweile leben wieder Hundertausend Juden in Kiew. Sie hoffen darauf, daß dem neuentfachten nationalen Stolz nicht eine antisemtische Stimmung folgt. Daß sie hoffen müssen und ihre Ängste berechtigt sind, dafür sorgte im letzten Jahr in Moskau und dem ehemaligen Leningrad, jetzt St. Petersburg, die faschistische Pamjat-Bewegung, als ihre Sprecher Pogrome ankündigten. Vielleicht deutet aber die am 29. September 1991 errichtete Gedenkstätte, die auch auf Initiative der jüdischen Gemeinde in Kiew am Ort des Verbrechens von 1941 errichtet wurde, daraufhin, daß hier der Anfang einer positiven Veränderung gemacht wurde.

Wie in Moskau so gehört auch hier auf den Plätzen, in den Straßen und Parks die offene Armut zum alltäglichen Straßenbild. Auf den Märkten, an Straßenecken, in den Metro-Stationen, wo man mit der Rolltreppe fast drei Minuten in die Tiefe fährt, wird das letzte Hab und Gut verkauft, halten Menschen den Hut auf, die auf Kopeken und Rubel der vorbei hastenden Passanten angewiesen sind. Auffällig viele Rubel werden gespendet. Alte Frauen, mit Kopftüchern und dicken Mänteln, die gezeichnet sind von einem beschwerlichen Leben, von Kindererziehung, Fabrik- oder Feldarbeit, ständigem Organisieren von Lebensmitteln, verkaufen oft nur fünf, sechs blankgeriebene rötliche Granatäpfel. Andere wiederum stehen regungslos dar, halten in jeder Hand einen Blumenstrauß, der auf einen Käufer oder eine Käuferin wartet.

Warten ist eine der problematischsten Kategorien der Zerfallszeit im heutigen Alltag der „Noch-Sowjetunion". Denn nur Abwarten was dort geschieht und sich hier politisch darauf einstellen, hilft letztlich Niemandem weiter. Auf Hilfe warten müssen, füllt keine Läden. Die einstige „Tawarischa", die Genossin und der einstige „Tawarisch", der Genosse, sind unsere heutigen Zeitgenossen, die unsere Unterstützung jetzt benötigen. ■

Peter-Erwin Jansen am 06. Dezember 1991 von einer Reise Ende Oktober 1991

zitiert nach:
(1) Anatoli Marienhof, Zyniker. Leipzig 1990
(2) Christopher Hope, Moskau! Moskau!. Stuttgart 1991
(3) Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden. 3Bde., Frankfurt 1990
(4) ebda.

LUDI LODOVICO

Demokratie mit „Volk“ verhindern

Vor etwas über einem Jahr war ich mit einer Reisegruppe in Lettland. Ein gesprächiger Bursche von der damals noch oppositionellen Volksfront bügelte unsere kritischen Fragen nach dem Zusammenhang von „nationaler“ Verselbständigung und Wahrung von Menschen- und Bürgerrechten unter, indem er uns anwärmte mit der Versicherung, Rechtstaatlichkeit sei jetzt ein für alle mal gewährleistet. Mittlerweile ist das lettische Staatsbürgergesetz bekannt: ein vordemokratisches, halbrassistisches Machwerk, das russische und andere sowjetische Bürgerinnen und Bürger pauscha! ausgrenzen und nicht-nationalistische Letten aus dem Staatsdienst herausdrängen will — eine aparte Mischung aus Chauvinismus, Antikommunismus, Apartheid und Berufsverboten.

Der Gesetzesentwurf hängt die Bedingungen für die Einbürgerung und das Wahlrecht sehr hoch: Lettische Staatsbürgerin bzw. Staatsbürger kann danach nur werden, wer seit wenigstens 16 Jahren im Land lebt, einen Expatriierungsbescheid des Landes, dessen Staatsbürgerschaft er besaß, vorsowie umgangssprachliche Lettischkenntnisse nachweist. Bereits diese Bedingungen enthalten eine Kampfansage an die 48 % Nicht-Letten, die heute im Lande leben. Während das perfide Sprachenkriterium die Hintertür für die willkürliche Verschärfung der Anforderungen weit offen hält, ist die Forderung, einen Expatriierungsbescheid beizubringen, ein Trick, um russische und andere sowjetische Bürgerinnen und Bürger vom Bürger- und Wahlrecht kalt auszuschließen: jeder in Riga und in Moskau weiß, daß solche Nachweise gar nicht oder nur gegen horrende Zahlungen in Devisen auf dem Schwarzmarkt zu erhalten sind.

Wes Geistes Kind die nationalistisch imprägnierte Rigaer Parlamentsmehrheit ist, verraten die expliziten Ausschlußkriterien. Vom Bürger- und Wahlrecht ausgeschlossen wird, wer „mit verfassungswidrigen Mitteln die Unabhängigkeit der Republik Lettland, deren demokratisch-parlamentarische Grundordnung oder die bestehende Staatsmacht bekämpft hat“; ausgeschlossen werden ferner Angehörige der Sowjetarmee und der Sicherheitsbehörden sowie alle Ausgemusterten und militrischen Rentner, die sich in Lettland — egal vor wie langer Zeit — niedergelassen haben; schließlich wird ausgegrenzt, wer „chauvinistisches, faschistisches, kommunistisches oder anderes totalitäres Gedankengut sowie die Ideologie einer Klassendiktatur verbreitet, Völker- und Rassenhaß geschürt“ hat. Da hat man bequem Leninisten und Rassisten in einem Boot. Derlei Normen sind so differenzierungsfähig wie ein Rasenmäher und seit jeher so scharf, daß je nach Lage der Dinge jede und jeder davon erfaßt, d.h. pseudolegal weggemäht werden kann. Der Einfachheit

▶ Ausgrenzungen ◀

halber hebt das „Gesetz“ gar nicht erst auf objektiv faßbare Taten und Tatbestände ab, sondern setzt auf „Gedankengut“ — fundamentalistische Gesinnungsjustiz.

Auf dem jüngsten Parteitag der Volksfront erhielt zwar der rechtsradikale Flügel, der die Debatte mit der brutalen Parole „Lettland den Letten“ beenden wollte, „nur“ etwa ein Drittel der Stimmen, aber was die Mehrheit programmatisch feierte, kann sich auch sehen lassen: Da ist vom „Genozid“ Hitlers und Stalins in Lettland die Rede, als ob die Letten insgesamt immer nur dabei gestanden hätten, als die Besatzungsmächte sich austobten. Kein Wort davon, daß die Opfer in Lettland zu rund drei Vierteln aus Juden bestanden. Raul Hilberg, Götz Aly und andere seriöse Historiker haben dokumentiert, wie tatkräftig Letten den deutschen Einsatzgruppen, der SS und der Wehrmacht zur Hand gingen beim Aufstöbern, Einsammeln und Vernichten der Juden. Im Nachbarstaat Litauen läuft bereits eine Kampagne, wonach verurteilte litauische Faschisten förmlich rehabilitiert werden sollen: die Kooperation mit den deutschen Nationalsozialisten und der deutschen Wehrmacht erhält nachträglich eine nationalistische und antibolschewistische Legitimation. Die lettische Rhetorik unter dem Motto „Deokkupation“, „Wiedergutmachung“ und „Nürnberg 2“ verdeckt, daß es sich bei der lettischen Volksfront ursprünglich um eine demokratische Organisation handelte, die für Menschen- und Bürgerrechte eintrat. Diese Herkunft verliert sich jetzt ebenso im national abgesegneten Vergessen und Verdrängen wie das Zusammenspiel von Letten und deutschen, später sowjetischen Truppen. Aus der demokratisch orientierten Volksfront erwuchs innerhalb eines guten Jahres eine zumindest völkisch infizierte nationalistische Front.

Die historisch gelegentlich revolutionäre, meist bloß anachronistisch bis reaktionäre und bestenfalls gesinnungsfeste Spießer-Vorstellung „nationale Selbstbestimmung“ hat sich geschichtlich definitiv als Bürgerkriegs-Parole entpuppt, auch wenn das jene, die von einer Nebenloge des institutionellen Theaters herab über „deutsche Politik in Europa und der Welt“ daherreden (*express* v. 18.11.1991), noch nicht mitgekriegt haben: prosaisch und ohne staatsbegründende und -erhaltende Lyrik ausgedrückt — 52 % „Letten“ wollen 48 % Nicht-Letten ausbürgern. Dazu muß der geduldige Demos im Wort „Demo‘‘kratie völkisch kostümiert, in diesem Fall „lettisiert“ werden. Ohne Gewalt wird das kaum abgehen, und man könnte — statt solche „Gesetze“ zu erlassen — geradesogut Kalaschnikovs verteilen unter die „Schießfähigen“ — also fast alle über 12-Jährigen. „Die“ Serben — mit tatkräftiger Unterstützung ihrer „nationalen“ Feinde-Freunde, hauptsächlich „der“ Kroaten — führen momentan schulmäßig vor, was man von chauvinistischer Territorialisierung unter der Verblödungsvokabel „nationale Selbstbestimmung“ zu erwarten hat.

Die treuherzigen Erklärungen des Volksfront-Sprechers in Riga im Frühjahr 1990 hätten mich schon damals skeptischer machen können. Er sprach nämlich in einem Raum, in dem ein einfältiger Spruch an der Wand hing; wahrscheinlich geborgt aus einem Management-Reader. Freigefaßter Inhalt: „Die Qualität von Entscheidungen steigt umgekehrt proportional mit der zeitlichen Dauer von Sitzungen und der Teilnehmerzahl“. So ungefähr mögen es Potentaten aller Zeiten und jeglicher Herkunft auch gesehen haben; so sieht es fast jeder Manager. „Effizienz“ und „Führungsqualität“ ist es egal, woraus der Profit tropft. ■

AXEL HONNETH

Für die Demokratisierung im Westen unbrauchbar

Thesen zur Verwendung des Civil-Society-Modells

Am 29.6. fand unter dem Titel ,,Eine andere Moderne'' die jährliche Arbeitsgruppentagung des SB statt. Vor dem Hintergrund der Ungleichzeitigkeit der sozialen und ökonomischen Entwicklungen in Ost und West setzte man sich in drei Foren mit den Konzepten einer ,,Zivilgesellschaft'' und der ,,demokratischen Frage'' auseinander, wie sie von den Autoren Rödel/Frankenberg/Dubiel neu gestellt und in der *links* kontrovers diskutiert worden sind (vgl. *links* Nr. 237/239). Axel Honneth kritisiert in seinem thesenartigen Vortrag die reale Brauchbarkeit des Modells der ,,civil society'' für westliche Gesellschaften. Wir dokumentieren hier — als letzten Beitrag der SB-Tagung — seine Thesen.

Ich möchte die These vertreten, daß die Verwendung des ,,Civil-Society''-Modells als Theorie der Demokratie *bestenfalls* nichts zur Lösung der Frage einer weiteren Demokratisierung beiträgt, *schlimmstenfalls* aber eine poduktive Fortsetzung der Diskussion demokratietheoretischer Fragen folgenreich blockiert. Unter den Bedingungen des hochentwickelten Kapitalismus des Westens ist mit dem Problem der Demokratisierung die Frage gemeint, wie demokratische Teilhabe im Rahmen der etablierten Institutionen einer parlamentarischen Demokratie erweitert und verstärkt werden kann; das unterscheidet sich schon im Ansatz von der für die osteuropäischen Länder zentralen Frage, wie überhaupt erst die sozialen, ,,zivilen'' und ökonomischen Voraussetzungen für funktionsfähige Einrichtungen einer parlamentarischen Demokratie geschaffen werden können. Eine Lösung der demokratischen Frage, wie sie sich im Westen stellt, verlangt daher theoretische Ansätze auf mindestens drei Ebenen:

- Sie verlangt eine *normative Begründung* oder Explikation der Idee demokratischer Willensbildung, die so weit oder tief reicht, daß sie eine Kritik mangelnder Demokratisierung ermöglicht und damit eine Perspektive auf mögliche institutionelle Formen weiterer Demokratisierung eröffnet;
- sie verlangt gewissermaßen als Komplementärstück eine *Herrschaftssoziologie* oder eine Machttheorie, die im Lichte der normativen Prinzipien darüber Auskunft zu geben vermag, welche strukturellen Blockierungen einem Ausbau demokratischer Teilhabe heute im Weg stehen (Wirtschaftsmacht, kulturelle Macht);
- und sie verlangt schließlich Überlegungen zu der Frage, wo die soziokulturellen oder motivationalen Ressourcen herstammen sollen, die das Ziel einer weiteren Demokratisierung zu einem allgemeinen Gut oder einem Projekt in unserer gegenwärtigen Gesellschaft machen können.

Civil society — ein unklarer Begriff

Ich möchte nun die These vertreten, daß die Idee der ,,Zivilgesellschaft'' oder der ,,Civil Society'' zur Lösung der anstehenden Probleme ungeeignet ist, weil sie im Hinblick auf alle drei Fragen unklare Antworten gibt. Zu diesen Unklarheiten trägt vor allem der Begriff der ,,Civil Society'' selber bei; er ist nämlich in seiner heutigen Verwendung, wie jüngst wieder Charles Taylor gezeigt hat, strukturell vieldeutig, weil in ihm zwei Traditionslinien zusammenfließen, die ihrerseits miteinander unvereinbar sind. Daher will ich im ersten Schritt darstellen, welche Ambivalenz dem Begriff der ,,Civil Society'' selber innewohnt, um dann im zweiten Schritt die Unklarheiten aufzuzeigen, die das Modell im Hinblick auf die drei genannten Fragen besitzt.

I. Taylor nennt die beiden Traditionslinien , die heute in unserem Begriff der ,,Civil Society'' zusammenfließen, die Linie Lockes und die Linie Montesquieus. Ich will der Einfachheit halber zwischen einem antiken und einem neuzeitlichen Modell der Civil Society unterscheiden.

Antikes und neuzeitliches Modell

Das *antike Modell* ist dem Vorbild der Polis als einer politischen Gemeinschaft freier Bürger entnommen, die in Formen demokratischer Willensbildung über die Belange des Staatswesens entscheiden; dieses Grundmodell pflanzt sich über mancherlei Erweiterungen und Umdefinitionen (Gewaltenteilung, allgemeine Staatsbürgerrechte) von Montesquieu über Tocqueville bis zu Hannah Arendt fort: im Zentrum steht die Auffassung, nach der ein ganzes Netz von freiwilligen Vereinigungen und Assoziationen die Sphäre der ,,bürgerlichen Gesellschaft'' ausmachen, die ihrerseits direkt politisch ist, nämlich durch eine Dezentralisierung des Gemeinwesens zur politischen Steuerung beiträgt. Die staatliche Sphäre ist hier als Bereich öffentlicher Freiheit gedacht.

Das *neuzeitliche Modell* entwickelt sich zunächst und vor allem aus der Idee einer Vorgängigkeit der Gesellschaft vor dem Staat. Die Spähre der Civil Society ist jener Bereich des ökonomischen Austauschs und der öffentlichen Meinungsbildung, in dem die Bürger sich *vor* allem staatlichen Handeln bewegen und organisieren. Dieser Begriff der Civil Society, der mit der Herausbildung der politischen Ökonomie entsteht und bei Hegel seinen Höhepunkt findet, ist also dem der Politik als dem staatlichen Bereich strikt entgegengesetzt: die ,,Civil So-

ciety“ ist eine vorpolitische Gesellschaft von durch Arbeits-, Tausch- und Diskussionsbeziehungen aufeinander bezogenen freien Bürgern. Taylor: ,,Die sich selbst regulierende Ökonomie und die öffentliche Meinung, das sind die beiden Weisen, wie die Gesellschaft außerhalb der politischen Strukturen zu einer gewissen Einheit oder Koordination kommen kann.“ In dieser Begriffsverwendung kann und muß die Civil Society natürlich Einfluß auf das politische Handeln des Staates nehmen, aber sie stellt nicht selbst diese Sphäre der Politik dar. (Gramscis Modell ist eine dritte Alternative: Civil Society als von der ökonomischen Sphäre und dem Staatsapparat entkoppelte Öffentlichkeit der kutlturellen Reproduktion.)

Zwischen diesen beiden Bedeutungskomplexen schwankt der Begriff der Civil Society heute infolge seines doppelten Ursprungs hin und her. Für den Zweck der Destruktion einer totalitären Staatsmacht reicht zwar jede dieser Definitionen ebensogut aus: denn dabei geht es ja primär nur um die Freisetzung einer zivilgesellschaftlichen Sphäre im Sinne einer Befreiung vom Machtmonopol einer Partei. In der Diskussion, die sich auf die Fragen der Demokratisierung im Westen bezieht, rächt sich diese Spannung im Begriff der Civil Society aber in einem ganzen Bündel von Unklarheiten.

Auf diese möchte ich jetzt eingehen, indem ich an die drei eingangs genannten Aufgabenfelder anknüpfe. Dabei beziehe ich mich implizit weitgehend auf das von *Rödel, Frankenberg* und *Dubiel* vorgelegte Buch über die ,,Demokratische Frage“.

Kritk an der ,,Demokratischen Frage“

II. Ich sehe auf allen drei genannten Ebenen (normative Begründung, Herrschaftstheorie, Kulturtheorie) Spannungen und Schwankungen in dem Ansatz, der dem Buch über die ,,Demokratische Frage“ zugrundeliegt:

Die erste, normative Frage läßt sich auch so formulieren, daß zur Klärung ansteht, ob die liberalen Demokratien des Westens bereits funktionierende Formen der Zivilgesellschaft darstellen; anders gesagt, wie stark ist die normative Idee, die mit der Idee der Civil Society verknüpft ist. Ich sehe eine schwache und eine starke Antwort auf diese Frage, nämlich eine quasi-historische und eine normative:

Zum einen: Die historische These besagt, daß wir von einer Sphäre der Civil Society überall dort reden können, wo sich in Folge der Säkularisierung oder der Dezentralisierung politischer Macht notwendigerweise ein Bereich der öffentlichen Konkurrenz um die Bestimmung politischer Ziele etabliert hat — wir nennen dann Civil Society all die verschiedenen Formen politischer Öffentlichkeit, in denen um die Zielsetzungen einer Gesellschaft gestritten wird (institutionell nicht festgelegt). Nur in einem schwachen Sinn ist diese Verwendungsweise normativ: mit ihr lassen sich nämlich zwar alle Modelle totalitärer, im Sinne quasi-religiös gestützter Macht kritisieren, aber nicht mehr innerhalb der unterschiedlichen Formen liberaler Demokratie normative Unterschiede machen.

Zum anderen: Die normative These besagt, daß jede Civil Society sich an dem Gehalt eines (realen oder fiktiven) Vertrages oder Versprechens messen lassen muß, in dem die Bürger sich als freie und gleiche Wesen anerkannt haben und damit erst eine Zivilgesellschaft konstituiert haben. Von hier aus läßt sich ein normativer Begriff der Zivilgesellschaft rekonstruieren, der besagt, daß zu seiner Grundlage die Chance freier und gleicher Teilnahme für alle Bürger gehört. Wer so argumentiert, muß sich freilich der normativen Prämissen stärker bewußt sein, die er zu begründen hat: Vertragstheorie oder Diskursethik usw. Meine Vermutung ist, daß die Idee der Civil Society zwischen einer historischen und einer normativen Verwendungsweise schwebt und sich daher über die eigenen Prämissen keine Rechenschaft ablegen muß.

Herrschaftstheoretische Fragestellungen

Nicht anders verhält es sich mit den herrschaftstheoretischen Fragestellungen, die jede Idee einer Erweiterung von Demokratie notgedrungen mit sich trägt. Natürlich sind die Vertreter des Konzepts sich darüber im Klaren, daß in die Zivilgesellschaft strukturelle Gewalt auf verschiedenen Kanälen hineinwirken kann, sei es daß Teilnahmechancen für bestimmte Gruppen beeinträchtigt werden oder daß bestimmte Themen durch Beeinflußung ausgeschlossen bleiben. Aber der Zugang zu solchen Phänomenen der strukturellen Blockierung der Civil Society ist wiederum zweischneidig; er kann nämlich hermeneutisch oder soziologisch sein. Ich will kurz erläutern, was ich damit meine.

Hermeneutisch nenne ich einen Zugang, der besagt, daß wir von Repression oder Macht nur reden können, wo soziale Gruppen ausdrücklich Erfahrungen des Unterdrücktseins artikulieren: die Theorie ist dann stets auf der gleichen Augenhöhe mit den sozialen Bewegungen, die bestimmte Formen sozialer Herrschaft zum öffentlichen Thema machen; aber sie kann an diesen Artikulationen vorbei von sich aus Phänomene struktureller Gewalt nicht analysieren.

Zugespitzt gesagt: solange keine Gruppierung innerhalb der Civil Society Erfahrungen sozialer Repression thematisiert, kann auch die Theorie nicht solche Phänomene stellvertretend analysieren.

Ein erklärender Zugang versucht aber genau das, indem er Mechanismen der strukturellen Blockierung öffentlicher Diskussion von sich aus identifiziert, um über die Köpfe der Betroffenen hinweg, Ursachen für die Dethematisierung bestimmter politischer Belange zu erkunden. Ich bin mir der methodischen Schwierigkeiten eines solchen objektivierenden Vorgehens bewußt, aber keine Demokratietheorie kommt umhin, sie wenigstens zu benennen.

Die dritte, kulturtheoretische Frage halte ich für besonders wichtig, weil ihre Antwort darüber Auskunft gibt, wie die Demokratietheorie sich zu Prozessen der gesellschaftlichen Individualisierung stellt. Ich sehe wiederum zwei, sich wechselseitig ausschließende Antworten:

- Civil Society als *Rechtsgemeinschaft*: die Auflösung kollektiver Identitäten stellt kein Problem dar, weil der Zusammenhang innerhalb der Civil Society durch Rechtsbeziehungen gestiftet wird (Vertrag, nicht Versprechen). Ganz anders setzen Hannah Arendt und Tocqueville an, weil sie dagegen die
- Civil Society als *Wertegemeinschaft* denken: nämlich als Gemeinschaft aller Bürger, denen die öffentliche Freiheit das höchste oder aber mindestens ein wichtiges kollektives Gut ist. Daraus ergibt sich eine Notwendigkeit von kollektiver Identität und das Problem, wie sich zeitdiagnostisch gesehen, die Prozesse der weiteren Individualisierung bilden (vgl. auch Hannah Arendts Kritik der Konsumgesellschaft). ■

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden die Periodika ,,links“, ,,express“ und ,,Widersprüche“ sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten. . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Besonders. . .

. . . preisgünstig wird es, wenn gewünschte Texte konvertierbar sind, d.h. mit einem IBM-kompatiblen Textverarbeitungssystem erfaßt wurden — dann kostet es nur die Hälfte.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069 / 88 50 06

RÜCKBLICK

DETLEV CLAUSSEN

Zum 30. Todestag Frantz Fanons

Am 6. Dezember 1961, vor nun dreißig Jahren, starb der schwarze Arzt, Philosoph und Revolutionär Frantz Fanon in einem New Yorker Krankenhaus an Leukämie. Sein Tod fiel mit dem Ende des Algerienkrieges zusammen, den Fanon als exemplarischen Kampf des unterdrückten Kolonisierten mit dem Kolonialherren interpretiert hatte.

Franz Fanon kann als *der* Theoretiker des gewaltsamen Entkolonialisierungsprozesses gelten, der in Südafrika dieser Tage seinen Abschluß findet. Heute wenden sich viele westliche Intellektuelle enttäuscht von den nachkolonialen Gesellschaften der Dritten Welt ab, während andere verbissen an den Idealisierungen der sechziger Jahre festhalten. Der Golfkrieg hat die Unproduktivität beider politischen Haltungen, die sich weltanschaulich geben, offenbart. Das Werk Frantz Fanons wiederzuentdecken, könnte bedeuten, die kritische Dimension in das Nachdenken über die Nord-Süd-Beziehungen wieder inzuführen, das sich nicht damit begnügen kann, im Süden allein die Opfer des Nordens zu erblicken oder den Süden auf seine koloniale Vergangenheit festzulegen. Leben und Arbeit Frantz Fanons wehren sich gegen einfache Etikette und Attribute.

In Fort de France, der Hauptstadt der französischen Kolonie Martinique, wurde Frantz als Sohn eines Zollinspektors am 20. Juli 1925 geboren. Die Geschichte der Antillen ist bei Fanon mit den Aporen eines kampflosen Endes der Sklaverei verknüpft. Das Stigma des Freigelassenen hinterläßt in Fanon eine Wunde, die ihn für alle Unglücke gescheiterter Emanzipation sensibilisiert. Der Sechzehnjährige sucht den Kampf — 1941 flieht er aus dem mit Vichy sympathisierenden Martinique nach Dominica, um sich den Alliierten im Kampf gegen den Faschismus anzuschließen. Aber erst 1944 gelangt er nach Nordafrika und macht seine erste bestürzende algerische Erfahrung: Die Kolonisierten lieben einander nicht. Antillaner, Afrikaner, Araber — jeder verachtet den anderen und alle drei lassen sich von einem vierten, dem Kolonialherrn, verachten.

1945 wird Fanon in Deutschland verwundet. Er kehrt nach Martinique zurück, um das Abitur zu machen und Aimé Cesaires Wahlkampagne zu unterstützen. Fanon gibt sich nicht mit schriftstellerischen und parlamentspolitischen Aktivitäten zufrieden. er wendet sich der Medizin zu, beginnt in Frankreich zu studieren und lernt dort die politische Existenzphilosophie von Sartre und Merleau-Ponty kennen. 1952 erscheint sein fulminantes Erstlingswerk ,,Schwarze Haut, Weiße Masken", in dem er einen bisher noch nie gehörten Ton in der französischen Essayistik anschlägt. ,,Peau noire, masques blancs" reflektiert die Erfahrung eines Antillaners in einer rassistischen Welt.

Fragen gestellt anstatt anzuklagen

Unerbittlich stellt Fanon Fragen, statt anzuklagen oder zu mystifizieren. Das Anfangskapitel ,,Der Schwarze und die Sprache" deckt schonungslos den sprachlichen Paternalismus, das ,,petit nègre" — von Weißen im Angesicht von Schwarzen gesprochen — auf. Unschwer lassen sich sprachliche Abkommen dieses Paternalismus noch in dem geläufigen Ausdruck ,,Mitbürger" erkennen, der den Anderen nicht anerkennt, sondern eingemeindet. Fanons Sprachanalyse greift bestürzend auf eine nachkoloniale Situation vor. ,,Für uns ist derjenige, der die Neger vergöttert, ebenso ‚krank' wie derjenige, der sie verabscheut. Umgekehrt ist der Schwarze, der seine Rasse weißmachen will, ebenso unglücklich wie derjenige, der den Haß auf die Weißen predigt."

Das wird Fanon selbst nachgesagt werden — ein Prediger des Hasses und der Gewalt zu sein. Dieser fatale Ruf liegt in der Rezeptionsgeschichte seines Hauptwerkes ,,Die Verdammten dieser Erde" begründet. Es erschien 1961, am Ende des Algerienkrieges und dem sich abzeichnenden Desaster der kongolesischen Unabhängigkeit. Das Vorwort Sartres hat erheblich zur Verbreitung von ,,Les damnés de la terre" beigetragen, aber auch die Fehlwahrnehmung des Buches als einer puren Gewalttheorie begünstigt. Nur das erste Kapitel handelt ,,Von der Gewalt". Es knüpft an die letzte große westliche Reflexion über ,,Humanismus und Terror" bei Maurice Merleau-Ponty an, dessen Vorlesungen der Lyoner Student Fanon hörte. Aber das Einzigartige der Fanonschen Studie liegt in der Verknüpfung von antillanischer und algerischer Erfahrung. Mit seiner Theorie gewaltsamer Emanzipation verklärt er die Gewalt nicht, sondern er begründet sie aus der kolonialen Situation. Wer das Schlußkapitel von ,,Schwarze Haut, Weiße Masken" gelesen hat, das befremdend für den westlichen Leser des Jahres 1991 ,,Der Neger und Hegel" überschrieben ist, weiß, daß es um das Verhältnis von Herr und Sklave und ihrem Kampf um Anerkennung geht. Aber dieser Kampf findet nicht unter den gesellschaftlichen Bedingungen statt, die Hegel im Auge hatte, als er das berühmte Kapitel ,,Herrschaft und Knechtschaft" schrieb. Die moderne Arbeitsgesellschaft verbindet vorbürgerliche Herrschaft mit verinnerlichter Arbeitsmoral, während die Kolonialgesellschaft, über die Fanon nachdenkt, als manichäische Welt charakterisiert werden kann, die in zwei absolut getrennte Teile zerfällt.

Fanon weiß, wovon er schreibt. Seine deutschen und amerikanischen Leser, die ihn Ende der sechziger Jahre in Übersetzungen kennenlernten, wußten es nicht immer. Satzfetzen aus den ,,Verdammten dieser Erde" tauchten in RAF-Flugblättern und Black-Panther-Pamphleten auf. Vergessen wurde der Begründungszusammenhang seiner Antikolonialismus-Theorie, und das nationalismuskritische Potential seines Denkens blieb unentdeckt. Frantz Fanons Schriften leben aus der subjektiven Erfahrung, ohne jemals einen Betroffenheitsstandpunkt einzunehmen.

1953 übernahm Fanon die Leitung der psychiartrischen Abteilung in der algerischen Klinik Blida-Joinville. An seinen Patienten, arabischen und französischen, entdeckt er die psychischen Folgen des Kolonialismus. 1956 kündigt er und schließt sich dem bewaffneten algerischen Befreiungskampf an. ,,Die Verdammten dieser Erde" können als sein politisches Testament gelten, in dem er nicht nur gnadenlos mit den französischen Kolonialherren ins Gericht geht, sondern ebenso schneidend den neuen Nationalismus der nachkolonialen Eliten in der Dritten Welt kritisiert. Als Fanon am 6. Dezember 1961 — im Alter von nur sechsunddreißig Jahren — starb, neigte sich der algerische Unabhängigkeitskrieg dem Ende zu. Im nachkolonialen Algerien geschah fast alles, wovor Fanon gewarnt hatte. Sein Name wurde konsequent aus dem Revolutionsgeschichten getilgt, sein Werk vergessen. ■

URLICH BRANDT

Machtkampf der Machtlosen

Zum Fehlstart der Ökologischen Linken

Neumünster, im März. Der Austritt der RadikalökologInnen um Jutta Ditfurth aus den Grünen war eines der beherrschenden Themen der Bundesversammlung. Verbunden war damit die kämpferische Ankündigung, ein ,,Sammelbecken" verstreuter und politisch heimatlos gewordener Linken zu schaffen.

Frankfurt/M, im Dezember. Auf der Gründungskonferenz der Ökologischen Linken ging es zwar kämpferisch zu, doch in einer ganz anderen als der im März intendierten Richtung. Im Mittelpunkt stand hier, wie bereits im Vorfeld erwartet, die ,,Organisationsfrage".

Konsens gab es darüber, daß verbindliche Strukturen geschaffen werden sollten, um die lokalen und regionalen Zusammenhänge zu vernetzten. Auch eine formale Mitgliedschaft in der Ökologischen Linken wurde von der großen Mehrheit befürwortet. An der Form der Organisation schieden sich jedoch die Geister. *Party or not to be,* das war von Anfang an die beschwörende Formel der Partei-BefürworterInnen.

Dem hielten die um Autonomie von der (Frankfurter) Zentrale bemühten GegnerInnen u.a. entgegen, daß ein Forum radikal gesellschaftskritischer Menschen nicht den Status einer Partei benötige. Es ginge vielmehr darum, einen Kristallisationspunkt ,,für undogmatische Linke zu bieten, die keine politischen Zusammenhänge mehr haben und sich auf privatisierende Fernsehkritik verlegen." Die Frage einer Parteigründung stehe bei Bundestags- oder Europawahl an und nicht jetzt, da auf Landes- oder Regionalebene ohnehin die entsprechenden Gruppen zu entscheiden hätten. Parteigründung hieße automatisch Anpassungszwang und letztlich ,,in den Strukturen der Gegner umzukommen".

Die BefürworterInnen einer Partei, die auch organisatorisch die Konferenz fest im Griff hatten, sahen nur in dieser Organisationsform, die allerdings einen *ganz anderen Typ* darstellen soll, die Möglichkeit, notwendige Verbindlichkeiten zu erreichen. Dazu kamen solche Argumente, wie nur so an Staatsknete zu kommen oder nur so Diskussionen besser organisieren zu können.

Eine vielgeübte Disziplin feierte damit große Erfolge: *Das Sich-Nicht-Zuhören-Können.* Daß in vielen Punkten aneinander vorbeigeredet wurde, zeigte zum Beispiel der permanent bestrittene und doch immer wieder erhobene Vorwurf, die ParteigegnerInnen seien pauschal gegen eine Mitarbeit in Parlamenten.

Die Erfahrung eines Berliners mit der dortigen Vereinigten Linken, daß die großen Anstrengungen bei der Erlangung von Parlamentssitzen nichts brachten und viele SympathisantInnen sich abkehrten, weil sie nichts mit einer Partei zu tun haben wollten, bewahrheiteten sich bereits kurze Zeit später. Die Abstimmung ergab nämlich eine Entscheidung für eine Parteigründung. Eine starke Minderheit entschied sich jedoch dagegen. Die Quittung des autoritären Übergehens kam prompt. Die ,,Weggeputzten ziehen sich aus der Sektierer-Gruppe zurück" und verabschiedeten eine Vernetzung außerhalb der eben entstandenen Partei. Der ,,Machtkampf der Machtlosen", so ein Teilnehmer, führe wohl zu einer ,,Partei Trude-Junior. Die Grauen in kleiner Version".

Daß der ,,Spitze" der sich formierenden Partei, die ohne Probleme die indifferent scheinende Mehrheit hinter sich brachte, die Parteigründung wichtiger war als die Basismeinung, läßt für das basisdemokratisch angelegte Projekt Ökologische Linke wenig Gutes erwarten. Unklar bleibt auch das Argument von Manfred Zieran, daß es in einer ,,Mediengesellschaft" um eine andere Außendarstellung gehe. Als ob eine Partei Ökologische Linke mehr publizistisches Echo außerhalb von Wahlkämpfen fände, als eine soziale bzw., politische Bewegung. Wenn Zieran aber mit der Parteigründung das öffentlichkeitswirksame Pushen einiger (Frankfurter) Prominenter meint, dann ist er schon wieder sehr nah bei den verbal so verabscheuten Grünen.

Inhaltlich definiert sich die Ökologische Linke in ihrer Grundsatzerklärung, um die es am Rande auch noch ging, sehr allgemein als ,,Teil der linken politischen Opposition gegen die herrschenden Verhältnisse". Danach wird es für linke Politik nur eine Perspektive geben, wenn sie sich ,,neben ihrer solidarischen, antikapitalistischen Ausrichtung zugleich auch radikalökologisch, feministisch und basisdemokratisch versteht."

Daß dieses Land eine Opposition braucht, ,,die sich weder spalten noch integrieren läßt" und die Ökologische Linke ,,mit allen Menschen und Initiativen, denen an diesen Veränderungen gelegen ist", gesellschaftliche Gegenmacht organisieren will — so die Grundsatzerklärung —, wurde bereits bei der Gründung erstmals in Frage gestellt. Zudem ertönte von verschiedenen Seiten der Vorwurf des Aktionismus.

Eine zukunftsweisendere Frage, neben dem reichlich mißglückten Start ist, wie eine radikale gesellschaftliche Opposition sich noch in Zeiten Gehör verschaffen kann, in denen Rebellion allenfalls noch persönlichen Charakter hat.

Realistisch betrachtet, droht der *Ökologischen* Linken dasselbe Schicksal wie beispielsweise der Radikalen Linken: Marginalisierung. ■

Entwicklung und Ökologie

Das Bildungswerk der Humanistischen Union und die Redaktion „Prokla" veranstaltet Ende Februar '92 eine Tagung zum Thema „Entwicklung und Ökologie".

Diskutiert werden sollen u.a. folgende Fragen: Zur Thematik allgemein: Welche Chancen für eine nachholende Entwicklung bleiben den Ländern der Dritten Welt angesichts von Ozonloch und Klimakatastrophe? Läßt sich der Kapitalismus mit wenigen Kunstgriffen zur umweltschonenden „ökologischen Marktwirtschaft" umbauen oder stehen wir vor einer radikalen Weichenstellung, die den Industrialismus und damit das westliche Konsum- und Lebensmodell zur Disposition stellt? Klar scheint nur, daß der realexistierende Kapitalismus, der seine Dynamik und Leistungsfähigkeit auf Kosten der Zukunft schöpft, nicht der Endpunkt der Geschichte sein kann.

Als Referenten sind angefragt: N. Gligo, V. von Prittwitz, P. Khalatbari, F. Beckenbach, H. Behrens, M. Nitsch, M. Müller, T. Fuess, H. Schauer, und andere mehr zu Themenstellungen wie: Ökologische Reformen im Norden als Bedingung für Entwicklung im Süden / Globale Umweltkrise und nationale Souveränität / Ökologie und ökonomische Theorie / Gibt es noch Optionen für nachholende Industrialisierung / Chancen für einen demokratischen Ökosozialismus / Ökologische Modernisierung als Ausweg aus der Krise.

Der Teilnehmerbeitrag für Unterkunft und Verpflegung beträgt 70 DM.

Termin: 28. Feb. - 1. März 1992
Ort: Haus Villigst bei Schwerte
Anmeldung: Humanistische Union, Kronprinzenstr. 15, 43 Essen 1, Tel.: 0201/22 79 82

Kulturpolitik im Transformationsprozeß Osteuropas

Zu diesem Thema veranstaltet die evangelische Akademie Loccum in Kooperation mit dem Europarat in Brüssel und der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. das 37. Loccumer kulturpolitische Kolloquium. Im Sommer 1991 fand in Krakau das erste KSZE-Kultur-Symposium statt. Die Delegierten verabschiedeten dort ein Dokument, das künftig die Grundlage der gemeinsamen Kulturpolitik in Europa sein wird. Die Tagung setzt sich damit auseinander, wie sich die Forderungen des KSZE-Symposiums, vor allem zum Komplex „Kultur und Freiheit" in kulturpolitisches Handeln in den Ländern Ost- und Mitteleuropas umsetzen lassen. Dabei sollen folgende Fragen diskutiert werden: kann Kulturpolitik zum Prozeß der Demokratisierung und Modernisierung beitragen? Wo sind Ost-West-Kooperationen von Verbänden, Kommunen und anderen Gremien erforderlich und wie können sie organisiert werden?

Termin: 21. - 23. Februar 1992
Ort: Ev. Akadmie Loccum
Anmeldung: Ev. Akademie Loccum, Frau Daniel, 3056 Rehburg-Loccum

Geopolitik

Neue Weltordnung? Neue Weltkarten? Im Januar '92 veranstaltet die Akademie der Arbeit ein Tagesseminar zu dieser globalen Fragestellung. Allerorten machen die Regierungsberater wieder Geopolitik. Nach dem Ende des Systemgegensatzes suchen sich die verschiedenen Zentren in eine günstige Ausgangslage für die erwartete Neuaufteilung der Welt zu bringen. Dazu werden wieder Karten von Einflußsphären und aufzugebenden Gebieten gezeichnet. Arno Peter (Historiker), Peter Scherer (IG Metall) und Walter Gröh werden anhand von neuartig gestalteten Karten versuchen, eine Antwort auf eine neue Geopolitik zu geben.

Termin: 11. Januar 1991
Ort: Akademie für Arbeit und Politik
Anmeldung: Akademie für Arbeit und Politik, Universitätsallee, Postfach 33 04 40, 2800 Bremen 33, Tel.: 421/218 29 03

1492 — 1992 500 Jahre Eroberung 500 Jahre Widerstand

Im März 1992 startet die Stiftung des Neuen Lateinamerikanischen Films eine Filmreihe, die sich mit der Conquista, der Zerstörung der lateinamerikanischen Identität und dem kontinuierlichen Prozeß stets erneuernder Diskriminierung mit filmischen Mitteln auseinandersetzt. Die unterschiedlichen Filmgenres sind hier genauso repräsentiert wie die verschiedenen Kulturkreise und Länder. Hier eine kurze Filmauswahl:

Cubagua (Regie: Michael New, Venezuela) Ein Film nach dem gleichnamigen Roman des venezolanischen Schriftstellers Enrique Bernardo Nunez.

Geronima (Regie Raúl Alberto Tosso, Argentinien) Die dramatische, wirkliche Geschichte der Indianerin „Geronima". Exzellent dargestellt von Luisa Calcumil, die selbst von den Mapuche-Indianern abstammt.

Adios Indio (Regie: Héctor Cervera Gomez, Mexiko) Gewidmet dem großen Regisseur und Schauspieler Emilio „Indio" Fernandez, der in diesem Film seine letzte Rolle spielt.

Ein sehr alter Mann mit riesigen Flügeln (Fernando Birri). Nach einer literarischen Vorlage von Gabriel García Márquez.

Macu, die Frau des Polizisten (Originaltitel: Macú, la mujer del policía, Regie: Solveig Hoogesteijn, Venezuela). „Macu" hat in Venezuela amerikanische Filme wie „Rambo" „E.T.", „Superman" usw. in der Zuschauergunst überflügelt.

Zum Zeitpunkt der Internationalen Filmfestspiele Berlin, Februar 1992, wird ein umfangreiches Programmheft vorgestellt werden. Informationen und Filmdispositionen über: CON-Film — POB 106545 — 2800 Bremen, Tel.: 0421/342314, Fax: 0421-349443.

Termin: ab März 1992
Weitere Informationen über: CON Film-POB 106545-2800 Bremen, Tel.: 0421/34 24 14

Symposium zu Israel

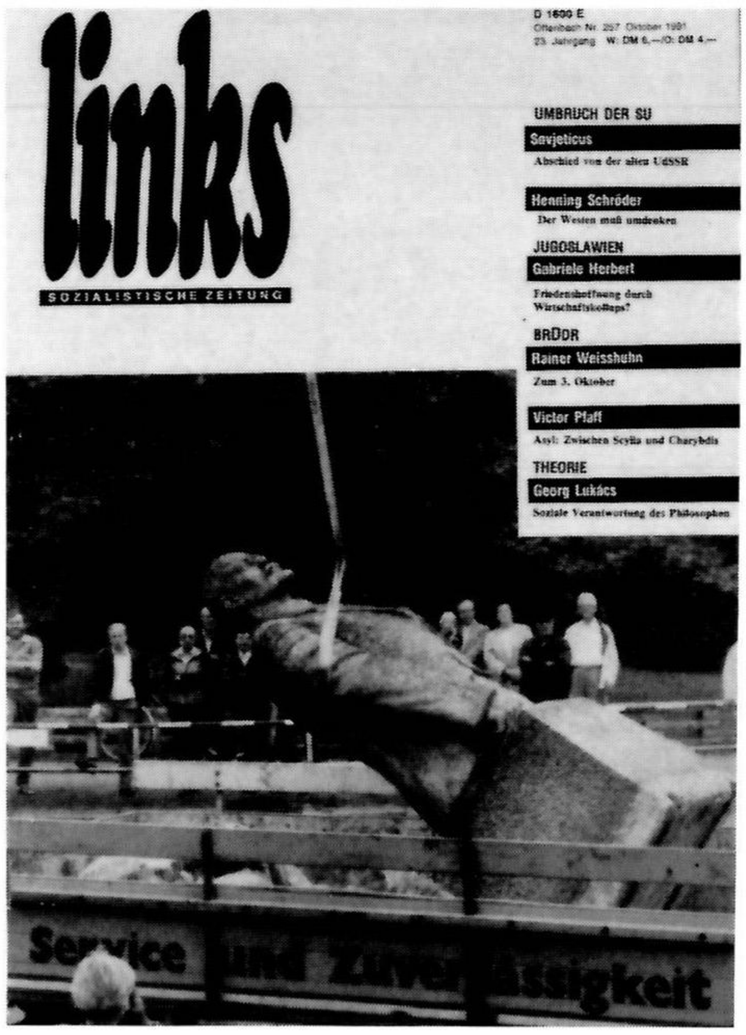
Anfang Januar '92 veranstaltet die Volkshochschule Saarbrücken und die Landeszentrale für politische Bildung ein Symposium über Israel. Es referieren u.a. zu folgenden Themen: Cilly Kugelmann über „Antisemitismus, Zionismus und die Gründung des Staates Israel", Udo Steinbach über „den Konflikt mit den Palästinensern", Micha Brumlik über „Israels gegenwärtige Politik" und Dan Diner über „Israel und Deutschland".

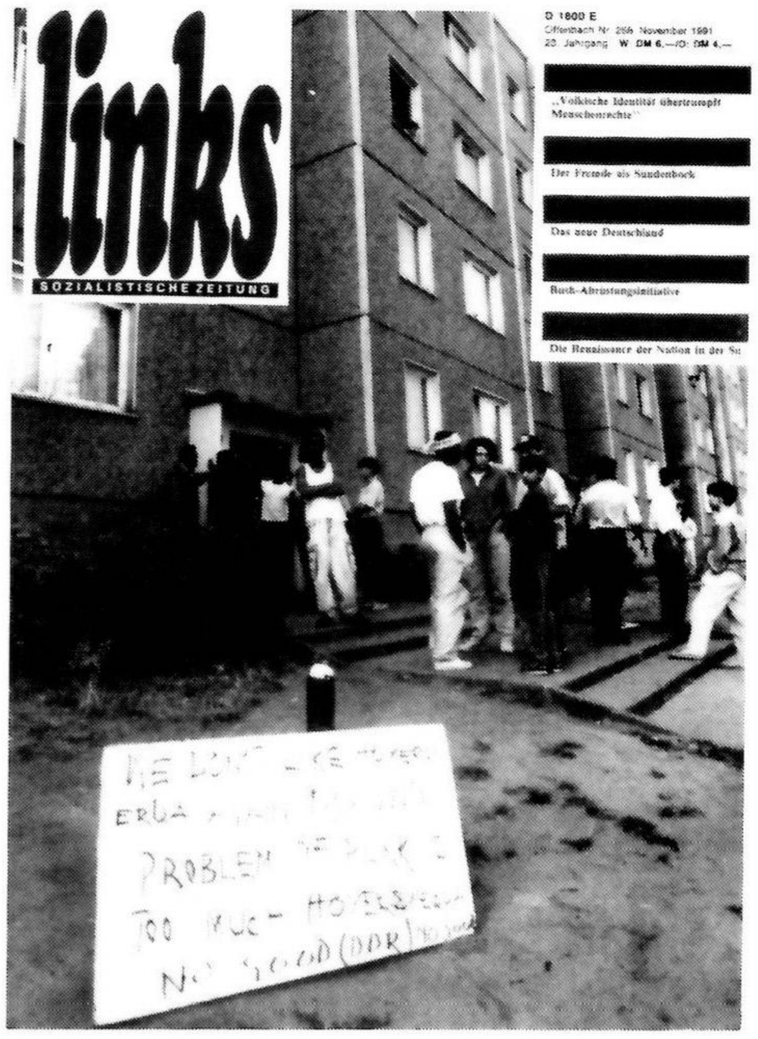
Termin: 11. Januar 1992, 10.00 — 20.00 Uhr
Ort: VHS-Zentrum Saarbrücken am Schloßplatz
Information über: VHS Saarbrücken, Dr. Hans Horch, PF 199, 6600 Saarbrücken
Tel.: 0681/50 64 85

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Graefestr. 16, 1000 Berlin 61, Tel. 030/6921665 und Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 13, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum, Tel. 0234/702823
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch





Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zum Zerfall der Sowjetunion, zum Bürgerkrieg in Jugoslawien, zur vergrößerten Bundesrepublik, zur Problematik des Rassismus und zum Nahost-Konflikt.
Kostenlose Probeexemplare senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das links-Jahresabonnement kostet
W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank Datum

Vor- und Zuname

Sraße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Das ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

Förder-Abonnement

Ich möchte die *links* fördern.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Wer die Arbeit einer unabhängigen sozialistischen Zeitung unterstützen will, kann dies mit einem Förder-Abo tun. Mit mindestens DM 10,— im Monat wird dafür gesorgt, daß die „links" auch die nächsten 15 Jahre erscheinen wird. Auf Wunsch senden wir Einzugsermächtigungen zu.

Verlag 2000, Postfach 10 20 ..
Postvertrieb

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU BUCHLÄDEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
Glasstr. 80
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wien
Buchhandlung Frick
Graben 27
Buchhandlung B. Herrmann
Grünangergasse 1
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7